

tv diskurs hat Geburtstag

Im April 1997 erschien die erste Ausgabe

„Jugendschutz in Europa“ war das Titelthema der ersten *tv diskurs*, die bei einer gemeinsamen Fortbildungsveranstaltung für Prüfer der Freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft (FSK) und der Freiwilligen Selbstkontrolle Fernsehen (FSF) vorgestellt wurde. Es ging um die Frage, ob die unterschiedlichen Jugendschutzkriterien in den europäischen Ländern weiterhin akzeptiert werden können, wenn in grenznahen Regionen im Kabel, aber auch durch das zunehmend beliebte Satellitenfernsehen die nationalen Programme an den Grenzen nicht mehr haltmachen. Damals herrschte die Hoffnung, dass angesichts dieser Entwicklung bei den EU-Mitgliedsländern die Einsicht wachsen würde, gemeinsame Kriterien oder eine gemeinsame Prüfstelle ernsthaft ins Auge zu fassen. Diese Hoffnung erwies sich als äußerst naiv. Systeme und Institutionen zeigten sich eher resistent gegenüber Argumenten, die sich schlicht aus der Tatsache sich verändernder medialer Verbreitungswege ergeben. Geblieben ist ein regelmäßiger Informationsaustausch; von der Idee einer gemeinsamen Prüfstelle oder wenigstens der gegenseitigen Akzeptanz der Prüfergebnisse ist schon lange nicht mehr die Rede.

Daran ändert auch nichts, dass der Druck auf ein gemeinsames europäisches Handeln durch die rasante Medienentwicklung mit den Jahren sogar noch größer geworden ist. Im Vergleich zum Internet, das sich über alle nationalen Grenzen problemlos hinwegsetzt, war das grenzüberschreitende Fernsehen der 1990er-Jahre eher harmlos. *tv diskurs* hat sich alle Mühe gegeben, im Bereich des Jugendschutzes Veränderungen anzumahnen, zu informieren und Ideen für eine vernünftige Gestaltung des Jugendschutzes der Zukunft vorzustellen. Immerhin ist es nach einer mehr als zehnjährigen Diskussion gelungen, in der Novelle des Jugendmedienschutz-Staatsvertrags (JMStV), der im Oktober 2016 in Kraft trat, der Medienkonvergenz Rechnung zu tragen und zumindest ansatzweise die Jugendschutzrelevanz nach dem Inhalt und nicht mehr nach dem Vertriebsweg einzuschätzen. Aber auch hier erweist sich das Beharrungsvermögen von Institutionen und Behörden als Bremse, die von allen als vernünftig angesehene gesetzliche Regelung konsequent durchzusetzen.

Mit der vorliegenden Ausgabe erscheint die *tv diskurs* zum 80. Mal. Die Redaktion orientiert sich bei der Wahl des Titelthemas immer daran, was in der Öffentlichkeit zum Thema „Medien und ihre Auswirkungen auf die Gesellschaft“ diskutiert wird. Lange Zeit ging es dabei um inhaltliche Diskussionen: Wie wirkt die Darstellung von Gewalt oder expliziter Sexualität? Kann man Menschen – wie bei *Big Brother* geschehen – in einen Container sperren und ein Millionenpublikum zuschauen lassen? Von Talkshows, Castingshows und Schönheitsoperationen haben wir berichtet und gefragt, ob daraus Beeinträchtigungen für Kinder und Jugendliche resultieren können. In letzter Zeit sind Fernsehformate, Spielfilme oder Sendungen, die zu öffentlichen Aufregungen und entsprechenden Diskussionen führten, selten geworden. Die Auswirkungen von Medien auf die Gesellschaft und die Rufe nach Verbesserung der Medienkompetenz vor allem bei Jugendlichen haben eher zugenommen, doch der Wunsch nach Gesetzen in der Hoffnung, das Angebot zu regulieren, wird angesichts der technischen Machbarkeitsgrenzen und der unüberschaubaren Menge immer leiser.

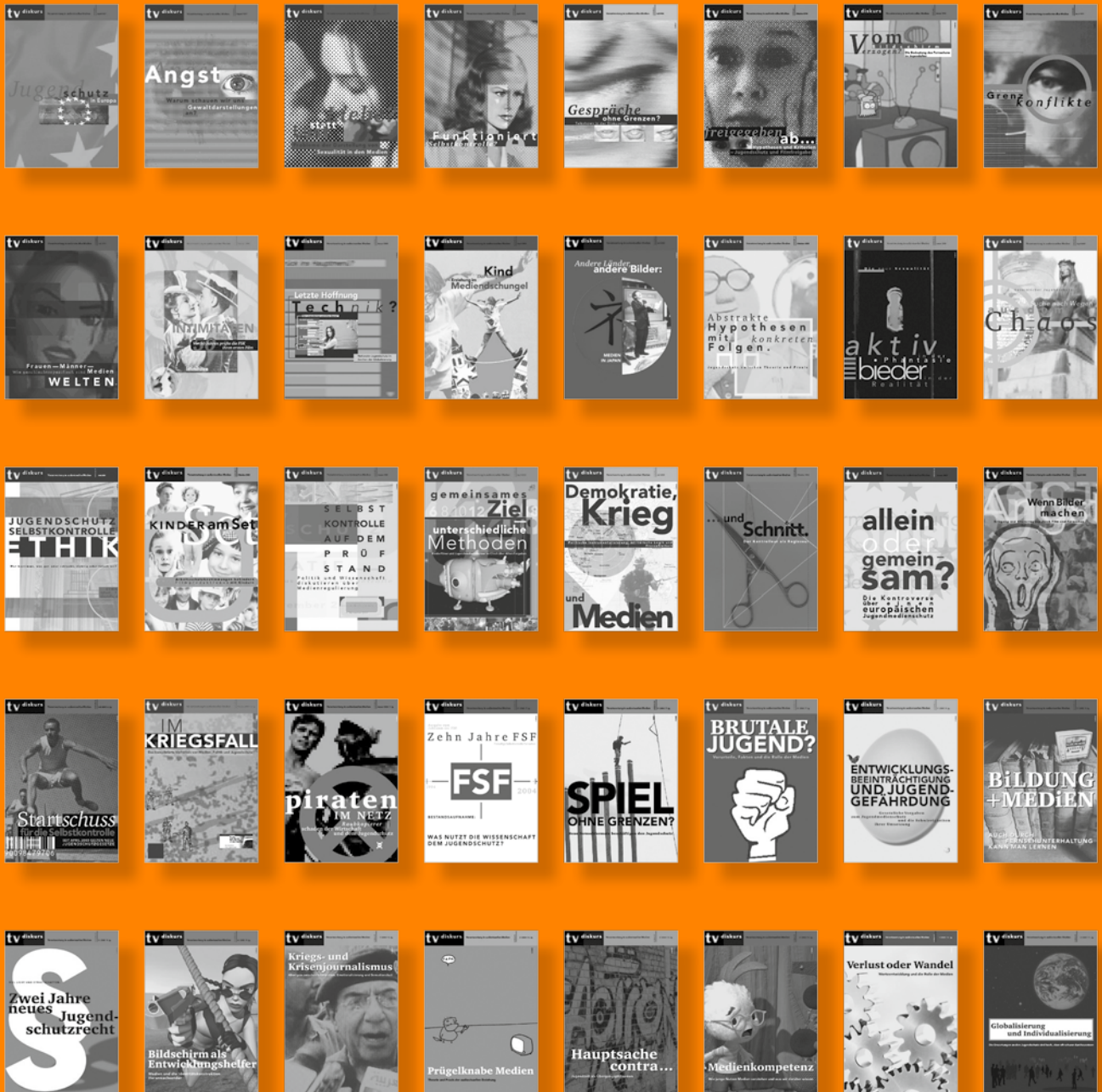
20 Jahre *tv diskurs* bedeuten auch die Chronik einer rasanten medialen Veränderung. Manche Diskussionen, die die Gesellschaft zu erschüttern schienen, kommen uns heute völlig harmlos vor. Andere Themen, wie beispielsweise die völlige Durchdringung unseres Alltags mit medialen Angeboten durch Smartphones und Tablets, werden uns dagegen wahrscheinlich noch eine Weile beschäftigen. Ein ernsthafter, kontroverser, aber doch immer sachlicher Diskurs, dem sich dieses Magazin verschrieben hat, wird sicher auch in Zukunft gebraucht.

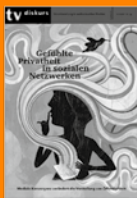
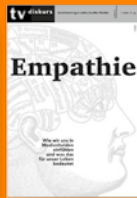
Ihr Joachim von Gottberg



fsf.de/publikationen/podcasts/

20 Jahre tv diskurs





EDITORIAL**INTERNATIONAL****Die Pressefreiheit wird abgeschafft** 6

In keinem anderen Land sind so viele Journalisten inhaftiert wie in der Türkei
Jens Dehn

Impulsgebend – die Berlinale-Sektion „Generation“ 10

Barbara Felsmann

Jugendmedienschutz in Europa 16

Filmfreigaben im Vergleich

TITEL**Die Mitte produziert keine Alternativen mehr** 20

Gespräch mit Armin Nassehi

Werte und digitale Kommunikation 26

Thilo Hagendorff

„Hate Speech ist ein Warnsignal!“ 30

Gespräch mit Anatol Stefanowitsch

Kampfansage den Fake News 36

Vera Linß

„Die beste Zeit ist jetzt gerade!“ 40

Gespräch mit Michel Abdollahi

Digitale Öffentlichkeit und Demokratie 44

Caja Thimm

Kontrovers, aber fair 48

Mediennutzung erfordert kritische Kompetenz der Rezipienten
Gespräch mit Thomas Krüger

Machthungrige Schurken? 54

Zum Bild politischer Akteure in Serien und Krimireihen des deutschen Fernsehens
Andreas Dörner

Die fünfte Gewalt: das Kino 60

Werner C. Barg

Manchmal hilft die Alltagsbrille 64

Kolumne von Klaus-Dieter Felsmann

PANORAMA 66

WISSENSCHAFT

Das Porträt: Lorenz Engell 68
Alexander Grau

Wenig Raum für Rationalität 72
Das Unbewusste und die Interpretation
von Wirklichkeit
Gespräch mit John-Dylan Haynes

Die erweiterten Medienzugänge von Kindern 78
Ergebnisse der *KIM-Studie 2016*
Daniel Hajok

MEDIENLEXIKON

Voting 82
Gerd Hallenberger

DISKURS

**„Jede Generation soll neu bewerten,
was sie für jugendgefährdend hält!“** 84
Gespräch mit Martina Hannak-Meinke

LITERATUR 88

RECHT

Urteil 98
Aufsätze 99
Meldungen und Notizen 101
Rezension 102

SERVICE

Kurz notiert 103

Filmquiz 104

Impressum, Abbildungsnachweis

WEBKLUSIV AUF TVDISKURS.DE

20 Jahre tv diskurs: Impressionen im Schnelldurchlauf
Gerd Hallenberger

Fake News

Olaf Selg

Game und Film – ein transmediales Experiment

Gespräch mit Florian Schnell über seinen Film *Offline –
Das Leben ist kein Bonuslevel*

Die Pressefreiheit wird abgeschafft

In keinem anderen Land sind so viele Journalisten inhaftiert wie in der Türkei

Jens Dehn

Um die Presse- und Meinungsfreiheit in der Türkei war es noch nie sonderlich gut bestellt, doch die Entwicklungen seit Verhängung des Ausnahmezustandes im vergangenen Sommer haben die Situation für unabhängige Journalisten noch einmal dramatisch verschlechtert. Medien, die auch nur in Ansätzen oppositionelle Positionen aufgreifen oder die Regierung kritisieren, werden geschlossen und ihre Angestellten verhaftet und ohne Anklage festgehalten. Rund 150 Journalisten befinden sich zurzeit im Gefängnis.

Reporter ohne Grenzen (ROG), die nicht staatliche Organisation, die sich seit Jahrzehnten für Pressefreiheit einsetzt, hat den türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdoğan 2016 als neues Mitglied auf ihre Liste der „Feinde der Pressefreiheit“ gesetzt. Hier befindet er sich in einem illustren Kreis mit Diktatoren wie Kim Jong Un, dem weißrussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko und Wladimir Putin, den Taliban, dem IS und dem syrischen Machthaber Baschar al-Assad.

Dabei kann man nicht behaupten, dass sich die Türkei vor 2016 durch ausgewogene Presse- und Meinungsfreiheit ausgezeichnet hätte. In der von *Reporter ohne Grenzen* jährlich herausgegebenen Rangliste der Pressefreiheit nimmt das Land schon seit Jahren mit einer gewissen Konstanz Positionen um Platz 150 ein, aktuell ist es Rang 151 von 180. „Doch alles, was nach dem Putschversuch am 15. Juli 2016, dem Ausnahmezustand und den damit verbundenen Dekreten zusammenhängt, geschah nach Veröffentlichung der Liste 2016“, erklärt Anne Renzenbrink, Pressereferentin bei *Reporter ohne Grenzen*. Es ist daher davon auszugehen, dass die Türkei auf der Rangliste 2017, die Ende April dieses Jahres erscheinen wird, noch einmal ein ganzes Stück abrutschen wird. Der 15. Juli 2016 markiert – so gesehen – keineswegs eine harte Zäsur. Es ist lediglich der Stichtag, zu dem eine ohnehin schon prekäre Situation durch die Erklärung des Ausnahmezustandes sowie die willkürliche Erlassung von Dekreten nur noch schlimmer wurde.

150 Zeitungen und TV-Sender geschlossen

Der Ausnahmezustand dient Präsident Erdoğan als Freifahrtsschein und Legitimierung, um unliebsame Stimmen schnellstens mundtot zu machen. Seit Juli 2016 wurden in der Türkei fast 800 Journalisten die Presseausweise entzogen, rund 150 Medien wurden geschlossen. 49 Journalisten befinden sich laut *ROG* derzeit in Haft. „Doch das ist nur die Zahl der Fälle, in denen wir einen direkten Zusammenhang der Haft mit der journalistischen Tätigkeit nachweisen konnten“, sagt Anne Renzenbrink. „Insgesamt sind dort derzeit rund 150 Journalisten inhaftiert. Der Medienpluralismus in der Türkei ist weitgehend zerstört.“ Die Begründung für Restriktionen, Schließungen und Verhaftungen in den allermeisten Fällen: Nähe und Sympathie zu den Kurden bzw. zu dem Prediger Fethullah Gülen, der im US-Exil lebt und den Erdoğan als Drahtzieher des Putschversuchs betrachtet. „Gefährdung der nationalen Sicherheit“, „Volksverhetzung“ und „Propaganda für eine Terrororganisation“ sind die Fachtermini, die dafür offiziell angeführt werden. Die beiden letzteren Vorwürfe wurden z. B. auch gegen den „Welt“-Reporter Deniz Yücel angeführt.

Der Fall Yücel machte das Ausmaß der Willkür zum ersten Mal auch in Deutschland spürbar. Bis zu seiner Verhaftung hat man hierzulande zwar am Rande mitbekommen, was in der Türkei vor sich geht, die hiesigen Medien haben es pflichtbewusst im Ton der Empörung erwähnt. Doch wirkliches öffent-

liches Interesse kam lange Zeit nicht auf. Erst mit Yücel und der Tatsache, dass dieser auch einen deutschen Pass besitzt, starteten die Medien eine breite Berichterstattung, erst dann kam das Thema auch innenpolitisch auf die Agenda, inklusive aller sich daran anschließenden Entwicklungen, die zu einem neuen Tiefpunkt der deutsch-türkischen Beziehungen führten.

Deniz Yücel wurde aufgrund seiner doppelten Staatsbürgerschaft sicher nicht zufällig ausgewählt. Mit seiner Inhaftierung sendete die türkische Regierung ein klares Signal nach außen: Wenn bereits ein ausländischer Reporter verhaftet wird (als solcher wird Yücel aufgrund seines deutschen Passes mehrheitlich wahrgenommen), weil er sich kritisch gegen den Kurs von Erdoğan und seiner Partei AKP richtet, dann können sich türkische Journalisten erst recht nicht sicher fühlen. Es wird ein Klima der Angst geschürt, und in den meisten Fällen funktioniert diese Einschüchterung.

Die Bevölkerung in der Türkei weiß natürlich von den Verhaftungen und Sanktionierungen, sie finden schließlich vor den Augen der Menschen statt. Doch ein ausgewogenes Bild der Geschehnisse bleibt den Bürgerinnen und Bürgern vorenthalten, da sich regierungskritische Journalisten zurückziehen und in der Öffentlichkeit fast nur noch die Ansichten Erdoğan und seiner Parteileute transportiert werden. So ist der Fall Yücel in Deutschland ein die Medien über Wochen beherrschendes Thema, in der Türkei fand er so gut wie gar keine Erwähnung.

Abhängigkeiten

Wie konnte es zu dieser Situation kommen? Unabhängig vom Putschversuch und dem darauf folgenden Ausnahmezustand waren die Medienstrukturen in der Türkei schon vorher äußerst problematisch. Die großen Medienkonzerne sind für ihre Eigentümer jedoch meist nur Nebenbeschäftigungen, im Hauptberuf leiten sie Wirtschaftsunternehmen.

Mitte 2016 hat *Reporter ohne Grenzen* ein Projekt lanciert, das die oftmals schwer durchschaubaren Beziehungen zwischen Unternehmen, Medien und dem Staat in der Türkei sichtbar machen soll. In Zusammenarbeit mit der türkischen Medienwerkstatt *bianet* ist so u. a. die Onlineplattform <http://turkey.mom-rsf.org> entstanden, auf der Missstände festgehalten und protokolliert, Verbindungen und Abhängigkeiten sichtbar und nachvollziehbar gemacht werden. Auf diese Weise wird deutlich, wie Fernsehsender von Unternehmen beherrscht werden, deren Eigentümer teils enge freundschaftliche Beziehungen zu Staatschef Erdoğan unterhalten. Wobei das Wort „freundschaftlich“ mit Vorsicht zu gebrauchen ist: Der Erfolg ihrer Wirtschaftskonzerne hängt für die Eigentümer stark davon ab, Aufträge der Regierung zu bekommen. Auch sie befinden sich daher oftmals eher in einer Abhängigkeit.

So ist „Hürriyet“ noch immer die meistverkaufte Tageszeitung des Landes, ihre Auflage beträgt rund 350.000 Exemplare. „Hürriyet“ – wie auch einige weitere Medien – gehörten dem Großindustriellen Aydın Doğan. Als die Zeitung Erdoğan 2009 wegen Unregelmäßigkeiten bei Spendengeldern scharf

angriff, setzte der Präsident die Steuerfahndung auf Doğan's Konzern an. Unter der Androhung von angeblich über 1 Mrd. Dollar Steuerschuld ruderte „Hürriyet“ schließlich zurück, Doğan gab sein Amt innerhalb des Konzerns an seine Tochter ab. Heute ist „Hürriyet“ genauso gleichgeschaltet wie die offiziellen Staatsmedien. Das von der Gewerkschaft ver.di herausgegebene medienpolitische Magazin „M“ berichtete Ende 2016, dass mittlerweile ein Aufpasser der Regierungspartei AKP direkt in der Redaktion sitzt.

Einem Journalisten, der für ein regierungsnahes Medienunternehmen arbeitet, ist die inhaltliche Ausrichtung daher vorgegeben, ob er selbst diese teilt oder nicht. Würde er sich nicht daran halten, wäre er seinen Job schnell los. Die Zahl regierungskritischer Journalisten ohne Arbeit ist so hoch wie in kaum einem anderen Land der Welt.

Internet down

Can Dündar lebt seit Mai 2016 in Berlin. Der ehemalige Chefredakteur der Zeitung „Cumhuriyet“ war in seiner Heimat zu fünf Jahren und zehn Monaten Haft wegen Geheimnisverrats verurteilt worden, auch wegen Unterstützung einer terroristischen Organisation wurde ein Verfahren gegen ihn eröffnet. Der Grund: Dündar berichtete über mutmaßliche Waffenlieferungen der Türkei an islamistische Extremisten in Syrien. Der Journalist legte gegen das Urteil Revision ein und ging nach Deutschland, um seine regierungskritische Arbeit aus dem Exil weiterzuführen.

Dies tut er mit „Özgürüz“, einem neuen Onlinemedium, das Dündar mit Unterstützung des gemeinnützigen Recherchebüros *Correctiv* gegründet hat. „Özgürüz“ bedeutet übersetzt „Wir sind frei“, Texte werden sowohl auf Deutsch wie auch auf Türkisch veröffentlicht. Der Anspruch war und ist es, unabhängige Berichterstattung zu betreiben und damit türkischsprachige Leser hier und in der Türkei zu erreichen. Ende Januar 2017 ist „Özgürüz“ online gegangen, doch in der Türkei bleibt den Internetnutzern der Zugriff versperrt: Einen Tag vor dem offiziellen Start der türkischsprachigen Inhalte wurde die Seite in der Türkei geblockt.

Abschrecken lassen sich Can Dündar und seine Mitstreiter davon nicht, im Gegenteil: Sie werden ihre ganze Kraft dafür einsetzen, dem Volk im Vorfeld des für April angesetzten Verfassungsreferendums – mit dem Erdoğan mehr Macht auf seine Person bündeln will – all jene Nachrichten zu vermitteln, die es benötigt, ließ Dündar verlauten. Immerhin: Bei Twitter hat „Özgürüz“, dessen Logo aus vier sich gegenseitig haltenden Händen besteht, die das Hashtag-Zeichen bilden, drei Wochen nach dem Launch bereits mehr als 40.000 Follower generieren können, auf Facebook haben an die 30.000 Menschen die „Özgürüz“-Seite abonniert.

Grundsätzlich ist der Fall „Özgürüz“ jedoch ein gutes Beispiel für die Internetzensur, die der türkische Staat betreibt. Seit Inkrafttreten des Ausnahmezustandes ist die Sperrung von Facebook, Twitter und YouTube nach unvorhergesehenen Ereignissen wie Terroranschlägen bereits mehr Regel als Aus-



© Surela Film Yapım

Regisseur des Films *Bakur*: Çayan Demirel

nahme. Im November 2016 wurden erstmals auch Messaging-Dienste wie WhatsApp und Skype geblockt. Damals waren öffentliche Proteste gegen die Festnahme von Parlamentsmitgliedern der kurdischen Partei HDP der Auslöser.

Tabus für Filmemacher

Der Film ist von allen Medien naturgemäß dasjenige, das am wenigsten auf Tagesaktualitäten reagieren kann. Die Situation der Meinungsfreiheit ist im türkischen Kino deswegen nicht weniger heikel, sie ist nur anders gelagert. „Im türkischen Film gibt es von je her zwei große Tabus“, erklärt Müge Turan, Filmkritikerin und Leiterin der Filmabteilung am Museum of Modern Art in Istanbul. Zum einen ist das Militär ein ausgesprochen heikles Thema, da das Militär – aus aktueller Sicht mag dies recht ironisch klingen – stets als Beschützer der Demokratie betrachtet wurde. Das Militär kritisch in einem Film zu thematisieren, ist aus diesem Grund nicht möglich. „Und das zweite Tabu ist natürlich die kurdische Identität“, führt Turan aus. „Sie können die kurdische Existenz immer noch nicht akzeptieren und tolerieren, auch nicht im Kino.“ Als Beleg hierfür nennt die Kritikerin die Ereignisse um den Dokumentarfilm *Bakur* auf dem Internationalen Filmfestival Istanbul im April 2015. Von den westlichen Medien weitgehend unkommentiert, kam es dort zu einem veritablen Skandal, als *Bakur* wenige Stunden vor seiner geplanten Aufführung aus dem Programm zurückgezogen wurde. Der Film von Çayan Demirel und Ertugrul Mavioglu handelt vom Alltag dreier kurdischer Freiheitskämpfer im Norden der Türkei. Die Festivalorganisatoren folgten mit dem Rückzug einer Aufforderung des türkischen Kulturministeriums, das ein fehlendes Registrierungszertifikat bemängelte. „Dieses Dokument ist eigentlich immer notwendig, aber das Festival hatte sich in der Vergangenheit nie groß darum gekümmert und auch viele Filme gezeigt, die das Zertifikat nicht hatten“, sagt Turan. „Das hatte nie irgendwen interessiert, doch diesmal ging es eben um einen Dokumentarfilm, der Mitglieder der PKK zeigt. Da reagierte das Ministerium sehr sensibel und hat den Festivalverantwortlichen mit Polizei gedroht, woraufhin diese den Film zurückzogen.“ Die Folge war jedoch ein breiter, in dieser Geschlossenheit unerwarteter Protest vieler türkischer Film-schaffender, die in dem Vorgang einen Akt staatlicher Zensur sahen. Regisseure und Produzenten von 22 Wettbewerbsfilmen zogen ihre Beiträge zurück und veröffentlichten eine gemeinsame Erklärung, in der sie die immer stärkeren Eingriffe des Staates in die Meinungsfreiheit anprangerten. Die Jurys der Wettbewerbssektionen unterstützten die Filmemacher, 2015 wurden in Istanbul keine Preise verliehen.

Rückblickend betrachtet waren die Sorgen der Künstler mehr als begründet. Zwei Jahre später ist in der Türkei – und gleichzeitig auch in Deutschland – ein Film mit gänzlich anderer Ausrichtung gestartet: *Reis*, was übersetzt „Der Präsident“ bedeutet, zeichnet das Leben Recep Tayyip Erdoğans nach. Pathetisch, gänzlich unkritisch und – auch wenn Erdoğan selbst jede Unterstützung des Filmprojekts verneint –

Anfang März 2017 genau zum richtigen Zeitpunkt in die Kinos gekommen, um kurz vor dem Verfassungsreferendum Werbung für ihn zu machen.

Ausblick

Wie geht es weiter mit der Meinungs- und Pressefreiheit in der Türkei? Die Aussichten scheinen alles andere als gut. Wenn Sie diese Ausgabe der *tv diskurs* in den Händen halten, wissen Sie um den Ausgang des Verfassungsreferendums, das im April stattgefunden hat. Bei Redaktionsschluss ist diese Frage noch offen. Das Rennen, so die Prognosen, sollte eng werden – auch deshalb war die Regierung so sehr auf Stimmenfang bei den in Deutschland beheimateten Wählern. Anne Renzenbrink von *Reporter ohne Grenzen* betrachtet dies – unabhängig vom letzten Ausgang – als gutes Zeichen: „Dass trotz all der Schließungen und Zensur immer noch so ein erheblicher Teil der Bevölkerung nicht mit Erdoğan konform geht, spricht doch für die Menschen in der Türkei und gibt Hoffnung.“ Um die Meinungsfreiheit in dem Land langfristig zu gewährleisten, sei aber vor allem eine klare Haltung auf politischer Ebene gefordert. Dass die Bundesregierung im Fall Yücel so deutliche Kritik übt, sei begrüßenswert, „doch genauso konkret sollten auch alle anderen inhaftierten Journalisten beim Namen genannt und auf ihr Schicksal aufmerksam gemacht sowie für ihre Freilassung protestiert werden“. Ob sich Erdoğan und seine Regierung davon beeindrucken lassen, muss jedoch bezweifelt werden.

Jens Dehn arbeitet
als freiberuflicher
Filmjournalist.





© Berlinale

Becoming Who I Was (Werden wer ich war)

Impulsgebend – die Berlinale-Sektion „Generation“

Barbara Felsmann

Dass die Sektion „Generation“ in diesem Jahr 40 Jahre alt wird, war kaum zu bemerken und wurde von der Sektionsleitung eher bescheiden zelebriert. Lediglich im Haus der Kulturen der Welt wechselten sich auf einem Monitor die 40 Plakate ab, die von ihrer Geschichte zeugen. 1978 gab es mit „Kino für Leute ab sechs“ das erste Filmprogramm für das junge Publikum auf der Berlinale. Zwei Jahre später wurde es umbenannt in „Kinderfilmfest“ und entwickelte sich im Laufe der Zeit weltweit zu einer wichtigen Institution. 2004 wurde diese Sektion um einen Jugendfilmwettbewerb erweitert und 2007 erhielt sie dann, was längst überfällig war, einen neuen Namen: „Generation Kplus“ bzw. „14plus“.

Zu ihrem 40. Jubiläum präsentierte sich die Sektion so selbstbewusst wie in der Vergangenheit und legte in bewährter Weise ihren Schwerpunkt auf ein innovatives, facettenreiches Programm, das das junge Publikum auf eine besondere Weise herausfordert und anregt, sich „am filmkünstlerischen Diskurs des Festivals“ zu beteiligen. Insgesamt waren 62 Lang- und Kurzfilme aus 41 Ländern zu sehen, darunter eine erstaunlich hohe Anzahl an dokumentarischen Arbeiten.

Großes Interesse beim jungen Publikum für Dokumentarfilme

So wurde bei „Kplus“ der koreanische Dokumentarfilm *Becoming Who I Was* (*Werden wer ich war*) präsentiert, für den Regisseur und Kameramann Chang-Yong Moon sowie Regisseurin und Produzentin Jin Jeon acht Jahre lang das Aufwachsen des kleinen Angdu aus der indischen Provinz Ladakh begleitet haben. Angdu ist kein gewöhnlicher Junge, sondern soll in seinem früheren Leben ein buddhistischer Meister gewesen sein. Unter der Obhut seines Lehrmeisters bereitet er sich nun auf seine spirituelle Lebensaufgabe vor. Zusammen begeben sie sich zu Fuß auf die mühsame Wanderung durch das schneebedeckte Hochgebirge in das nur schwer erreich-

bare Tibet, um ein geeignetes Kloster für Angdu zu finden. Der ruhige, sinnlich fotografierte Film erzählt eine universelle und zutiefst menschliche Geschichte. So schildert er neben den religiösen Ritualen vor allem das vertrauensvolle, durch gegenseitige Hochachtung geprägte Verhältnis zwischen dem alten Mann und dem kleinen Jungen. Diese humanistische Botschaft hat – wie in ihrer Begründung zu erfahren war – die internationale Jury dazu bewogen, dem Film den Großen Preis zu verleihen.

Im Wettbewerb von „14plus“ befanden sich gleich sechs Dokumentarfilme. Dieser wurde dann auch folgerichtig mit einer Dokumentation eröffnet, und zwar mit der Sondervorführung von Michael Winterbottoms *On the Road*. Hier begleitet der Preisträger des Goldenen und Silbernen Bären die junge Band „Wolf Alice“ bei ihrer Tournee vor zwei Jahren durch Irland und Großbritannien. Auch die mitreißende, neuseeländische Produktion *Poi E: The Story of Our Song* beschäftigt sich mit einer Erfolgsgeschichte eines Popsongs in maorischer Sprache im Jahr 1984. Der maorische Filmemacher Tearepa Kahi kombiniert dabei alte Dokumentaraufnahmen des Soulmusikers Dalvanus Prime und des Patea Maori Clubs,



Von oben nach unten:
Piata lod' (Das fünfte Schiff), *Promise (Versprechen)*,
Estiu 1993 (Sommer 1993), *Butterfly Kisses*, *Wolfe*,
Shkola nomer 3 (School Number 3)

Berlinale: Preise 2017 – Sektion „Generation“

„Kplus“

KINDERJURY

Gläserner Bär für den Besten Film

Piata lod' (Das fünfte Schiff)
 von Iveta Grófová
 (Slowakische Republik/
 Tschechische Republik 2017)

Lobende Erwähnung

Amelie rennt
 von Tobias Wiemann
 (Deutschland/Italien 2017)

Gläserner Bär für den Besten Kurzfilm

Promise (Versprechen)
 von Xie Tian
 (USA 2016)

Lobende Erwähnung

Hedgehog's Home (Das Haus des Igels)
 von Eva Cvijanovic
 (Kanada/Kroatien 2016)

INTERNATIONALE JURY

Großer Preis der Internationalen Jury von Generation „Kplus“ für den Besten Film

ex aequo
Becoming Who I Was (Werden wer ich war)
 von Chang-Yong Moon und Jin Jeon
 (Republik Korea 2017)

Estiu 1993 (Sommer 1993)
 von Carla Simón
 (Spanien 2017)

Spezialpreis der Internationalen Jury von Generation „Kplus“ für den Besten Kurzfilm

Aaba (Großvater)
 von Amar Kaushik
 (Indien 2016)

Lobende Erwähnung

Sabaku
 von Marlies van der Wel
 (Niederlande 2016)

„14plus“

JUGENDJURY

Gläserner Bär für den Besten Film

Butterfly Kisses
 von Rafael Kapelinski
 (Großbritannien 2017)

Lobende Erwähnung

Ceux qui font les révolutions à moitié n'ont fait que se creuser un tombeau (Those Who Make Revolution Halfway Only Dig Their Own Graves)
 von Mathieu Denis und Simon Lavoie
 (Kanada 2016)

Gläserner Bär für den Besten Kurzfilm

Wolfe
 von Claire Randall
 (Australien 2016)

Lobende Erwähnung

SNIP
 von Terril Calder
 (Kanada 2016)

INTERNATIONALE JURY

Großer Preis der Internationalen Jury von Generation „14plus“ für den Besten Film

Shkola nomer 3 (School Number 3)
 von Yelizaveta Smith und Georg Genoux
 (Ukraine/Deutschland 2016)

Lobende Erwähnung

Ben Niao (The Foolish Bird)
 von Huang Ji und Ryuji Otsuka
 (Volksrepublik China 2017)

Spezialpreis der Internationalen Jury von Generation „14plus“ für den Besten Kurzfilm

The Jungle Knows You Better Than You Do
 von Juanita Onzaga
 (Belgien/Kolumbien 2016)

Lobende Erwähnung

U Plavetnilo (Into the Blue)
 von Antoneta Alamat Kusijanović
 (Kroatien/Slowenien/Schweden 2017)

Sektionsübergreifender Preis GWFF Preis Bester Erstlingsfilm

Estiu 1993 (Sommer 1993)
 von Carla Simón
 (Spanien 2017)

Teddy Award Bester Kurzfilm

Min Homosyster (Meine Homoschwester)
 von Lia Hietala
 (Schweden/Norwegen 2017)

die traditionelle Melodien mit modernen Beats mischten, mit heutigen Interviews und schafft so ein unglaublich stimmungsvolles Porträt dieser Künstler.

Andere Dokumentarfilme, wie z. B. *Soldado (Soldier)* aus Argentinien oder *Almost Heaven* über ein Mädchen, das in China eine Ausbildung zur Bestatterin macht, erzählen von der Ankunft junger Leute im Berufsleben. Das ist auch Thema des bemerkenswerten dokumentarischen Langdebüts *Loving Lorna* der Schwestern Annika und Jessica Karlsson aus Schweden. Sie porträtieren die 17-jährige Lorna, die in einem sozial benachteiligten Vorort von Dublin lebt, Pferde über alles liebt und einen typischen Männerberuf, nämlich Hufschmied, erlernen will. Ihr Erwachsenwerden beinhaltet aber zugleich einen schwierigen Abnabelungsprozess von ihrer kranken Mutter.

Bei diesem großen Angebot ist es nicht verwunderlich, dass sich die Jurys bei ihrer Preisvergabe auch für dokumentarische Formen entschieden. So vergab die internationale Jury von 14plus ihren Hauptpreis an die ukrainisch-deutsche Koproduktion *Shkola nomer 3 (School Number 3)* von Yelizaveta Smith und Georg Genoux. 13 Jungen und Mädchen erzählen darin von bewegenden Ereignissen in ihrem Leben, vom ersten Verliebtsein, von ihren Träumen, Hoffnungen und Ängsten. Sie alle gehen in eine Schule im Donbass, die während des Ukraine-Konflikts zerstört und dann wieder aufgebaut wurde. Und so spielt der Krieg, ohne dass er direkt thematisiert wird, bei allen Gesprächen unterschwellig eine Rolle. „Dieser Film“, so heißt es in der Preisbegründung, „lässt dem Narrativ des Krieges keine Überhand gegenüber der emotionalen Welt seiner jungen Charaktere gewinnen, die uns erlauben, Zugang zu den innigsten und intimsten Details ihres Lebens zu erhalten“.

Die sieben jugendlichen Juroren dagegen sprachen eine lobende Erwähnung an einen dreistündigen (!) Spielfilm aus, der ähnlich einer Collage viele verschiedene Formelemente in sich vereint, u. a. dokumentarische Fragmente. Es geht in der kanadischen Produktion mit dem Titel *Ceux qui font les révolutions à moitié n'ont fait que se creuser un tombeau (Those Who Make Revolution Halfway Only Dig Their Own Graves)* um eine Gruppe junger Revoltierer, die sich nach einer gerechteren Gesellschaft sehnen und ihrem politischen Unmut durch Gewalt Ausdruck verleihen. Dass die Jugendjury aus dem insgesamt sehr hochwertigen Wettbewerb gerade diesen künstlerisch bemerkenswerten, aber auch nicht leicht

konsumierbaren Beitrag für eine Auszeichnung auswählte, beweist wieder einmal die hohe Medienkompetenz der jungen Zuschauer.

Themen- und Formenvielfalt bei den fiktiven Formaten

Ihren Gläsernen Bären vergab die Jugendjury an eine ähnlich „schwere Kost“: an das in Schwarz-Weiß gedrehte, tief unter die Haut gehende Spielfilmdebüt *Butterfly Kisses* von Rafael Kapelinski. Darin wird der Seelenzustand eines Jungen beschrieben, der seine pädophilen Neigungen entdeckt und von dieser Last nahezu erdrückt, aber gleich auch zur Gefahr für andere wird. „Ohne simple Schuldzuweisungen vorzunehmen, konfrontiert [der Film] uns mit einem brisanten Thema, zu dem unsere Gesellschaft noch keinen Umgang gefunden hat. Die differenzierten Charakterisierungen ermöglichen, für die Situationen der Protagonisten tiefes Mitgefühl zu entwickeln“, begründen die jungen Juroren ihre Entscheidung.

Durch eine bemerkenswerte Intensität und psychologische Tiefe zeichnen sich auch zwei lateinamerikanische Produktionen aus. Cristiane Oliveiras Spielfilmdebüt *Mulher do pai (Nalu on the Border)* beschreibt das kühle, seit vielen Jahren gestörte Verhältnis einer 16-Jährigen zu ihrem blinden Vater sowie den schwierigen Ablösungsprozess von ihm und dem trostlosen Alltag in einem brasilianischen Dorf an der Grenze zu Uruguay. Die Koproduktion *Não devore meu coração! (Don't Swallow My Heart, Alligator Girl!)* wiederum erzählt symbolträchtig eine moderne Romeo-und-Julia-Geschichte zwischen einem brasilianischen Jungen und einem Guaraní-Mädchen aus Paraguay.

Klassische Kinder- und Familienfilme bei „Kplus“

Das Angebot an Spielfilmen, die direkt für die jüngste Zielgruppe produziert wurden und meist aus den klassischen Kinderfilmländern kommen, war in diesem Jahr recht hoch und beachtlich vielschichtig. So richtet sich beispielsweise das niederländische Musical *Uilenbal (Der Fall Mäuserich)* von Simone van Dusseldorp an Kinder ab 6 Jahren. Auf eine für diese Altersgruppe verständliche Weise befasst sich diese Produktion mit dem Leben und Sterben. Anhand des Schicksals einer Maus, dem Spielgefährten der kleinen Meral, lernen hier die Kinder den Kreislauf des Lebens verstehen. Von einem skurrilen

© Berlinale



Upp i det blå (Schraube locker)

© Berlinale



As duas Irenes (Zweimal Irene)

Weltraumabenteuer dagegen erzählt der schwedische, fantasievoll gestaltete Spielfilm *Upp i det blå* (*Schraube locker*) von Regisseur und Puppenspieler Petter Lennstrand, während die berührende norwegisch-schwedische Koproduktion *Oskars Amerika* von der Freundschaft zweier Außenseiter handelt. Regisseur Torfinn Iversen war 2012 mit seinem Kurzfilm *Levis Hest* (*Levis Pferd*) schon einmal zu Gast bei „Generation“ und hat nun diese Geschichte um den erwachsenen Sonderling Levi, gespielt von Jørgen Sandvik Langhelle, und seinem weißen Pony als Ausgangspunkt für sein berührendes Spielfilmdebüt genommen.

Mit *Die Häschenschule – Jagd nach dem goldenen Ei* und *Überflieger – Kleine Vögel, großes Geklapper* wurden zwei Animationsfilme aus Deutschland bzw. mit wesentlicher deutscher Beteiligung präsentiert, die sich durch eine angenehme Leichtigkeit, modernen Humor und eine schöne Botschaft ohne erhobenen Zeigefinger auszeichneten. Die dritte Produktion aus Deutschland und Italien, *Amelie rennt*, wendet sich an Kinder ab 10, 11 Jahren und wurde nicht nur vom Publikum begeistert aufgenommen, sondern zudem von der Kinderjury mit einer lobenden Erwähnung bedacht. Basierend auf einem originären Drehbuch, was ja hierzulande recht selten vorkommt, von Natja Brunckhorst erzählt der Film von einem asthmakranken Mädchen, das nicht bereit ist, seine Krankheit anzunehmen – und sich so immer wieder in Lebensgefahr bringt. Doch als sie bei einem Kuraufenthalt in Südtirol den Bauernjungen Bart kennenlernt und dieser ihr von den Heilungskräften der traditionellen Bergfeuer hoch oben auf den Gipfeln erzählt, beginnt sie allmählich, neuen Lebensmut zu schöpfen. *Amelie rennt* überzeugt durch eine realistische, konzentriert angelegte, berührende Geschichte und frische, ungekünstelte Dialoge, die den jungen Darstellern ein natürliches Agieren vor der Kamera ermöglichen.

Filme, bei denen Kinder im Mittelpunkt stehen

Ihren Hauptpreis, den Gläsernen Bären, verliehen die elf Mitglieder der Kinderjury an den slowakisch-tschechischen Wettbewerbsbeitrag *Piata lod'* (*Das fünfte Schiff*) – und damit an einen Film, der Kinder in den Mittelpunkt stellt, aber nicht direkt für diese Zielgruppe gedreht wurde. Dieser bewegende, tief unter die Haut gehende Film erzählt von einem von der Mutter vernachlässigten Mädchen und einem überbehüteten Jungen, die in einer Lau-

be mit zwei Babys ein eigenes, glückliches Familienleben „durchspielen“. Er erinnert mich von der melancholischen Grundstimmung und -konstellation stark an den polnischen Wettbewerbsbeitrag *Wrony* (*Krähen*) von Dorota Kędzierzawska, der 1995 beim Kinderfilmfest mit der lobenden Erwähnung der Kinderjury und dem UNICEF-Preis bedacht wurde.

Auch die spanische Produktion *Estiu 1993* (*Sommer 1993*), die sich den Großen Preis der internationalen Jury mit *Becoming Who I Was* geteilt hat, ist kein klassischer Kinderfilm, sondern entwickelt seine Geschichte konsequent aus der Sicht seiner 6-jährigen Protagonistin, die mit dem Verlust ihrer Mutter fertigwerden und sich zudem in der Familie ihrer fürsorglichen Tante einleben muss. „Was dieser bemerkenswerten Heldin widerfährt und was uns zu Tränen berührt hat“, heißt es in der Preisbegründung, „ist, dass, wie sehr es auch wehtun mag, es die bedingungslose Liebe der Menschen um dich herum ist, die deine Schmerzen mildern vermag. Neben der herausragenden Darbietung der jungen Hauptdarstellerin war die Jury außerdem sehr beeindruckt von der wunderschönen Kameraarbeit und sinnlichen mise-en-scène“.

Ebenso mit großer Sensibilität und psychologischer Genauigkeit erzählt der brasilianische Regisseur Fabio Meira eine unglaubliche Geschichte in seinem Langfilmdebüt *As duas Irenes* (*Zweimal Irene*). Empfohlen ab 12 Jahren, ist auch diese Produktion nicht explizit für ein Kinderpublikum hergestellt worden, obgleich im Mittelpunkt zwei 13-jährige Mädchen stehen, die durch Zufall entdecken, dass sie nicht nur den gleichen Namen tragen, sondern auch denselben Vater haben. *As duas Irenes* ist ein bemerkenswertes kleines Kunstwerk, das eine ganz besondere Atmosphäre ausstrahlt und zu den Höhepunkten des diesjährigen Festivals gehörte.

Barbara Felsmann
ist freie Journalistin
mit dem Schwerpunkt
„Kinder- und Jugend-
film“ sowie Autorin
von dokumentarischer
Literatur und
Rundfunk-Features.



© 20th Century Fox



© Walt Disney Studios



© Universum Film



© Universal Pictures



© Constantin Film Vertrieb



© Studiocanal Filmverleih



© Universal Pictures



© 20th Century Fox



© Universal Pictures



© Sony Pictures Releasing



© 20th Century Fox



© Concorde Filmverleih



Jugendmedienschutz in Europa

Filmfreigaben im Vergleich

In den europäischen Ländern sind die Kriterien für die Altersfreigaben von Kinofilmen unterschiedlich. *tv diskurs* informiert deshalb regelmäßig über die Freigaben aktueller Spielfilme.

	Titel	D	NL	A	GB	F	DK	S
1.	Assassin's Creed OT: Assassin's Creed	16	16	14	12A	12	11	15
2.	Rogue One: A Star Wars Story OT: Rogue One	12	12	12	12A	o.A.	11	11
3.	Hacksaw Ridge: Die Entscheidung OT: Hacksaw Ridge	16	16	16	15	12	15	—
4.	Nocturnal Animals OT: Nocturnal Animals	16	16	16	15	o.A.!	15	15
5.	Office Christmas Party OT: Office Christmas Party	12	12	14	15	o.A.	7	11
6.	La La Land OT: La La Land	0	0	0	12A	o.A.	—	0
7.	Manchester by the Sea OT: Manchester by the Sea	12	12	12	15	o.A.	11	11
8.	Logan: The Wolverine OT: Logan	16	16	16	15	12!	15	15
9.	Fifty Shades of Grey: Gefährliche Liebe OT: Fifty Shades Darker	16	16	—	18	12	15	—
10.	T2 Trainspotting OT: T2 Trainspotting	16	12	16	18	o.A.!	15	—
11.	A Cure for Wellness OT: A Cure for Wellness	16	16	16	18	12	15	15
12.	Silence OT: Silence	12	16	16	15	o.A.!	15	—

Anmerkungen:

- o. A. = ohne Altersbeschränkung
- = ungeprüft bzw. Daten lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor
- A = Accompanied / mit erwachsener Begleitung
- ! = Kino muss im Aushang auf Gewalt- oder Sexszenen hinweisen



EXTRA!
EXTRA!

Daily News
WIR WOLLEN
MITENTSCHEIDEN

FAKE
NEWS

+++ NEWS +++ NEWS +++ NEWS +++ NEWS +++ NEWS +++ NEWS +++ NEWS +++

Medien in der Demokratie

Massenmedien, die frei sind, denen die Rezipienten vertrauen und die eine hohe Glaubwürdigkeit besitzen, sind im Idealfall ein Kernstück der Demokratie. Sie sollen über unterschiedlichste Meinungen berichten, gleichzeitig sachliche, nach journalistischen Kriterien überprüfte Informationen über alle relevanten Vorgänge in der eigenen Gesellschaft und der übrigen Welt verbreiten und den pluralistischen Diskurs ermöglichen. Bei den klassischen Massenmedien – vor allem dem Fernsehen, dem Radio und den Zeitungen – hat sich in der Bundesrepublik eine beachtliche Professionalisierung entwickelt, die aber auch dazu beigetragen hat, dass sich die Kommunikationschancen ungleich verteilt haben: Die einen hatten Zugriff auf die Massenmedien und konnten dort kommunizieren, die anderen waren auf die rezipierende Rolle beschränkt.

Erst das Internet gibt so gut wie jedem die Möglichkeit, sich an die Allgemeinheit zu richten. Allerdings wird inzwischen die lang gehegte Hoffnung, dadurch würde die Welt demokratischer und die Menschen könnten – unabhängig von ihrem Aufenthaltsort – fair miteinander kommunizieren, von düsteren Berichten über die Verschwörung von Hackern gegen die Institutionen der Demokratie oder die explosionsartige Vermehrung von Hetztiraden und Rassenhass auf eine harte Probe gestellt. Mark Zuckerberg, der sich monatlich mit einer Botenschaft an seine 1,86 Mrd. Facebook-Nutzer wendet, ist immer noch optimistisch. In einer Art Manifest richtet er sich gegen den zunehmenden Trend, sich gegen die Globalisierung abzuschotten. Die Welt sei durch die Verkehrstechnik, aber auch durch die Medien zusammengewachsen. Soziale Netzwerke könnten Menschen ermöglichen, sich gegenseitig zu helfen und zu unterstützen. Zuckerberg wendet sich gegen diejenigen, die in den Medien die Gesellschaften spalten und durch das Aufbauen von sogenannten Echokammern einseitige Meinungsbildung fördern. Der Facebook-Gründer möchte das mit künstlicher Intelligenz bekämpfen: Algorithmen sollen tendenziöse Artikel, die geteilt werden, ohne gelesen worden zu sein, in ihrer Verbreitung reduzieren. Das klingt wie ein Umdenken bei Facebook, wo man lange von Fake News und Filterblasen nichts wissen wollte. Aber soll die Meinungsfreiheit tatsächlich in die Hände von intelligenten Maschinen gelegt werden?

Wie steht es nun mit der Verantwortung der Medien, die heute über so weitreichende Möglichkeiten der vielfältigen Produktion und Rezeption verfügen wie noch nie zuvor in der Geschichte? Bedeutet die Tatsache, dass jeder sich in ihnen produzieren kann, einen unaufhaltsamen Qualitäts- und Glaubwürdigkeitsverlust? Machen gewissenlose Produzenten von gezielten Falschmeldungen oder Hassprediger nur einfach offensichtlich, dass es heimlich immer schon viele gab, die mit der Pluralität und Offenheit unserer Gesellschaft nicht zurechtkommen? Oder schaffen sie damit eine sich ausbreitende Haltung gegen die Grundwerte unserer Gesellschaft?

Die Mitte produziert keine Alternativen mehr

Die moderne postindustrielle Gesellschaft wird pluralistischer, traditionelle Milieus lösen sich auf. Zudem wird sie immer komplexer, die Politik verliert ihre Steuerungsfähigkeit und ist kaum noch in der Lage, Sicherheit zumindest zu simulieren. Ähnliche Prozesse spielen sich in der Medienlandschaft ab. Die traditionellen Medien reagieren darauf mit dem Versuch, Homogenität darzustellen. Abweichungen finden fast nur noch außerhalb der etablierten Medien statt. Darin liegt auch eine Gefahr für die Demokratie westlichen Zuschnitts. Bleibt die Frage, ob unser politisches System und die etablierten Medien überhaupt noch den Bedingungen unserer Gesellschaft gewachsen sind. tv diskurs sprach darüber mit Dr. Armin Nassehi, Professor für Soziologie an der Ludwig-Maximilians-Universität München.

Vor 20 Jahren war das Internet für viele noch eine ganz neue Technologie und kaum jemand besaß ein Mobiltelefon. Waren die Medien die entscheidenden Träger der gesellschaftlichen Veränderungen in dieser Zeit? Oder spielten doch andere Prozesse eine viel grundlegendere Rolle?

Man kann die Geschichte der Medien doppelt erzählen. Zum einen könnte man sagen: Da wir das meiste über die Welt durch die Medien erfahren, müssen uns die Veränderungen in der Welt immer als Medienphänomene erscheinen. Das bleibt überhaupt nicht aus, und deshalb richtet sich unser erster Blick immer auf die Medien. Zum anderen wissen wir, dass die entscheidenden Revolutionen der letzten 500 Jahre Medienrevolutionen waren, die unser Leben stark verändert haben und auch verantwortlich dafür sind, dass sich in unseren Gesellschaften so viel verändert hat.

Können Sie ein Beispiel nennen?

Radikalen Wahrheitsanspruch gibt es erst, seit es den Buchdruck gibt, weil man plötzlich Sätze hat, die man zeitentlastet überprüfen kann. So etwas wie Aktualität gibt es erst, seit es die Zeitung gibt. Personalisierung von Politik gibt es erst, seit es das Fernsehen gibt. Und so etwas wie den totalen Zweifel an jeder Expertise gibt es erst, seit es das Internet gibt.

Also könnte man sagen, dass Medien Ideologien hervorbringen?

Nein, hier spielen Wechselwirkungen eine große Rolle. Max Weber hat das Wahlverwandschaft genannt – etwa die Wahlverwandschaft zwischen dem Kapitalismus und gewissen religiösen Orientierungen. Entsprechend würde man hier sagen, dass ich beispielsweise Individualismus nur dann pflegen kann, wenn mich die Medien mit Vorbildern versorgen, wie ich traditionelle Rollenmuster umgehen kann. Und so etwas wie eine politische Bewegung kann ich nur dann ins Leben rufen, wenn ich die Leute erreiche.

Moderne Gesellschaften werden zumeist mit zwei Schlagworten beschrieben, mit Pluralität und Komplexität. Wie hängen beide zusammen?

Das sind zunächst zwei sehr unterschiedliche Dinge. In der bürgerlichen Welt und der klassischen Industriegesellschaft gab es noch bis vor wenigen Jahrzehnten die Idee eines Normallebenslaufs, es gab klare Rollenverteilungen. Das war eine relativ geordnete Welt, die aber auch schon einen gewissen Pluralismus an sich wahrgenommen hat – etwa in der kulturellen Orientierung zwischen den Generationen oder den sozialen Schichten. Allerdings gab es noch relativ klare Milieugrenzen. Die gibt es heute nicht mehr. Das kann man gut an den großen Parteien sehen,



die diesen Milieus nachtrauern – wie man aktuell sehr schön an Martin Schulz studieren kann, der eine Rhetorik pflegt, als stünde er in den 1970er-Jahren vor Stahlkochern auf dem Marktplatz von Gelsenkirchen. Unter Komplexität hingegen verstehe ich, dass wir ökonomische, politische, wissenschaftliche, rechtliche und kulturelle Zusammenhänge nicht mehr unter einen Hut bekommen. Frühere Gesellschaften waren auch nicht weniger komplex – das denken wir nur. Man konnte aber verschiedene Lebensbereiche miteinander versöhnen, indem man sie paradoxerweise voneinander entkoppelte. Man hatte beispielsweise einen Nationalstaat, der zumindest so tun konnte, als sei er autark. Unter den Bedingungen der Globalisierung ist das nicht mehr möglich. Man kann solche Sicherheiten nicht mehr simulieren.

Ist das auch ein Medienphänomen?

Natürlich. Wenn wir uns die klassische Bundesrepublik anschauen, dann waren selbst die Medienangebote für die Milieus entsprechend. Das war eine relativ übersichtliche Gesellschaft. Heute ist das nicht mehr so.

Bringen Medien Komplexität hervor?

Das ist ein paradoxer Effekt. Am Beginn des massenmedialen Zeitalters standen ja emanzipatorische Kämpfe: das Recht der Medien, über alles zu berichten, selbst der Gatekeeper zu sein. Inzwischen wird beklagt, dass wir von den Medien keine Orientierung mehr bekommen, dass alles gemeldet wird, dass man an zu viele Informationen kommt.

Doch wie gesagt: Das Spannende an der aktuellen Entwicklung ist, dass die einzelnen Bereiche dieser Gesellschaft keine Sicherheit mehr produzieren können. Das gilt für die Medien. Das gilt aber auch für die Politik oder andere Bereiche der Gesellschaft. Politik etwa hat die Funktion, Kollektive zu bilden und kollektiv bindende Entscheidungen zu produzieren, muss dann aber feststellen, dass man das meiste in der Gesellschaft gar nicht politisch steuern kann. Wissenschaft soll eindeutiges Wissen produzieren, macht aber genau das Gegenteil. Man könnte das beliebig fortsetzen. Für Beobachter folgt daraus eine erhebliche Unübersichtlichkeit und Belastung durch zu viele widersprüchliche Informationen.

Und mit dieser Unsicherheit lassen uns die Medien allein?

Ja und nein. Die Medienlandschaft ist zunehmend tribalisiert, wie man besonders gut an den USA sehen kann. Jemand, der Fox News schaut, lebt in einer anderen Welt als ein Leser der „New York Times“ oder „Washington Post“. Diese medialen Filterblasen erzeugen allerdings durchaus Erwartungssicherheit.

Denkt man jedoch an Suchroutinen im Internet, an die Schnelligkeit der Medien, daran, dass es zu jeder Aussage eine Gegenaussage gibt, dann produzieren die Medien auch totale Verwirrung. Menschen, die damit nicht umgehen können, werden verunsichert.

Ganz allgemein gesagt: Gesellschaften unseres Typs erzeugen immer beides, Erwartungssicherheit und Verunsicherung. Das gilt nicht nur für die Medien, das gilt ebenso für die Wirtschaft, das Recht, die Politik oder die Religion.

Inwieweit ist die traditionelle Demokratie westlichen Zuschnitts, so wie wir sie kennen, dieser Pluralisierung und Komplexität überhaupt gewachsen? Untergräbt die Demokratisierung der Medienlandschaft die Demokratie?

Das ist so. Das traditionelle Parteiensystem war ähnlich zugeschnitten wie die Medienlandschaft. Nach dem Zweiten Weltkrieg haben im Grunde alle Parteien sozialdemokratische Politik gemacht, die Unterschiede beschränkten sich auf Symbole für die jeweiligen Wählermilieus, aber das waren Petitesse.

Doch genau die damit verbundene Sicherheit bei den Wählern gibt es nicht mehr. Wer ist heute konservativ? Wenn man sich Herrn Schulz anschaut, muss man wohl sagen: die SPD. Wer ist am populistischsten? Vielleicht auch die SPD, man denke nur an Schulz' Elitenkritik. Das Spannende daran ist: Man versucht, die alten Formen, die früher gut funktioniert haben, zu simulieren. Man merkt aber, dass es eine Simulation ist. Ähnlich verhält es sich mit der CDU. Dort versucht man, das Konservative modern zu beschreiben, aber es gelingt nicht.

Interessant ist nun, dass es sich in den Medien genauso verhält. Zeitungen wissen heute nicht mehr, wer genau ihre Zielgruppe ist. Die „Süddeutsche“ ist inzwischen in gewissem Sinne eine konservative Zeitung, die traditionelle Formen gesellschaftlicher Auseinandersetzung zu stabilisieren versucht. Die „Frankfurter Allgemeine“ hingegen ist manchmal ganz dicht an neuen kulturellen Entwicklungen dran. Kurz: Die alten Zuordnungen funktionieren nicht mehr, was einerseits ein Gewinn ist, andererseits als Unübersichtlichkeit erlebt wird.

Heutzutage ist gern von den „Mainstream-Medien“ die Rede. Gemeint ist damit, dass wir in den klassischen Massenmedien ganz überwiegend ein linksliberales Weltbild vermittelt bekommen. Ist der Vorwurf berechtigt?

Ja, ich glaube schon. Und es ist kein Zufall, dass dieses Thema gerade an der Migrationsproblematik so stark geworden ist. Sie ist ein Trigger für viele Konflikte in unserer Gesellschaft. Das kann man auch daran erkennen, dass die Medien in einer immer unübersichtlicher werdenden Welt

immer weniger in der Lage sind, starke Differenzen zu produzieren – oder auszuhalten. Die Bundesrepublik ist ja im internationalen Vergleich ein enorm erfolgreiches Einwanderungsland. Genau das aber hat man lange nicht anerkannt, ebenso wie man es versäumt hat, die negativen Einwanderungsfolgen, die es in Deutschland ja wirklich zuhauf gibt, auch beim Namen zu nennen.

Wir haben es nicht eingeübt, über Migration kontrovers zu diskutieren, auch Skepsis zuzulassen, etwa großen Migrationszahlen gegenüber. Man muss diese Skepsis nicht teilen, sie ist aber legitim. Diese Einübung in kontroverse, aber legitime Diskussionen haben wir versäumt, auch in den Medien.

Sind die Medien zu ängstlich geworden?

Das hört sich ja an, als hätte man das vermeiden können. Hätte man etwas gegen die eigene Angst tun können? – Ich glaube nicht.

Spannend ist doch: Wo finden Abweichungen statt? Denken sie an Johannes Gross, einen genialen konservativen Aphoristiker, der früher für das „FAZ-Magazin“ geschrieben hat. Der hat damit gespielt, dem linksliberalen Establishment vor das Schienbein zu treten. Der war einfach schlau. Man konnte alles falsch finden, was er sagte, es war aber dennoch toll. Solche Abweichungen gibt es heute in den traditionellen Medien nicht mehr. Die finden sich nur noch in Formaten, die keine Fundamentalopposition sind, es aber so inszenieren, wie etwa „Tichys Einblick“. Das hat bisweilen etwas Kindisches – man versucht, argumentative Grenzen auszutesten und den Raum des Sagbaren auszuloten. Vielleicht ist das auch eine Reaktion darauf, dass die mediale Öffentlichkeit homogener erscheint, als sie es letztlich ist.

Stärkt diese Homogenisierung in den traditionellen Medien also die politischen Ränder?

Ich würde sagen: Ja. Wir sehen das an sehr erfolgreichen Medien am rechten Rand, von der „Jungen Freiheit“ bis hin zur „Blauen Narzisse“ oder der „Sezession“. Das ist z. T. unappetitlich, weil es den Raum des Sagbaren nochmals erweitert, aber manchmal eben auch klug unappetitlich. Von links ist es oftmals nicht ganz so intellektuell, aber das gibt es auch. Diese Ränder werden stark, wenn die Mitte keine Alternativen produziert. Und ich finde das, ehrlich gesagt, nicht nur eine Katastrophe. Vielleicht produziert das ein Bewusstsein dafür, dass mehr Differenz in der Mitte ein Segen wäre.

Ist das ganze politische und mediale System, so wie wir es kennen, eigentlich noch modern oder passt es einfach nicht mehr zu dieser Welt?

Die Frage ist: Was sind die Alternativen? Muss das parlamentarische Parteiensystem etwa wirklich die Komplexität einer Gesellschaft abbilden? Ich würde sagen: Nein. Denn die Funktion von Politik besteht ja nicht nur darin, Probleme zu lösen. Um Probleme zu lösen, müsste man wahrscheinlich ganz andere Akteure einsetzen. Aber Politik hat auch die Funktion, das Gefühl zu vermitteln, dass man diese Gesellschaft kollektiv bindend im Zaum halten kann und so die produktive Illusion vermittelt, dass diese Gesellschaft aus einem Guss ist und halbwegs gesteuert werden kann.

Liegt darin aber nicht die Gefahr, dass die Politik eine Illusion weckt, die sie gar nicht erfüllen kann? Verurteilt sie sich nicht zum Scheitern?

Ja. Sie kann aber nicht anders. Das ist der Preis des liberalen Rechtsstaates, der politische Richtigkeit von letzten Wahrheitsansprüchen trennt.

Wäre es dann nicht ehrlicher, wenn man im liberalen Sinne den Staat zurückbauen würde? Wenn man versuchen würde, weniger zu steuern?

Vielleicht ja, aber genau dafür braucht man paradoxerweise wiederum Politik. Es ist das klassische Thema seit Beginn des Industriekapitalismus: Wie viel politische Steuerung des Ökonomischen ist möglich? Wie viel Steuerung hemmt ökonomische Leistungsfähigkeit? Wie wirkt sich weniger Steuerung auf Folgeeffekte sozialer und ökologischer Natur aus? Das sind die ewig jungen Fragen des Verhältnisses von Politik – die liberale Idee des Staatsrückzuges oder die kapitalismuskritische Idee allzu starker Steuerung sind dafür ja nur die plakativen Chiffren. Aber Ihre Frage war ja, ob die Funktion der Politik noch zu der Gesellschaft passt. Ich würde sagen, sie passt schon, solange im Blick bleibt, dass Politik eben nur Politik macht. Und intelligente Politik dürfte wahrscheinlich die Übertreibung nicht übertreiben. Wenn man so tut, als könnte man die gesamte Gesellschaft mit Politik steuern, wird sie automatisch scheitern.

Die Menschen haben zu starke Ansprüche an die Politik?

In modernen Gesellschaften spielt das Austarieren von Steuerungsfragen eine immer größere Rolle. Schauen Sie sich nur die Managementkonzepte an: Bis vor Kurzem gab es noch den heroischen Typen, der durchregiert hat. Heute würde man auf moderierende Führungsstile setzen müssen und zusehen, wie sich Kräfte entsprechend ordnen. Das ist teilweise viel effizienter, produziert bei den Menschen aber mehr Unzufriedenheit. Vielleicht ist diese latente und manifeste Unzufriedenheit die Kategorie, die zu dieser Gesellschaft passt.

**»Politische Probleme
kann man nur politisch lösen,
so wie man mediale Probleme
nur medial lösen kann.«**

Aus dieser Logik gibt es kein Entrinnen?

Wir sind verstrickt in diese Logiken. Politische Probleme kann man nur politisch lösen, so wie man mediale Probleme nur medial lösen kann. Sie können nicht innerhalb der Medien dafür sorgen, dass die Medien uns eine Welt schaffen, in der wir uns besser zu Hause fühlen. Wenn das jemand autoritär durchsetzen wollte, wäre das sofort ein Thema für die Medien. Man kommt also aus der internen Logik dieser Systeme nicht heraus.

Befördert diese Eigenlogik der gesellschaftlichen Systeme nicht autoritäre Sehnsüchte?

Ja, natürlich. Die aktuelle Sehnsucht nach autoritärer Führung ist ein Krisenphänomen. Die parlamentarische Demokratie steht nicht nur durch irgendwelche Idioten unter Druck, sondern durch Menschen, die feststellen, dass niemals ein Problem zu Ende diskutiert ist – nie. Deshalb rennt man heute dezisionistischen Angeboten hinterher. Donald Trump ist nur so zu erklären, nicht mit seinen Konzepten, sondern mit Dezisionismus – er tut es, weil er es kann. Viktor Orbán wird dafür in Ungarn verehrt – das war mal ein Liberaler. Ich glaube, dass das die große Gefahr für parlamentarische Demokratien ist. Wie das ausgeht, wissen wir nicht.

Ist die parlamentarische Demokratie nicht zuletzt aufgrund der medialen Entwicklungen in einer Krise? Ist sie transformierbar?

Ich hoffe, dass sie transformierbar ist. Sagen wir mal so: Die beste Legitimation auch für ein politisches System ist das Gelingen. Die Leute interessieren sich nicht für komplizierte theoretische und normative Debatten. Wir haben in letzter Zeit einige Tests mit sogenannten Expertenregierungen gesehen, etwa in Italien. Das hat nicht so richtig funktioniert, weil man gesehen hat, dass da auch die Legitimationsfrage eine entscheidende Rolle spielt. Dann haben wir den moderierenden Führungsstil, für den etwa Angela Merkel steht und der beinhaltet, dass nur so viel erklärt wird, wie unbedingt nötig ist, man ansonsten aber auf Vertrauen setzt. Aktuell haben wir es mit einer Renationalisierung von Politik zu tun. Das alles sind Selbstkorrekturversuche des politischen Systems, mit der eigenen Komplexität umzugehen. Die Frage ist, ob über Trial and Error Formen gefunden werden, in denen das funktioniert. Ich glaube ohnehin, dass die einzige Form von Prozessen, die wir in dieser Gesellschaft kennen, das Muddling Through ist.

Und dieses Durchwurschteln kann die Politik medial nicht kommunizieren?

Das wäre ein intellektuelles Selbstmissverständnis. Man kann keinen Wahlkampf mit den Steuerungsdefiziten des politischen Systems in komplexen Gesellschaften machen. Dann könnte man gleich sagen: Wählt uns nicht, da wir ohnehin nicht halten können, was wir versprechen. Die politische Semantik funktioniert doch ganz anders, denn die Mediennutzer sind viel schlauer, als wir denken. Wer Werbung sieht, weiß ja auch, dass das keine Informationssendung ist. Sie funktioniert aber trotzdem. Und in der politischen Rhetorik ist das ähnlich. Jedem ist doch klar, dass politische Leerformeln wie etwa die von der sozialen Gerechtigkeit so nicht funktionieren und „kleingearbeitet“ werden müssen, es erzeugt aber Aufmerksamkeit.

Wo stehen wir in 20 Jahren? Haben wir dann die totale Mediendemokratie via Twitter?

Das weiß ich nicht. Nimmt man wirklich ernst, dass die Funktion von Politik darin besteht, Kollektivitäten zu erzeugen, kann ich mir kaum vorstellen, dass derzeitige Begleitmedien wie Twitter zum zentralen Medium demokratischer Auseinandersetzungen werden. Aber das meiste, was wir derzeit gerade in den sozialen Medien beobachten, konnte sich vor Kurzem auch niemand vorstellen. Womöglich wäre ein twitternder US-Präsident noch die am wenigsten bedrohliche Variante – entscheidender wird wohl die Frage der viralen und algorithmischen Manipulation politischer Stimmungen sein.

Das Interview führte Dr. Alexander Grau.

Werte und digitale Kommunikation

Thilo Hagendorff

Der Artikel beschreibt, wie sich Werte und Normen in den Öffentlichkeiten digitaler sozialer Netzwerke konstituieren und sich über sie zur Geltung bringen. Dabei wird auch auf die zunehmende algorithmische Automatisierung dieser Prozesse und die sich daraus ergebenden sozialen Folgewirkungen eingegangen.

Zu Beginn des Aufkommens digitaler sozialer Netzwerke bestand weithin die Vorstellung, dass das Internet zu einer Demokratisierung der Kommunikation sowie zu einer Einebnung von sozialen Statusunterschieden führen würde. Das Internet sollte ein Raum der Interaktion zwischen freien und gleichen Menschen sein. Mit einer gewissen Ernüchterung musste jedoch relativ rasch zur Kenntnis genommen werden, dass sich etablierte soziale Ungleichheiten im Rahmen digitaler Dienste und Plattformen nahezu eins zu eins reproduzieren. So konnte etwa gezeigt werden, dass sich soziale Ungleichheiten rund um die Hautfarbe, Ethnizität oder den sozioökonomischen Status von Menschen im Internet widerspiegeln. Beispielsweise wurde herausgefunden, dass dunkelhäutige Menschen eher MySpace und hellhäutige Menschen eher Facebook nutzen (Boyd 2012). Diese Erkenntnisse enttäuschten die einstmals hochgehaltenen Vorstellungen über die prosozialen Effekte des Internets. Heute ist die Feststellung, dass sich soziale Werte und Normen in Technologien einschreiben, in der sozialwissenschaftlichen Forschung ein Gemeinplatz. Die Frage ist aber, auf welchem Wege sich Werte und Normen von der sozialen Welt auf die Entwicklung und Nutzung von Technologien übertragen – und wie die in Technologien ausgehärteten Werte und Normen in Form von Medienwirkungen auf Mediennutzerinnen und -nutzer zurückwirken.

Werte

Werte sind Leitvorstellungen oder Ideen über normativ gebilligte Gegenstände. Sie werden genutzt, um Präferenzen zu markieren und um Orientierungsstandards zu bilden. Aus ihnen können Normen abgeleitet werden. Werte helfen, sich zur Welt zu verhalten und sie strukturiert wahrnehmen zu können. Damit leiten sie Handeln an. Gleichzeitig spiegeln sie Perspektiven und Interessen wider. Auch besitzen sie typischerweise einen gewissen Verallgemeinerungsgrad. Zudem werden Werte hierarchisiert, wobei ein Set aus Grundwerten, welche etwa im Rahmen der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte festgehalten sind, eine feste Basis bildet.

Die Übertragung von sozialen Werten und Normen auf Technologien wie etwa internetbasierte Plattformen erfolgt freilich auf dem offensichtlichen Wege der Prägung derselben durch die Nutzerinnen und Nutzer, welche bei der computervermittelten Kommunikation nicht von ihren Wert- und Normeneinstellungen abstrahieren. Dabei gibt es auch übergeordnete Werte bei der Techniknutzung, welche etwa Datenschutz und Datensparsamkeit, Privatheit, Urheberrechte, Vertraulichkeit der Kommunikation und Kommunikationstechnik, informationelle Sicherheit, Meinungsfreiheit etc. betreffen. Zu beobachten ist dabei, dass neue Medien in der Regel zu

einer Veränderung der Priorisierung von Werten führen. So hat etwa der Wert des Privaten nicht nur durch globale staatliche Überwachungspraktiken an Bedeutung verloren, sondern auch, weil Nutzerinnen und Nutzer informationstechnischer Systeme von sich aus Informationen, welche lange Zeit typischerweise unter den Schutz des Privaten gefallen sind, mehr oder minder öffentlich preisgeben. Neben der Veränderung von Werthierarchien kann es zu Wertkonflikten kommen. Diese ergeben sich beispielsweise, wenn im Kontext digitaler sozialer Netzwerke der Wert der Meinungsfreiheit, mit welchem sich gleichsam verletzende Äußerungen verteidigen lassen, auf den des Schutzes der Integrität von Personen trifft. Derartige Wertkonflikte können über eine ethische Reflexion, welche sich am Einzelfall orientiert, aufgelöst werden.

Aus ethischer Perspektive gesprochen gibt es im Zusammenhang mit digitalen Medien einen Katalog an zentralen Werten, aus welchen sich Normen ableiten lassen, welche Kommunizieren und Handeln leiten können (Grimm 2013). Dies sind erstens informationelle Normen, welche in Bezug auf Meinungsfreiheit, informationelle Selbstbestimmung oder den Schutz der Privatheit gelten. Zweitens sind dies kommunikative Normen, welche den Respekt gegenüber Kommunikationspartnern betreffen oder die Anerkennung der Netiquette digitaler Plattformen. Drittens sind dies Inhalte-Normen, welche die Achtung der Menschenwürde oder etwa den Kinder- und Jugendschutz angehen. Und viertens gibt es Nutzungsnormen, welche die Verantwortung im Umgang mit problematischen Inhalten wie etwa Pornografie regeln und welche eng verknüpft sind mit Distributionsnormen, welche beispielsweise die Verhinderung der Weitergabe von verletzenden oder diskriminierenden Inhalten betreffen.

Unabhängig von jenen insbesondere seitens der Medienethik propagierten Wertekonglomeraten bestehen im Rahmen digitaler sozialer Netzwerke eine ganze Reihe an hedonistischen Werten rund um die Selbstdarstellung der eigenen Persönlichkeit, die Anerkennung der dargestellten Identitätsfacetten durch andere, die Unterhaltung und Ablenkung durch gemeinsam geteilte Inhalte oder die Kontaktpflege oder Kontaktfindung mit anderen Nutzerinnen und Nutzern verschiedener Plattformen.

All diese Werte und Normen prägen das Geschehen im Rahmen digitaler Dienste und Plattformen. Sie sind das Ergebnis von Einschreibungsprozessen von sozialen Werten in die technische Verfasstheit sowie die Inhalte verschiedener Medien.

Medienwirkungen

Umgekehrt sind jedoch auch klassische Medienwirkungen zu beobachten, welche aus diesen Einschreibungsprozessen resultieren. Hier geht es etwa um psychologische Medienwirkungen rund um Aspekte der Konzentration, Erinnerungsleistungen, Lese- und Denkgewohnheiten, Sprachkompetenzen etc. Daneben lassen sich auch soziale Medienwirkungen beschreiben, welche zu gewissen Anteilen etwa aus den Eigenschaften der computervermittelten Kommunikation erklärt werden können. Hier ist insbesondere das Phänomen der Anonymität zu nennen. Anonymität begünstigt ein normverletzendes Kommunikationsverhalten, da soziale Sanktionsmechanismen nicht mehr greifen. Bei der computervermittelten, textbasierten Kommunikation, welche den Kern digitaler sozialer Netzwerke bildet, können weder über Mimik, Gestik oder Stimmlage Informationen zwischen den Interaktionspartnern ausgetauscht werden. Dieser Umstand muss bedacht werden, wenn man sich aktuelle Debatten beispielsweise über Cybermobbing oder Hate Speech im Internet ansieht. Formen gewalthaltiger, verletzender oder diskriminierender Kommunikation werden vor allem dadurch im Rahmen digitaler sozialer Netzwerke virulent, weil jeweils die insbesondere nonverbalen Reaktionen des angegangenen, verletzten, diskriminierten Gegenübers fehlen. Kurz gesagt: Die Tränen, welche beispielsweise ein Opfer von Cybermobbing-Angriffen weint, bleiben für die Täterinnen oder Täter unsichtbar. In der Forschung zur computervermittelten Kommunikation spricht man daran anschließend von einer „entsinnlichten“ Kommunikation. Die computervermittelte Kommunikation kann die meisten Sinneskanäle nicht ansprechen und wird daher mitunter auch als eine „verarmte“ Form der Kommunikation gesehen. Es fällt schwerer, bei der computervermittelten Kommunikation Empathie füreinander aufzubringen.

»Die Tränen, welche [...] ein Opfer von Cybermobbing-Angriffen weint, bleiben für die Täterinnen oder Täter unsichtbar.«

Die aktuellen Diskussionen um antisoziales Verhalten im Internet, insbesondere angesichts des extremen Rassismus, welcher sich in digitalen sozialen Netzwerken manifestiert, müssen vor dem Hintergrund jener Eigenschaften der computervermittelten Kommunikation gesehen werden. Doch es wäre sicherlich ein Fehler, hier lediglich technikzentrierte Erklärungen in Anschlag zu bringen. Vielmehr bedarf es auch eines sozialen Lernprozesses, im Zuge dessen sich in Anlehnung an eine Ethik der Kommunikation neue Werte für digitale soziale Netzwerke ausbilden. Im Gegensatz zu den klassischen Medien Zeitung, Radio und Fernsehen kann im Kontext neuer Medien wie Facebook, Twitter, YouTube etc. jeder zum Sender werden. Ist jedoch im Kontext klassischer Medien eine gewisse Profession und Institutionalisierung erforderlich, um als Sender fungieren zu können, entfällt diese Voraussetzung beim Web 2.0. Es bedarf also einer gewissen Ethik des Publizierens, welche für sämtliche Formen der Kommunikation gelten sollte, welche an eine wie auch immer geartete Öffentlichkeit gerichtet ist. Eine solche Ethik richtet sich insbesondere an Werten wie Wahrheit bzw. der intersubjektiven Nachprüfbarkeit publizierter Informationen, der Wahrung von Persönlichkeitsrechten sowie der Achtung der Würde von Menschen aus (Schmidt 2016).

Algorithmen

Neben offenen Wertbeziehungen zwischen Medien und Mediennutzerinnen und -nutzern gibt es gleichsam versteckte Weisen der Wertübertragung und Wertausbildung im Rahmen digitaler Technologien. Es gibt Übertragungsprozesse, in denen sich auf kaum nachvollziehbare Weise Werte und Wertannahmen aus einem genuin sozialen Kontext auf Technologien übertragen. Bezug nehmen ließe sich hier etwa auf die Funktionsweise von Lernalgorithmen. Diese agieren für sich genommen vorerst relativ neutral, unterliegen dann aber im Laufe ihrer Verwendung einer gewissen Eigendynamik, wobei sie zudem intransparent operieren. Lernalgorithmen werden durch Trainingsdatensätze optimiert, im Zuge dessen sie „lernen“, bestimmte Eigenschaften zu präferieren. Das bedeutet, dass Algorithmen die Bias aus Trainingsdatensätzen übernehmen, welche wiederum ein Abbild der Bias der Autorinnen und Autoren jener Trainingsdatensätze sind. In den vergangenen Jahren konnte so anhand verschiedener Beispiele gezeigt werden, dass Algorithmen bei Chatbots, Schönheitswettbewerben, Bewerbungsverfahren, personalisierter Onlinewerbung, dem Polizeiwesen, der Strafverfolgung und weiteren Bereichen gewollt als auch ungewollt Formen sozialer Diskri-

minierung perpetuieren (Datta/Tschantz/Datta 2015; Levin 2016; Misty 2016; O’Neil 2016).

Die Automatisierungsleistungen moderner Computer beispielsweise über Methoden des Maschinenlernens betreffen nicht nur individuelle Angelegenheiten einzelner Menschen, sondern gleichsam die Öffentlichkeit. Neben traditionellen Versammlungs- und Medienöffentlichkeiten entstehen durch digitale soziale Netzwerke sozial bedeutende „networked publics“ (Boyd 2014), welche jedoch einer durch einzelne IT-Unternehmen gesteuerten algorithmischen Organisation unterliegen. Dieser Umstand hat in den vergangenen Jahren zu Recht vermehrt zu Diskussionen geführt. Dabei stand im Wesentlichen das Phänomen der „Filterblasen“ im Fokus (Pariser 2011). Filterblasen sind eine Konsequenz der Personalisierung nahezu sämtlicher großer Dienste und Plattformen im Internet. Die Personalisierung führt zu einer permanenten Bestätigung eigener Interessen, Einstellungen und Wertorientierungen. Inhalte, welche quasi als Herausforderung jener Interessen, Einstellungen und Wertorientierungen wirken, werden nicht in die Echokammern von Facebook, Twitter, YouTube etc. eingelassen, um Nutzerinnen und Nutzern einen möglichst „angenehmen“ Aufenthalt auf den Plattformen zu ermöglichen.

Die Diskussionen um Filterblasen machen auf den Umstand aufmerksam, dass die Verteilungs- und Verbreitungslogik von Informationen und Medieninhalten im Kontext digitaler sozialer Netzwerke weder der einzelnen Nutzerin oder dem einzelnen Nutzer noch professionalisierten Medieninstitutionen obliegt, sondern im Wesentlichen den Softwareingenieurinnen und -ingenieuren bzw. den Algorithmen der Betreiber jener Netzwerke. Sie bestimmen, nach welcher Logik sich Vergemeinschaftungsprozesse gestalten, wie Medieninhalte sich verbreiten oder an welchen Stellen sich Öffentlichkeiten herausbilden.

In die algorithmische Organisation jener Netzöffentlichkeiten mischen sich zudem automatisierte Akteure in Form von Social Bots ein, welche nicht so sehr individuelle Kommunikationszusammenhänge, sehr wohl jedoch etwa Themen-, Diskussions- oder Popularitätstrends beeinflussen bzw. verzerren. Dies alles verändert etablierte Dynamiken öffentlicher Diskussions- und Vergemeinschaftungsprozesse radikal. Richteten sich gerade politische Debatten zwischen verschiedenen politischen Lagern traditionell zumindest an einer ungefähr einheitlich wahrgenommenen Realität aus, so ist aktuell zu beobachten, dass fragmentierte Teilöffentlichkeiten gar mit fundamental unterschiedlichen Wirklichkeitsentwürfen operieren. So sind Diskussionen häufig zum Scheitern verurteilt,

da bereits auf einer Sachebene völlig unterschiedliche Rationalitäten aufeinandertreffen. Dieser Zustand der Fragmentierung und Polarisierung von sozialen Gemeinschaften und Öffentlichkeiten ist, so die häufig geäußerte Überlegung, durch Filterblasen angestoßen und durch Social Bots nochmals verstärkt worden.

Letztlich bedarf es, um hier zu einer Problemlösung zu kommen, einer Methode der obligatorischen Identifizierung oder Ausweisung von künstlichen autonomen Akteuren als nicht menschlichen Kommunikationsteilnehmern im Rahmen von digitalen sozialen Netzwerken. Es muss verhindert werden, dass es zu einer schleichenden und unbemerkten „Klimavergiftung“ durch Social Bots in den Kommunikationsforen jener Netzwerke kommt.

Fazit

Nicht nur beeinflussen etablierte, genuin soziale Wertannahmen, Einstellungen, Überzeugungen, Umgangsformen etc. das Geschehen bei der computervermittelten Kommunikation im Kontext digitaler sozialer Netzwerke, sondern die Ereignisse, Diskussionen und Medieninhalte in Netzwerken wie Facebook, Twitter, YouTube u. a. wirken sich auch auf das Verhalten außerhalb dieser Netzwerke aus, sei dies bei politischen Wahlen, in der Face-to-Face-Kommunikation oder im beruflichen Umfeld. Hierbei ist immer wieder die Gefahr der neuen Medien für das Funktionieren der Demokratie herausgestellt worden.

Ohne an dieser Stelle normativ Position zu beziehen, ist in diesem Zusammenhang aus historischer Perspektive festzustellen, dass immer dann, wenn in eine Gesellschaft ein neues Verbreitungsmedium eingeführt wurde, dies zu Irritationen, Chaos, Unsicherheiten, Moralisierung, Ängsten etc. geführt hat (Drotner 1999). Neue Verbreitungsmedien, sei dies der Buchdruck, die Fotografie, das Radio oder das Fernsehen, irritieren die etablierte kulturelle Praxis einer Gesellschaft. Und aktuell drehen sich die Irritationen und Unsicherheiten um das neue Verbreitungsmedium Internet. Bei der Einführung neuer Verbreitungsmedien in eine Gesellschaft geht es, abstrakt gesagt, um einen bestehenden Überschuss an Handlungs- bzw. Kommunikationsmöglichkeiten, an welche sich Routinen und Gesellschaftsstrukturen erst langsam anpassen müssen. Hier bleibt zu hoffen, dass dieser Anpassungsprozess rasch vonstattengeht und nicht zuungunsten der Demokratie und des friedlichen Gemeinwesens geschieht.

Literatur:

- Boyd, D.:** *White Flight in Networked Publics: How Race and Class Shaped American Teen Engagement with MySpace and Facebook*. In: L. Nakamura/ P. A. Chow-White (Hrsg.): *Race After the Internet*. New York 2012, S. 203–222
- Boyd, D.:** *It's Complicated. The social lives of networked teens*. New Haven 2014
- Datta, A./Tschantz, C. M./Datta, A.:** *Automated Experiments on Ad Privacy Settings. A Tale of Opacity, Choice, and Discrimination*. In: *Proceedings on Privacy Enhancing Technologies*, 1/2015, S. 92–112
- Drotner, K.:** *Dangerous Media? Panic Discourses and Dilemmas of Modernity*. In: *Paedagogica Historica*, 3/1999, S. 593–619
- Grimm, P.:** *Werte- und Normenaspekte der Online-Medien – Positionsbeschreibung einer digitalen Ethik*. In: M. Karmasin/M. Rath/B. Thomaß (Hrsg.): *Normativität in der Kommunikationswissenschaft*. Wiesbaden 2013, S. 371–396
- Levin, S.:** *A beauty contest was judged by AI and the robots didn't like dark skin*. 2016. Abrufbar unter: <https://www.theguardian.com/technology/2016/sep/08/artificial-intelligence-beauty-contest-doesnt-like-black-people>
- Misty, A.:** *Microsoft Creates AI Bot – Internet Immediately Turns it Racist*. 2016. Abrufbar unter: <https://socialhax.com/2016/03/24/microsoft-creates-ai-bot-internet-immediately-turns-racist/>
- O'Neil, C.:** *Weapons of Math Destruction. How Big Data Increases Inequality and Threatens Democracy*. New York 2016
- Pariser, E.:** *The Filter Bubble. What the Internet Is Hiding from You*. New York 2011
- Schmidt, J.-H.:** *Ethik des Internets*. In: J. Heesen (Hrsg.): *Handbuch Informations- und Medienethik*. Stuttgart 2016, S. 284–292

Dr. Thilo Hagendorff
ist Medienethiker am Internationalen Zentrum für Ethik in den Wissenschaften an der Universität Tübingen.

Seine Forschungsschwerpunkte liegen in den Themenbereichen „Digitalisierung“, „Social Media“, „Big Data“ und „Überwachung“.



„Hate Speech ist ein Warnsignal!“

„Hass ist keine Meinung“, heißt es auf der Website no-hate-speech.de, einer von zahlreichen Initiativen gegen Hetze in den sozialen Medien. Stimmt das? Und falls ja, wo liegen dann die Grenzen dessen, was keine zulässige Meinungsäußerung mehr sein soll? Über die verletzende Kraft von Hate Speech und die Schwierigkeiten, diese zu regulieren oder eine wirksame Gegenrede zu organisieren, sprach *tv diskurs* mit Dr. Anatol Stefanowitsch, Sprachwissenschaftler und Professor für Englische Philologie an der Freien Universität Berlin. Stefanowitsch gründete 2007 den ersten deutschsprachigen Sprachwissenschaftsblog, den Bremer Sprachblog. Er gilt als Experte dafür, wie sich Diskriminierung über Sprache vermittelt.

© Bernd Wönnenmacher/FU Berlin



Was verstehen Sie unter Hate Speech? Ist damit jede Form von verbaler Aggression gemeint?

Hate Speech ist in der Diskussion in Deutschland ein relativ neuer Begriff. Er entspricht in etwa dem, was im juristischen Bereich die Volksverhetzung ist. Er bezeichnet die Verunglimpfung, Herabwürdigung oder auch den Aufruf zu Gewalt oder Vernichtung von Angehörigen bestimmter Bevölkerungsgruppen. Das unterscheidet Hate Speech von Beleidigungen, die auf ein Individuum abzielen. Im Zusammenhang mit Hate Speech spielt der Begriff der Bevölkerungsgruppe eine zentrale Rolle. Damit ist eine Gruppe gemeint, die aufgrund bestimmter Merkmale entweder tatsächlich erkennbar ist oder die als Gruppe dargestellt wird, wie es z. B. der Fall ist, wenn von „den Flüchtlingen“ gesprochen wird. „Die Flüchtlinge“ haben erst einmal wenig miteinander gemein, teilweise nicht einmal ihren rechtlichen Status. Der Begriff der Flüchtlinge wird von denjenigen, die Hate Speech in den sozialen Medien und anderswo produzieren, so weit gefasst, dass teilweise auch Leute dazu zählen, die einfach nur anders aussehen.

Das ist interessant, weil sich daran abzeichnet, wie sich über Sprache Diskriminierung vermittelt: Man wird als Teil einer bestimmten Gruppe angesprochen, als deren Angehöriger man sich vorher vielleicht gar nicht gesehen hat. Es findet damit die Festlegung auf eine kollektive Identität statt, die man so möglicherweise nicht will.

Genau! Und das Interessante daran ist, dass durch Hate Speech die Gruppe mitunter überhaupt erst sprachlich konstruiert wird. Daran lässt sich auch ein Unterschied zum juristischen Tatbestand der Volksverhetzung festmachen, der damit zwar verwandt, aber nicht identisch ist. Klagen wegen Volksverhetzung scheitern häufig daran, dass es sich nicht um eine tatsächlich existierende Gruppe handelt. Im rechtlichen Sinne muss es eine objektiv definierbare

Gruppe sein, gegen die sich der Hass oder der sprachliche Vernichtungswille richtet, sonst kann es nicht unter diesem Paragraphen verhandelt werden. „Flüchtlinge“ ist als Begriff in diesem Zusammenhang der Volksverhetzung insofern schwierig, weil es sich eben nicht um eine Bevölkerungsgruppe im engen juristischen Sinne handelt.

Der Straftatbestand der Volksverhetzung markiert als Absolutverbot eine Grenze der Meinungsfreiheit und setzt als solche auch eine deutliche Verletzungsintensität voraus, die nicht bei jeder sexistischen oder rassistischen Äußerung gegeben ist. Wenn ich Sie richtig verstehe, ist das bei Hate Speech genauso?

Man findet in der Debatte um Hate Speech häufig eine Begriffsverwirrung, bei der zwischen Hate Speech und Mobbing gar nicht mehr unterschieden wird. Wenn ich aufgrund meiner persönlichen Meinung oder irgendwelcher individueller Eigenschaften in den sozialen Medien verunglimpft werde, dann ist das kein Hate Speech. Wenn jemand sagt: „Stefanowitsch, der Glatzkopf“, dann ist das kein Hate Speech, da Menschen mit Glatze keine Bevölkerungsgruppe bilden. Es ist etwas anderes, wenn ich aufgrund meiner Hautfarbe, meiner Herkunft oder meines Namens herabgewürdigt werde. Hate Speech kann auch sehr viel weiter gehen als Beleidigung – bis hin zu Morddrohungen und -aufrufen sowie allgemeinen Vernichtungsaufrufen, die nicht spezifisch sind und deshalb auch nicht als Morddrohungen verhandelt werden können.

Hier muss juristisch also zwischen dem Recht auf freie Meinungsäußerung und dem Schutz von Bevölkerungsgruppen abgewogen werden.

Die Meinungsfreiheit sollte vonseiten des Staates so wenig eingeschränkt werden wie möglich. Andernfalls werden schnell Dinge verboten, die zu einer freien Gesellschaft dazu-

gehören. Geschichtlich sehen wir, dass bestimmte Formen der Hassrede häufig die Vorstufe zu tatsächlicher Vernichtung waren. Man sollte sich fragen, in welchem gesellschaftlichen Kontext diese Sprechhandlungen stattfinden. Haben wir eine Situation, in der z. B. niemand je darauf kommen würde, Juden tatsächlich zu vergasen, oder leben wir in einem Land, in dem das schon einmal passiert ist und in dem die Stimmung im Moment sehr stark ins Menschenfeindliche abgeleitet? Ich sehe es als bedrohlicher an, wenn dies jemand hier in Deutschland skandiert, als wenn dasselbe in den USA gesagt würde, wo die Meinungsfreiheit fast absolut ist. Der Begriff „Hate Speech“ kommt aus den USA und ist dort geschaffen worden, um eine Kategorie von Sprechhandlungen zu diskutieren, die nicht unbedingt das Recht verletzen – es gibt kaum etwas, was man dort nicht sagen darf –, aber die trotzdem diskutiert werden müssen, weil sie reale Konsequenzen für die Leute haben, die Zielscheibe dieser Hassrede sind.

Vielleicht sollten wir den Begriff der Sprechhandlung noch einmal vertiefen. Wie Sie sagen, kann Hassrede in Gewalt münden, aber im Grunde ist sie an sich auch schon eine Form der Gewalt.

Das ist richtig. Ein Argument, das man in diesem Zusammenhang häufig hört, lautet: „Ja, aber das ist doch nur Sprache, das ist doch keine echte Gewalt, die sollen sich doch nicht so aufregen, es ist ihnen doch gar nichts passiert.“ In zweierlei Hinsicht greift das zu kurz. Zum einen ist Sprache immer der Vorläufer zu echter Gewalt. Nicht aus jeder hasserfüllten Äußerung muss echte Gewalt folgen, aber umgekehrt ist körperliche Gewalt gegen bestimmte Bevölkerungsgruppen selten entstanden, ohne dass es vorher verbale Gewalt gab. In dem Sinne ist Hate Speech immer ein Warnsignal. Zum anderen haben auch gesprochene Dinge eine Wirkung auf uns. Wenn mir jemand verbal droht, kann es mich natürlich in Angst versetzen, vor allem, wenn ich eine Umsetzung der Drohung befürchte. Psychologische Studien

zeigen, dass Menschen, die zu Bevölkerungsgruppen gehören, gegen die Hate Speech ausgeübt wird, dadurch beeinträchtigt werden. Das kann sich etwa in einem Rückzug aus der Öffentlichkeit manifestieren. Im schlimmsten Fall zeigen sich Symptome einer Traumatisierung.

Im Internet ist es auch unter dem Aspekt einer demokratischen Öffentlichkeit, die dort eigentlich stattfinden sollte, ein großes Problem, wenn bestimmte Bevölkerungsgruppen sich nicht mehr trauen, sich zu äußern, weil sie in Diskussionen auf diese Weise angegriffen werden.

Genau, die sozialen Medien stellen historisch gesehen zum ersten Mal für jeden eine Plattform mit großer Reichweite dar. Anders als am Stammtisch sind die Meinungen in den sozialen Medien weltweit lesbar. Dem wohnt einerseits ein großes positives Potenzial inne. In Diktaturen kann dadurch öffentliche und freie Meinungsäußerung entstehen. Deshalb wird dort auch versucht, die sozialen Medien unter Kontrolle zu bringen. Andererseits kann man dieses Potenzial auch in negativer Weise nutzen. Hass, Verunglimpfung und Mordaufrufe sind genauso weltweit lesbar. Am Stammtisch waren sie auch unschön, aber wenigstens in ihrer Reichweite begrenzt.

Für die Demokratie ist es schädlich, wenn durch Hate Speech Gruppen, die gerade erst einen Weg gefunden haben, Teil der öffentlichen Diskussion zu werden, sofort wieder vertrieben und gezwungen werden, sich ins Private zurückzuziehen. Dieses Problem ist rechtlich schwer in den Griff zu bekommen. Einerseits möchte man die Meinungsfreiheit möglichst wenig einschränken, andererseits will man aber auch niemandem erlauben, durch Hetze andere in ihrer Meinungsfreiheit einzuschränken. Für die erforderliche Abwägung ist der Begriff „Hate Speech“ – neben dem Begriff der Volksverhetzung und anderen juristischen Konstruktionen, die vielleicht noch folgen werden – sehr nützlich.

»Nicht aus jeder hasserfüllten Äußerung muss echte Gewalt folgen, aber umgekehrt ist körperliche Gewalt gegen bestimmte Bevölkerungsgruppen selten entstanden, ohne dass es vorher verbale Gewalt gab.«

Um auf die Frage der Regulierung zurückzukommen: Glauben Sie, dass es sinnvolle Möglichkeiten gibt, auf Hate Speech zu reagieren oder diese zu sanktionieren?

Es werden drei Strategien diskutiert: Auf der juristischen Ebene könnte man sich vorstellen, einen zusätzlichen Tatbestand zu schaffen, der unterhalb der Ebene der Volksverhetzung ansetzt, möglicherweise mit weniger drastischen Strafen. Das kann man eigentlich nicht wirklich wollen.

Das wäre eine Art von staatlicher Zensur.

Man müsste sehr genau definieren, was darunter fallen würde und was nicht. Der Tatbestand der Volksverhetzung ist ja nicht ohne Grund mit einer sehr hohen Hürde versehen. Die zweite Möglichkeit besteht darin, Quasizensuraufgaben an gesellschaftliche, nicht staatliche Akteure abzugeben, wie etwa an die Netzwerkbetreiber.

Dann fände immerhin eine Form von Auseinandersetzung statt, die bisher fehlt.

Da es mehrere soziale Netzwerke gibt, wäre der Vorteil, dass die Macht, die mit diesen Zensuraufgaben einhergeht, verteilt wäre. Facebook könnte mich zwar auf seiner Seite sperren, aber nicht in anderen sozialen Netzwerken. Dennoch wäre es eine starke Einschränkung, da Facebook und Twitter in meinen Augen die beiden Netzwerke mit der größten Reichweite sind. Wir haben hier quasi Monopole, und einem Monopolisten diese Zensuraufgaben zu übertragen, halte ich dann doch wieder für gefährlich. Dazu kommt: Wenn ich diese Aufgaben einem privaten Akteur übertrage, gebe ich auch die Entscheidung über das Wertesystem, auf dessen Grundlage die Entscheidungen getroffen werden, in private Hände. Da der Konzern amerikanisch ist, haben wir es zudem mit einer anderen Kultur der freien Meinungsäußerung zu tun. Die Akteure bei Facebook verstehen meiner Meinung nach die Anliegen

deutscher Politiker oft nicht, weil es in den USA z. B. absolut tabu wäre, Leute für die Leugnung des Holocaust zu zensieren.

Und wenn Facebook deutsches Recht umsetzen würde?

Facebook zu bitten, unsere Geschichte und Kultur zu berücksichtigen, klingt vielleicht erst einmal gut, aber dann kommt Saudi-Arabien und fordert das Gleiche. Dann hat Facebook plötzlich Hunderte von Jurisdiktionen weltweit, die alle spezielle historische Bedürfnisse berücksichtigen haben wollen. Das würde bedeuten, dass man Facebook entweder schließen oder nur noch Katzenbilder posten kann.

Das ist wohl nicht wünschenswert und widerspricht dem Geist des Internets, sodass die User das sicherlich auch nicht wollen.

Ganz genau. Wenn man Facebook oder anderen sozialen Netzwerken die Entscheidung überlässt, selbst festzulegen, auf welche kulturellen Sensibilitäten man Rücksicht nehmen will und auf welche nicht, dann bekommt man eventuell ein System, in dem Hetze, die auf Sprache und Bilder des Nationalsozialismus rekurriert, vielleicht zulässig ist, aber eine weibliche Brust, die lediglich in einem Beitrag zu Brustkrebsvorsorge gezeigt wird, automatisch von einem Algorithmus gelöscht wird. Normalerweise wird eine solche Sperre dann auch auf Nachfrage hin nicht aufgehoben. Der Umgang, den Facebook mit diesen Fragen pflegt, zeigt für mich, dass es in keiner Weise qualifiziert ist, Zensur- oder Regulierungsaufgaben zu übernehmen.

Der dritte Akteur, dem man Regulierungsaufgaben übertragen könnte, sind Vereine. Das versucht man bereits in Bezug auf Fake News, und es wäre auch bei Hate Speech denkbar. Wenn wir diese drei Möglichkeiten nicht in Betracht ziehen, bliebe nur die Strategie der Gegenrede.

Im Einzelfall ist Gegenrede sicherlich sinnvoll, aber ob das ausreicht?

Diese Strategie hat zwei Nachteile: Wer soll die Gegenrede ausüben? Wer soll dafür verantwortlich sein? Wir alle? Der Punkt ist: Wenn ich zu keiner dieser diskriminierten Gruppen gehöre, werde ich kaum die Notwendigkeit verspüren, mich diesen Hasstiraden auf Facebook auszusetzen, um ihnen zu widersprechen; zumindest nicht dauerhaft. Das bedeutet, dass am Schluss die Gegenrede denjenigen überlassen bleibt, die Ziel der Hasstiraden sind.

Leider sind das häufig Menschen, die in besonderer Weise auf die sozialen Netzwerke angewiesen sind, weil z. B. ihre Familien über verschiedene Länder verstreut sind und Facebook eine Möglichkeit ist, in Kontakt zu bleiben. Die sollen nun Leuten, die ihre Vernichtung wünschen, in einer sachlichen Gegenrede erklären, warum das falsch ist. Und das Tag für Tag. Das bindet viele Energien und führt häufig schließlich zum Rückzug aus den sozialen Netzwerken. Die Gegenrede ist eine gute Idee, aber sie braucht gesellschaftliche Institutionen, eine organisierte Form. Und man muss sich fragen, ob dieser Masse an Hassrede überhaupt beizukommen ist? Wie groß das Ausmaß ist, zeigt sich daran, dass viele große Medienunternehmen und Verlagshäuser ihre Kommentarbereiche wieder abgeschafft haben, weil dort kaum etwas anderes stattfand als Hasskommentare. Das sind nicht nur Einzelpersonen, die sich so äußern, das sind teilweise verabredete oder gelenkte Aktionen, z. B. gegen Organisationen, die Flüchtlingen helfen.

Nach Ihrer Schilderung scheint Hassrede, zumindest in einer organisierten, gelenkten Form, nicht nur ein Randphänomen, sondern tatsächlich eine Bedrohung für eine demokratische Öffentlichkeit im Netz zu sein.

Potenziell ja. Aber freie Meinungsäußerung und ein möglichst breiter gesellschaftlicher Diskurs sind notwendig für eine Demokratie. Wir können nicht darauf verzichten. Wir müssen eine

Balance zwischen freier Meinungsäußerung und dem Schutz von Menschen und Gruppen vor dieser Hetze finden. Es gibt Vereine, die Amadeu Antonio Stiftung z. B., die schon mehrfach versucht haben, systematisch eine Art Gegenrede zu leisten. Das Problem ist, dass diese Organisationen sehr schnell selbst Ziel von konzertierten Hassangriffen werden und dann gezwungen sind, sich selbst zu verteidigen, anstatt für die betroffenen Gruppen da sein zu können. Außerdem kostet so etwas Geld – und die Frage ist: Wer soll das bezahlen?

Die Betreiber der sozialen Netzwerke? Dort entsteht das Problem ja schließlich.

Einerseits ja. Aber man riskiert, dass z. B. Facebook sich dann, wenn es ihm zu teuer wird, aus dem deutschen Markt zurückzieht. Das ist auch ein Nachteil von monopolartigen Strukturen. Trotzdem müssen die Netzwerkbetreiber natürlich auch in die Verantwortung genommen werden. Die Frage ist, wie diese Verantwortung tatsächlich gestaltet werden kann. Und andererseits denke ich nicht, dass das Problem der Hassrede wirklich auf Facebook entsteht. Das Problem entsteht in einer Gesellschaft, die solche Leute hervorbringt, die in den sozialen Medien Hass verbreiten. Langfristig muss man das Problem der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit grundsätzlich angehen, z. B. über politische Bildung, in der Erziehung, in der Schule. Die Jugend kann einem, was das angeht, Hoffnung machen. Studien zeigen, dass jüngere Menschen tendenziell weniger menschenfeindlich sind als ältere Menschen.

Das Interview führte Christina Heinen.

Kampfansage den Fake News

Vera Linß

Durch die sozialen Medien im Internet verbreiten sich Fake News heute schneller als je zuvor. Das Problem: Meist lesen die Nutzer nur die emotionsgeladene Überschrift und teilen die Nachricht dann, weil sie empört sind. Umso wichtiger ist es, Meldungen, die polarisieren, die die Stimmung aufheizen oder verwirren, mit Bedacht zu behandeln. Allein damit kann man Fake News den Wind aus den Segeln nehmen. Auch professionelle Webangebote helfen dabei, Falschnachrichten zu erkennen.

Spätestens seit der Abstimmung über den Brexit und dem knappen Ausgang der US-Wahlen im vergangenen Jahr sind Fake News mit Blick auf ihre Bedrohung für die Demokratie in aller Munde. Seitdem ist auch hierzulande die Angst groß, Falschmeldungen und gezielte Manipulationen könnten – vor allem zur Bundestagswahl im September 2017 – die Wähler irreführen und bei Abstimmungen das Zünglein an der Waage sein. Viele Menschen halten diese Gefahr auch für real. Laut dem Meinungsforschungsinstitut YouGov sind 44 % der in Deutschland Befragten „voll und ganz“ der Meinung, Fake News könnten Wahlen beeinflussen.

Auf den ersten Blick spricht tatsächlich auch einiges dafür. Denn Fake News werden im Internet viel häufiger wahrgenommen als echte Nachrichten. Das hat zumindest der Wahlkampf Trump gegen Clinton gezeigt. In den drei Monaten vor der US-Präsidentschaftswahl wurden die meistverbreiteten Falschmeldungen auf Facebook von mehr Menschen angeklickt, geteilt oder kommentiert als die dort erfolgreichsten Artikel klassischer Medienhäuser. Zu diesem Ergebnis kam das Onlineportal BuzzFeed¹. Demnach wurden die 20 erfolgreichsten Fake News 8,7 Mio. mal in Facebook aufgegriffen, die erfolgreichsten echten News nur 7,3 Mio. Mal.

Sichtbar wurde auch, wie dies Populisten in die Hände spielt. Denn die Mehrzahl der Fake News war Trump gegenüber freundlich bzw. gegen Clinton gerichtet. Die echten Meldungen drehten sich etwa um Korruptionsvorwürfe gegen Trump und Clinton oder um ein Nacktfoto von Trumps Ehefrau Melania. Bei den viel geklickten Fake News hingegen ging es um die angebliche Werbung von Papst Franziskus für Trump oder um Waffenverkäufe an die Terrormiliz IS, die Hillary Clinton getätigt haben sollte.

Viele der Fake News hatten ihren Ursprung auf Webseiten, die damals noch nicht lange existierten. Mehr als hundert sollen z. B. von Mazedonien aus betrieben worden sein – in der Hoffnung, durch eine schnelle Verbreitung der Fake News Werbeeinnahmen generieren zu können. Als Reaktion darauf änderte Facebook seine Richtlinien dahin gehend, dass explizite Fake-News-Seiten nicht mehr an Werbeeinnahmen beteiligt werden. Der Anreiz, mit Fake News Geld zu verdienen, wurde genommen.

Dass diese trotzdem nicht aus der Welt sind, zeigt allein die weiterhin andauernde Debatte darüber, wie man sie am besten bekämpft. Den Nachweis, dass sie tatsächlich nachhaltig der Demokratie schaden, gibt es allerdings nicht.

Schutz gegen Fake News: immer viele Quellen nutzen

Zumindest hat die Wissenschaft dazu bislang keine validen Ergebnisse vorgelegt. Drei Forschungsprojekte sind in Deutschland der Frage nachgegangen, wie sich User im Internet ihre Meinung bilden und welche Relevanz dabei Angebote wie Google, Facebook oder YouTube haben – Plattformen also, auf denen Fake News besonders schnell Verbreitung finden. Immerhin nutzen 95 % der deutschen Onliner diese sogenannten Intermediäre. So nennt die Wissenschaft alle Dienste im Netz, die zwischen einem Nutzer und dem Angebot Dritter vermitteln. Dazu zählen soziale Netzwerke, Suchmaschinen, Instant Messenger wie WhatsApp und Videoportale. Schon jetzt holt sich die Hälfte der deutschen Onliner von dort aktuelle Informationen aus Gesellschaft, Politik und Kultur. Das sind mehr als 23 Mio. Menschen, hat das Forschungsinstitut TNS Infratest erhoben. Deshalb, so die Vermutung, spielten Intermediäre auch eine große Rolle bei der Meinungsbildung.

Die Angst, Google und Co. könnten dabei den öffentlichen Diskurs manipulieren, sei allerdings übertrieben, meint Dr. Uwe Hasebrink, Professor für Empirische Kommunikationswissenschaft am Hamburger Hans-Bredow-Institut. „Wenn wir Intermediäre nutzen, dann verbunden mit direkten Gesprächen oder aber auch im Zusammenhang mit klassischen journalistischen Angeboten, an die uns die Intermediäre geführt haben.“ Die Vielfalt an Quellen bestimme, wie wir uns eine Meinung bilden. In dieser Vielfalt aber sind Internetdienste nur ein Baustein unter vielen, so das Ergebnis einer Studie vom Hans-Bredow-Institut². Zwar sei die Erhebung nicht repräsentativ. Dennoch gebe sie Auskunft darüber, welche Praktiken Menschen anwenden, wenn sie im Internet kommunizieren oder nach Informationen suchen.

Befragt wurden User querbeet durch verschiedene soziale Gruppen: Auszubildende, Studierende, Rentner, Angestellte und Beamte. Wichtigstes Fazit: Die Nutzer handeln in sozialen Netzwerken offenbar strategischer als gedacht. Wenn sie auf irritierende Angebote stoßen, lassen sie es nicht darauf beruhen. Sondern sie suchen dann weiter nach Inhalten, die das bereits Gefundene einordnen. Auf die viel beschworene Filterblase, wonach jeder dem blind vertraut, was der Algorithmus ausspuckt, sei man jedenfalls nicht gestoßen, berichtet Lisa Merten, Koautorin der Studie. Angst vor Filterblasen und Manipulation hätten vor allem diejenigen, die nicht in sozialen Netzwerken unterwegs sind. „Wer Angebote bei Facebook abonniert, gleicht dies aus, indem er eine Vielfalt anderer Quellen nutzt“, so Merten. Aus Sicht von Hasebrink muss man im Lichte dieser Erkenntnisse die Rolle der Intermediäre rela-

tivieren. Angesichts der Debatten über den Einfluss von Fake News bei der Meinungsbildung habe er den Eindruck, dass übertrieben werde.

Vielfalt ist also ein Schlüssel, um sich vor Fake News zu schützen. Wer mehrere Informationsquellen nutzt und über die Inhalte mit Freunden, Kollegen und Verwandten redet, ist weniger anfällig für Manipulationen. Zu einer ähnlichen Erkenntnis kam auch Dr. Birgit Stark, Professorin für Kommunikationswissenschaft am Institut für Publizistik an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. In einer Tagebuchstudie³ ließ sie rund 350 Teilnehmer über einen Zeitraum von zwei Wochen ihre Facebook-Nutzung protokollieren. Im Ergebnis sieht Stark den Einfluss des Netzwerkes ambivalent. „Man kann nicht sagen, dass Facebook *keinen* Einfluss hat. Es kann einen Einfluss bekommen, weil es im Informationsrepertoire verankert ist“, sagt Stark. Als Informationsquelle zu politischen Themen spielte Facebook bei den Befragten allerdings eine untergeordnete Rolle. Als besonders wichtig bezeichnet wurden klassische Medien und persönliche Gespräche. Nur 18 % hielten Facebook für eine relevante Quelle. Das sind nicht viele Nutzer. „Umgekehrt können Sie aber auch sagen: Fast 20 % sind gar nicht so wenig“, hält die Wissenschaftlerin dagegen.

Der Aufklärung verpflichtet: hoaxmap.org und mimikama.at

Allein deshalb ist es geboten, sich bewusst mit Fake News zu befassen und ihnen etwas entgegenzusetzen. Dafür gibt es verschiedene Wege. Zuerst kann man sich selbst darin trainieren, Falschmeldungen zu erkennen. Lässt sich eine Information einer verlässlichen, eindeutig identifizierbaren Quelle zuordnen? Klingt die Nachricht plausibel? Enthält sie nachprüfbar Fakten? Finden sich weitere Details dazu im Internet oder in den klassischen Medien? Antworten auf diese Fragen lassen schnell Rückschluss darauf zu, ob etwas wahr ist oder ob man besser zweifeln sollte. Zu Rate ziehen kann man aber auch Internetportale, die sich darauf spezialisiert haben, über Lügen im Netz aufzuklären. Die bekanntesten im deutschsprachigen Raum sind hoaxmap.org und mimikama.at.

Hoaxmap setzt sich aus den englischen Worten „hoax“ und „map“ (Landkarte) zusammen. „Hoax“ – zu Deutsch Scherz – steht für eine Falschmeldung, die sich schnell verbreitet und aus diesem Grund von vielen wahr- und vor allem auch *für wahr* genommen wird. Die Website, die im Februar 2016 online ging, hat sich zum Ziel gesetzt, Gerüchte auf ihre Richtigkeit

»Vielfalt ist [...] ein Schlüssel, um sich vor Fake News zu schützen. Wer mehrere Informationsquellen nutzt und über die Inhalte mit Freunden, Kollegen und Verwandten redet, ist weniger anfällig für Manipulationen.«

zu überprüfen, die über Flüchtlinge und Asylsuchende, aber auch über Menschen mit „südländischem Aussehen“ und „nicht deutschem Akzent“ im Umlauf sind. Die Gerüchte drehen sich meist darum, dass Fremde gewalttätig gewesen sein sollen, gestohlen haben sollen oder in anderer Form eine Bedrohung darstellen. „50 von 150 Asylbewerbern im ehemaligen Spreehotel haben gefährliche ansteckende Krankheiten“ machte etwa im Juli 2014 in Bautzen die Runde. „Zwei Schwarze verfolgen Kinder mit einem weißen Kleinbus“ erzählte man sich im November 2014 in Neckarsulm. Und angebliche „kostenlose Bordellbesuche für Geflüchtete im Raum Markt Indersdorf“ empörten die Bevölkerung im Juli 2015.

Über 450 solcher Behauptungen haben Gründerin Karolin Schwarz und ihre Mitstreiter bereits als falsch entlarvt und – sortiert nach Schlagworten – auf einer interaktiven Karte dokumentiert. Klickt man darauf, werden Gerücht, Datum, Ort und die Quelle aufgeführt, die den Vorwurf widerlegt. In der Regel sind diese Quellen Zeitungsberichte oder Statements der Polizei. Besonders brisant: Auch Äußerungen von Politikern schaffen es gelegentlich auf hoaxmap.org. Beispielsweise Bundesinnenminister Thomas de Maizière mit seiner unbelegten Aussage, 30 % der Asylbewerber, die angeben, aus Syrien zu kommen, seien in Wirklichkeit gar keine Syrer.

Bereits seit 2011 klärt die Website mimikama.at über Lügen im Netz auf. Sie wird getragen vom *Mimikama-Verein zur Aufklärung über Internetmissbrauch*. Der Name ist ein Kunstwort, das Google bei der Übersetzung von „Gefällt mir“ ausgespuckt hat. Ursprünglich hatte der Österreicher Tom Wannemacher die Seite gegründet, um vor Falschmeldungen und Missbrauch in sozialen Netzwerken zu warnen. Im Fokus standen Betrügereien wie unseriöse Gewinnspiele, Kettenbriefe und Viren. Mittlerweile hat der studierte Theologe den Deutschen Andre Wolf und etliche ehrenamtliche Helfer an seiner Seite. Heute arbeiten die Macher von mimikama.at auch daran, Verschwörungstheorien und politische Fakes mit Fakten zu widerlegen. Etwa, wenn es um sogenannte Chemtrails geht, spezielle Kondensstreifen, denen chemische Stoffe beigefügt worden sein sollen, um Teile der Bevölkerung zu vergiften. Viele Falschnachrichten drehen sich zudem um Flüchtlinge. Diese würden z. B. „klammheimlich im Regierungsauftrag nach Deutschland gebracht“. Rund hundert Anfragen bearbeitet mimikama.at am Tag, eingesandt von Menschen, denen Meldungen suspekt sind.

Internationaler Trend: Fact-Checking-Websites

Außerhalb des deutschsprachigen Raumes kümmern sich einige Initiativen schon länger darum, Nachrichten, Gerüchte und auch Bilder auf ihre Richtigkeit zu überprüfen. Seit 1994 etwa gibt es das amerikanische snopes.com. 2003 wurde die renommierte Plattform factcheck.org geschaffen, die den Usern zu mehr Durchblick in der amerikanischen Politik verhelfen will, die oft verwirrend ist und voller Täuschungsmanöver. Noch jung hingegen ist die Plattform stopfake.org aus der Ukraine. Seit März 2014 versuchen dort Studenten und Absolventen der Journalistenschule der Kiewer Mohyla-Akademie, dem russischen Staatsfernsehen einen Propagandakrieg nachzuweisen.

Laut einem Bericht des Reuters Institute for the Study of Journalism können Nutzer weltweit auf 113 Fact-Checking-Angebote in mehr als 50 Ländern zugreifen (Stand: Dezember 2016)⁴. Und es kommen immer weitere hinzu. Etwa hierzulande beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Der Bayerische Rundfunk z. B. baut gerade ein „BR-Verifikation“-Team auf, das sich darauf spezialisieren soll, Fake News zu entlarven. Das stiftungsfinanzierte Recherchebüro *correctiv* hingegen will „gemeinsam“ mit Facebook, wie es heißt, Fakten prüfen, die von Mitgliedern des sozialen Netzwerkes gemeldet worden sind. Und auch der „Spiegel“, dessen Dokumentare seit jeher die Texte zumindest der gedruckten Ausgabe auf Richtigkeit überprüfen, bietet online neuerdings Faktenchecks an – z. B. zu Gerüchten, die in sozialen Netzwerken über die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung kursieren. Sie alle eint der Wille, den Nutzer zu befähigen, sich kompetent eine Meinung zu bilden.

Anmerkungen:

- 1 Abrufbar unter: https://www.buzzfeed.com/craigsilverman/viral-fake-election-news-outperformed-real-news-on-facebook?utm_term=.kya0IPz4BK#.xx4AaZjGpQ
- 2 Abrufbar unter: <https://www.hans-bredow-institut.de/de/leitartikel/studie-zur-relevanz-von-online-intermediären-für-meinungsbildung-veroeffentlicht>
- 3 Abrufbar unter: http://www.die-medienganstalten.de/fileadmin/Download/Veranstaltungen/Intermedi%C3%A4re_2.0/Pr%C3%A4sentation_Prof._Stark.pdf
- 4 Abrufbar unter: <http://reutersinstitute.politics.ox.ac.uk/publication/rise-fact-checking-sites-europe#overlay-context=>

Vera Linß ist
Medienjournalistin
und Moderatorin.



„Die beste Zeit ist jetzt gerade!“

Michel Abdollahi ist Journalist, Literat, Performancekünstler und Maler. 1981 in Teheran geboren, kam Abdollahi 1986 nach Hamburg und lebt seitdem in der Hansestadt. Er studierte Rechtswissenschaften und gründete 2005 zusammen mit einem Freund die Poetry-Slam-Reihe *Kampf der Künste*. Als Reporter für das NDR-Kulturjournal sorgt er immer wieder für Aufsehen, so etwa mit seiner Straßenaktion *Ich bin Muslim*. Was wollen Sie wissen? Für seine Reportage *Im Nazidorf* wurde Abdollahi Anfang 2016 mit dem Deutschen Fernsehpreis ausgezeichnet. Er will mit seiner Arbeit ein Zeichen setzen gegen Rassismus, Hass und Vorurteile. tv diskurs sprach mit ihm über die Stimmung im Land, über die Rolle der Medien und über den Umgang miteinander im Internet.

„Gefühle“ spielen in vielen politischen Debatten der letzten Wochen und Monate eine große Rolle. Mancherorts scheinen sie mittlerweile sogar mehr zu zählen als überprüfbare Fakten. Was bedeutet das für unsere Gesellschaft?

Ich glaube, wir müssen lernen, unsere Gefühle hier etwas abzustellen, weil sich derzeit im politischen Geschäft alle zwei Minuten etwas zu verändern scheint und unsere gefühlsmäßigen Einschätzungen dann ebenso wechselhaft sind. Die politische Sicherheit, die wir zumindest in Deutschland bis vor Kurzem hatten, ist etwas verschwunden. Alles ist ein wenig unberechenbarer geworden und wir werden noch etwas Zeit brauchen, uns an diesen Zustand zu gewöhnen. Aus dem Iran kenne ich diese Situation schon seit vielen Jahren. Wir haben jetzt Begriffe dafür, wie z. B. „Verschwörungstheorie“; als ich ein kleiner Junge war, gab es dafür noch keine Bezeichnungen. Aber es war ganz normal, dass man nicht daran geglaubt hat, was der Staat einem erzählt. Es gab immer viele Unsicherheiten, weil die Menschen der Meinung waren, sie müssten selber

ganz viel drum herumfühlen. Man vertraute z. B. auch der Presse nicht. Gar nicht deshalb, weil man ihr vorwarf zu lügen, sondern einfach, weil sie bestimmte Informationen nicht haben konnte, Informationen, die nur den Mächten im Hintergrund vorbehalten waren, die dort die Fäden zogen. Das bedeutet, ich bin quasi mit diesen „gefühlten Wahrheiten“ groß geworden. Im orientalischen Raum kennt man das alles sehr gut. Nun haben wir diese Stimmung auch in Deutschland und ich schaue ein wenig mit Sorge darauf, weil ich immer das Gefühl hatte, dass gerade hier das faktenorientierte und -basierte Denken zu der wichtigen Rolle beigetragen hat, die das Land auf wissenschaftlichem, wirtschaftlichem und künstlerischem Gebiet hat.

Nicht wenige Menschen glauben z. B., dass es in Deutschland eine übergeordnete Medienzensur-macht gibt. Haben Sie eine Erklärung für diese Entwicklungen?

Vermutlich ist es für viele sehr bequem. Man muss seinen Kopf nicht groß einschalten, wenn man Dinge nur fühlt.



Ich glaube nicht, dass diese Menschen versuchen, das Große und Ganze zu verstehen, sondern sie bewerten Dinge einfach nach ihren eigenen Emotionen und vor dem Hintergrund der persönlichen Situation. Da ist es dann relativ einfach zu sagen: „Ich glaub das nicht.“ Das Schmerzhafte an der Situation beginnt an dem Punkt, an dem es darum geht, faktenbasierte Argumente und Wissen auszutauschen. Wenn man darauf keine Lust hat, nicht über ausreichend Bildung verfügt oder Dinge nicht glaubt, einfach, weil man sie eben nicht glauben möchte, dann macht es das Leben ziemlich bequem. Viele Leute lesen heute lieber zwei Zeilen in der „BILD-Zeitung“, als einen langen Artikel in der „ZEIT“ – und auf dieser Grundlage erklären sie sich dann die Welt. Oder sie suchen sich nur diejenigen Informationen, die sie gerade gut finden, den Rest blenden sie aus. Das kann nicht gesund sein – weder in einer Beziehung noch in der Familie oder in der Politik. Irgendwann kracht es dann.

Ist die Sehnsucht nach einfachen Antworten auch ein Grund dafür, dass sich viele ein „Früher“ zurückwünschen? Der niederländische Musiker Herman van Veen sang einst: „So schön es früher war, ist es früher nie gewesen.“ Das scheinen einige ganz anders zu sehen ...

Das Früher war nie schöner oder besser. Die beste Zeit ist jetzt gerade. Der kürzlich verstorbene Hans Rosling hat sehr eindrücklich aufgezeigt, wie pessimistisch der Mensch ist und wie gut Dinge doch funktionieren, wie viel Armut eingegrenzt wurde, wie viel gegen Kindersterblichkeit getan wurde, das Ozonloch ist verschwunden, das Waldsterben ist vorbei. Die Sehnsucht nach früher kann ich nur im Sinne einer Nostalgie nachempfinden, die in begrenztem Rahmen ja auch völlig in Ordnung ist.

Versuchen die Medien in Deutschland, die Stimmung im Land eher abzubilden? Oder befeuern sie sie in eine bestimmte Richtung?

Ich finde, dass die deutschen Medien momentan ziemlich schwimmen. Es ist schwierig – und zwar nicht, weil sie es selbst verschuldet haben, sondern weil wir alle ein wenig überrumpelt worden sind. Das ist wieder die Sache mit den Fakten: Wenn ich mit jemandem über ein Thema diskutiere, versuche ich, ihn mit Fakten zu überzeugen. Wenn er das nicht versteht, versuche ich, es herunterzubrechen und ganz ausführlich zu erklären. Es handelt sich ja

schließlich um einen Fakt, ich habe mir das nicht ausgedacht. Aber was mache ich, wenn das nicht funktioniert, wenn ich merke, dass es der andere gar nicht wahrnimmt? So geht es derzeit Teilen der Medien, die nicht mehr wissen, was sie machen sollen. Sie versuchen es mit einfachen Artikeln, mit komplizierten Artikeln, mit Analysen, mit Kommentaren. Natürlich versuchen sie auch ein Stück weit, sich anzupassen, weil sie Klicks generieren müssen. Gerade in unserem Internetzeitalter müssen sie für sich einen neuen Weg finden. All das, was wir jetzt mit Facebook, Twitter und Co. sehen, ist ja noch sehr jung. Insofern habe ich auch gar nicht die Erwartung, dass es bereits ein tolles System gibt, das alles auffängt. Die Kollegen sind wirklich bemüht, ein objektives Bild der aktuellen Landschaft zu zeichnen. Was willst du denn machen, wenn sich jemand partout weigert, zu lesen, was du schreibst, oder der Meinung ist, es sei alles systemgesteuert? Man kann nur weiter dagegenhalten, bis die Leute erkennen, dass es nicht gesteuert ist, sondern dass die Medien als vierte Kraft und Macht im Staat dafür da sind, den Bürgern zu helfen und Dinge aufzudecken. Dieses Vertrauen ist momentan leider verloren gegangen. Die Anhänger der Fake News und „Ich mach mir die Welt, wie sie mir gefällt“-Einstellung sind derzeit sehr laut und präsent. Natürlich hört man diejenigen, die laut schreien, am meisten. Aber manchmal sind das auch nur ganz wenige. Das dürfen wir nicht vergessen.

Auf Pegida-Kundgebungen skandieren Demonstranten „Volksverräter“ oder „Lügenpresse“ – Begriffe, die mir persönlich das letzte Mal wahrscheinlich im Geschichtsunterricht begegnet sind. Warum befinden sich derlei Wörter plötzlich wieder im Sprachgebrauch und vor allem: Wie gehen wir damit um?

Es gibt dort Leute im Hintergrund, die genau wissen, wie bestimmte Mechanismen funktionieren und dass man mit besonderer Aufmerksamkeit rechnen kann, wenn man bestimmte Kampfbegriffe aus finsterner Zeit benutzt. Das funktioniert einfach. Die Menschen können mal ordentlich Luft ablassen und die Wörter lassen sich zudem einfach rufen. Aber hier handelt es sich eben nicht um eine friedliche Demonstration von Leuten, die die Nase voll haben. Mich erinnern sie immer wieder auch an trotzig kleine Kinder, die Grenzen austesten wollen. Zudem ist Pegida nicht eine homogene Strömung, mit der wir es zu tun haben. Schaut man sich den Schilderwald dort an, begegnet

man den verschiedensten Forderungen von „Mehr Mütterrente“ bis „BRD abschaffen“ oder „Putin raus aus der Ukraine“. Wir müssen lernen, mit diesen Leuten umzugehen. Die aktuellen Teilnehmerzahlen liegen bei unter 1.000. Damit kann ich in einer Demokratie leben.

Sie sind viel in sozialen Netzwerken aktiv. Haben Sie den Eindruck, dass Eigenschaften wie Scham und Respekt hier verloren gegangen sind oder werden sich Werte und Normen mit der Zeit auch online etablieren?

Ich glaube, dass sich vieles hier zum Positiven entwickeln wird. Abgesehen davon, kenne ich es persönlich auch, dass ich – wenn ich wirklich erzürnt bin – eine Mail in einem Ton schreibe, in dem ich es niemals einer Person ins Gesicht sagen würde. Ich habe für mich gelernt, dass ich die Mail nicht gleich abschicke, sondern vorher eine Runde um den Block laufe und sie mir dann noch einmal durchlese. Was ich aber nicht kenne, ist, dass man Menschen aufgrund ihrer Religion oder ihrer Herkunft einen derartigen Hass entgegenbringt, wie es online oft geschieht. Das hat mir anfangs große Angst gemacht, bis ich irgendwann gesehen habe, dass es Schritt für Schritt weniger geworden ist – spätestens dann, als auch der Justizminister verstanden hat, dass wir schneller und unkomplizierter handeln und den Leuten klarmachen müssen, dass sie im Netz genauso wenig Menschen beleidigen können wie auf der Straße. Ich habe auch das Gefühl, dass sich seit Trumps Wahl etwas im positiven Sinne geändert hat. Vielleicht sind durch diesen Wahlerfolg ein paar mehr Leute wachgerüttelt worden. Unabhängig davon muss ich auch sagen: Es gibt Widerstand im Netz! So viele Menschen schreiben mir täglich von immer neuen Aktionen und Hashtags und davon, wie sie Trolle und Fake-Profile ausfindig machen. Es ist nicht so, dass der anständige Teil der Bevölkerung nicht reagiert. Die „Anständigen“ sind halt einfach nicht so laut und sichtbar wie diejenigen, die wüst beleidigen. Dass sich das Thema irgendwann völlig erledigen wird, glaube ich nicht. Beleidigungen in der Öffentlichkeit gibt es ja auch nach wie vor, aber ich denke, irgendwann ist es genug.

Was Meinungsäußerungen angeht, scheint man sich derzeit quasi zwischen zwei Polen zu bewegen: die einen, die sich nur noch hinter Floskeln verstecken, aus Angst gegen Regeln der Political Correctness zu

verstoßen, und die anderen, die gern den Satz: „Das muss man doch mal sagen dürfen ...“ vorwegschieben, um dann mitunter ziemlich Unterbelichtetes – bis hin zu Diffamierungen und rassistischen Äußerungen – von sich zu geben.

Ich habe vor Kurzem in einer Diskussionsrunde den Begriff „Altparteien“ verwendet, weil ich gerade in diesem Moment nicht mehr wusste, welches das Naziwort war und welches dasjenige, das wir verwenden wollen. Aufgebracht korrigierte mich eine andere Teilnehmerin, dass ich „etablierte Parteien“ sagen müsse und nicht das böse Wort „Altparteien“ verwenden dürfe. Ja, verdammt! Wenn so etwas passiert, sitze ich selbst dort und denke: Ich beschäftige mich den ganzen Tag mit diesen Dingen, was soll denn die arme Oma von nebenan machen, die gar nicht mehr weiß, was sie sagen soll. Aus der Furcht, etwas Falsches zu sagen, wird dann irgendwann Wut und Frust. Unsere Politik hat daran sicherlich auch ihren Anteil, nicht in dem Sinne, dass sie es aktiv gesteuert hat, sondern es ist über die Jahre hinweg einfach passiert. Nicht umsonst wünschen sich Menschen jene Politiker wie Brandt, Schmidt oder Wehner zurück, die eine Diskussionskultur pflegten, in der man durchaus Tacheles geredet hat. Wir sind mittlerweile so weit, dass man in einer „korrekten“ Diskussion im Endeffekt gar nichts mehr sagen kann. Wenn man überlegt, ob man beim Gendern nun Sternchen, Seiten- oder Bindestrich verwendet, können wir dieser Diskussion vielleicht noch etwas Witziges abgewinnen, aber es gibt genügend Leute, die da den Anschluss verlieren. Politiker verstecken sich gern hinter „Politiksprech“, Merkel z. B. benutzt immer wieder viele Floskeln, Konkretes sagt sie kaum. Das bedeutet, man weiß überhaupt nicht, woran man ist. Aber es ist nicht Aufgabe der Medien, die Reden der Bundeskanzlerin zu interpretieren.

Das Interview führte Barbara Weinert.

Digitale Öffentlichkeit und Demokratie

Caja Thimm

Der Strukturwandel von Öffentlichkeit unter digitalen Bedingungen hat Einfluss auf die Meinungsbildung und auf politische Beteiligungskulturen. Einerseits ist dies als Bereicherung der Optionen der Bürgerschaft, andererseits unter Stichworten wie „Fragmentierung“, „Fake News“ oder „Elitediskurse“ auch kritisch zu sehen. Mit dem Konzept der Mini-Publics wird ein Ansatz vorgestellt, der die Rolle kleiner Gruppen für die Demokratie reflektiert und auf die Notwendigkeit einer Debatte über eine „Digitale Werteordnung“ hinweist.

Information – Politik – Demokratie: die Macht der digitalen Plattformen

Das Internet bestimmt heute die „information diet“ eines großen Teils der Weltbevölkerung. Dabei ist ein Trend zur Exklusivität zu beobachten: Millionen von Menschen beziehen ihre Informationen zunehmend ausschließlich digital und verlassen sich auf diese im Netz abrufbaren Inhalte.

Dies liegt zunächst an der breiten Zugänglichkeit zum Medium selbst. Noch massiveren Einfluss auf die Herausbildung einer digitalen Öffentlichkeit hat jedoch der technologische Umbruch im Hinblick auf nutzerbasierte Plattformen. Die durch sie gegebenen Möglichkeiten der eigenständigen Herstellung von Öffentlichkeit durch Posten, Kommentieren und Teilen digitaler Inhalte (vgl. Einspänner-Pflock/Dang-Anh/Thimm 2014) haben neue Formen digitaler Diskurse begründet. Dazu gehören formalisierte und nicht formalisierte Partizipationsmöglichkeiten, wie beispielsweise die Nutzung von Onlinepetitionen, die Diskussion über politische Themen in

Chats oder Foren, die Möglichkeit, Mailinglisten abrufen zu können, Tweets mit @-mentions direkt an Politiker zu schreiben oder auf Facebook zu posten. Durch neue Plattformen wird politische Kommunikation direkter, die Organisation von politischen Kampagnen flexibler und gemeinschaftliches Handeln vernetzter. Diese durch medientechnologische Umwälzungen entstandenen Nutzungsoptionen haben in den letzten Jahren bei vielen Menschen die Hoffnung genährt, über soziale Medien mehr Einfluss auf die Gestaltung demokratischer Gesellschaftsformen zu bekommen. Politische und gesellschaftliche Entwicklungen wie der sogenannte Arabische Frühling, die globale Occupy-Bewegung oder regionale und lokale Proteste von Bürgergruppen wie bei „Stuttgart 21“ (vgl. Thimm/Bürger 2013) belegen, dass neue soziale Medien für den demokratischen Artikulationsprozess zunehmend auch inter- und transnational beträchtliche Bedeutung haben. Soziale Plattformen eröffnen den Nutzern dabei bis dato nicht da gewesene Möglichkeiten der (Re-)Distribution von politischen Inhalten und Präferenzen.

Allerdings lässt sich beobachten, dass die Nachrichtenquellen ebenfalls massiv in die sozialen Medien abwandern. So zeigen Studien aus den USA, dass inzwischen ein großer Teil der Internetnutzer, nämlich 62 %, ihre Nachrichten und politischen Informationen primär über soziale Medien bezieht (Gottfried/Shearer 2016). Auch in Europa liegt diese Zahl bereits bei 51 %, wie der „Digital News Report 2016“ von Reuters belegt.¹ Selbst wenn dieser Trend in Deutschland noch nicht so stark ausgeprägt ist (hier liegt diese Rate erst bei 31 %), so verweist diese Entwicklung auf eine zunehmende Beeinflussung von Informationsprozessen durch Facebook, Twitter und andere soziale Medien. Das persönliche Profil jedes Nutzers, erstellt anhand von Tausenden von Einzelkategorien der jeweiligen Onlineaktivitäten, bestimmt entsprechend den Newsfeed im jeweiligen Profil.

Analysiert man die Strukturelemente digitaler Öffentlichkeiten im Internet, die sich aktuell ausformen, so lassen sich gewichtige Problemfelder anführen. Einerseits ist das Potenzial des Netzes, politische Beteiligung zu demokratisieren und zu erweitern (z. B. Dahlgren 2009), nach wie vor zu konstatieren. Andererseits werden auch eine allgemeine intellektuelle Verflachung und die Ausprägung von Elitediskursen (vgl. Carr 2010) beklagt. Noch weiter geht der Netzkritiker Evgeny Morozov (2011), der das Risiko von Überwachungsstrukturen aufseiten von Regierungen thematisiert und die Hoffnung auf eine netzbasierte Demokratisierung als reine Illusion („net delusion“) bezeichnet.

Betrachtet man die aktuellen Entwicklungen, so scheint sich das Pendel zunehmend in Richtung negativer Einschätzungen in Bezug auf die demokratisierenden Kräfte des Netzes zu bewegen. Das Internet wird als Plattform für Hass und Hetze angeprangert; sogenannte Fake News, mittels derer Fakten verdreht und Lügen kommuniziert werden, scheinen als Bedrohung für politische Kommunikation; und nicht zuletzt wird das Internet als Überwachungsinstrument und als algorithmengesteuertes Manipulationswerkzeug angesehen – die Sorge, dass Social Bots die nächsten Wahlen beeinflussen könnten, schafft zunehmende Unsicherheit aufseiten der Politik. Konstatieren lässt sich also eine höchst ambivalente Sichtweise auf digitale Öffentlichkeit und ihre Rolle für demokratische Prozesse.

Digitale Öffentlichkeit – demokratischer Aufbruch oder Verfall der Diskurskultur?

Die skizzierte Option, über das Internet nicht nur aktuelle und globalisierte Informationen zu erhalten, sondern auch, sich über die vielen Kanäle in politische Prozesse einzumischen, hat eine Distanzverringering zwischen den politischen Beteiligten zur Folge gehabt. Die klassische Rollenverteilung von Akteuren in dem politischen und um das politische System ist nicht länger trennscharf. Politiker und Medien sind nicht mehr die ausschließlichen Produzenten von politischer Information; vielmehr treten jetzt auch Akteure der Zivilgesellschaft, also Bürgerinnen und Bürger, Vereine und weitere soziale Organisationen als Produzenten im politischen Diskurs auf. Die Kategorien der Produktion, Distribution und Rezeption sind also nicht mehr eindeutig auf die Akteure bzw. Institutionen der Medienschaffenden, Medienbetreibenden und Mediennutzer übertragbar.

Insbesondere die Schnelligkeit der Reaktionen von Menschen rund um den Globus, die hohe Verdichtung des Informationsaustauschs und die weltweite Verbreitung von Informationen macht Politikerinnen und Politiker in der digitalen Öffentlichkeit verletzbarer. Von daher erscheint es nicht nur für die Politik, sondern aus einem gesamtgesellschaftlichen Interesse heraus besonders relevant, die emergenten neuen Formen digitaler Öffentlichkeit besser zu verstehen.

Betrachtet man den medialen Wandel und die oben skizzierten strukturellen Veränderungen der Konstruktion von Öffentlichkeit und öffentlichen Diskursen, so stellt sich die Frage, ob das grundlegende Modell von Habermas für diesen digitalen Strukturwandel noch Geltungskraft besitzt (vgl. Habermas 1992). Habermas sieht darin die Öffentlichkeit als den Ort an, an dem sich politische Meinungs- und Willensbildung (Input) der Bürger einer Demokratie ereignet, die sich ihrerseits (rational) in öffentlichen Diskursen vollzieht und so kollektiv verbindliche Entscheidungen des politischen Systems (Output) legitimiert. Dieses Modell der „deliberativen Demokratie“ basiert maßgeblich auf den Zugriffsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger auf den öffentlichen Diskurs. Überträgt man dieses Modell auf die digitale Welt, so werden die Grenzen dieses Ansatzes schnell deutlich. Während die tradi-

»Es bedarf [...] einer gesamtgesellschaftlichen Debatte über eine digitale Werteordnung, denn die Zeiten, in denen man die Sphären des Digitalen von denen des Nichtdigitalen trennen konnte, sind ganz offensichtlich vorbei.«

tionelle Öffentlichkeit von journalistischen Recherche- und Selektionsprozessen und entsprechenden Agenda-Setting-Prozessen bestimmt wird, gilt dies für die digitale Öffentlichkeit im Social Web nicht. Zudem herrschen hier andere Formen der Aufmerksamkeitskonstitution – so kann in der digitalen Öffentlichkeit auch „Mikro-Partizipation“ von Relevanz sein, und bereits ein Mausklick kann Millionen von Reaktionen zur Folge haben. Im Zusammenhang mit politischer Partizipation werden solche minimalen Aktivitäten allerdings noch häufig abwertend als „slacktivism“ oder „clicktivism“ negativ etikettiert (vgl. Christensen 2011). Nicht beachtet wird dabei, dass das Liken, Posten oder Kommentieren von politischen Inhalten als eine Form von Mikro- bzw. Subaktivismus verstanden werden muss, der einer dezidiert politischen Aktivität oft vorgelegt ist. Trotz dieser grundlegend kritischen Perspektiven auf das Internet, die es zu reflektieren gilt, bietet das Internet Raum für die Pluralisierung des Medienpublikums bzw. seiner Nutzerschaft und damit eine Möglichkeit des Diskurses „auf gleicher Augenhöhe“ (Habermas 2008, S. 161). Habermas sieht zudem die Andersartigkeit der Internetöffentlichkeit nicht zwangsläufig als Ausschlusskriterium für die Entwicklung deliberativer Diskurse: „Es ist ja keineswegs ausgemacht, dass die mediengestützte Massenkommunikation dem anspruchsvollen Kommunikationsmuster von Diskursen gleichen muss, wenn sie deliberative Politik fördern soll“ (ebd., S. 163). Er weist also darauf hin, dass es zu analysieren gilt, welche Diskurse das Internet im Sinne deliberativer Debatten auszeichnet. Dennoch kann das Bild einer idealisierten, breiten und für alle gleichermaßen verfügbaren Informations- und Beteiligungskultur als öffentlicher Diskursraum nicht aufrechterhalten werden. Nicht nur, dass dies sicherlich niemals wirklich der Fall war und immer einem idealen Zustandsentwurf entsprach! Heute ist es im Lichte der zersplitterten Öffentlichkeiten immer weniger realistisch. Vielmehr, so wurde bereits an anderer Stelle argumentiert (siehe Thimm 2016), ist es nötig, die Prozesse zur Herstellung digitaler Öffentlichkeit genauer zu differenzieren. Dazu erscheint es nötig, auch solche Strukturen/Gruppen einzubeziehen, die sich aus quantitativer Sicht als Mini-Publics bezeichnen lassen.

Die Macht der Fragmentierung? Digitale Mini-Publics

Als eine der gravierendsten aktuellen Entwicklungen des Internets lässt sich die zunehmende Ausprägung in Einzelmedien und Einzelplattformen anführen, die über die große Menge an Nutzern ihre ganz eigenen Logiken durchsetzen können und zu einer „platform society“ geführt haben. Daher muss

das Internet heute als eine Medienumgebung angesehen werden, die immer mehr von institutionell und funktionell bestimmenden Medienlogiken wie denen von Facebook, Twitter, Instagram oder YouTube dominiert wird. Während sich im vordigitalen Zeitalter die Massenmedien als Gatekeeper und Agendasetter definierten, ist dies bei den sozialen Medien bisher nicht explizit der Fall, obwohl sie in vielfältiger Art und Weise als öffentliche Plattformen fungieren. Zu beobachten ist jedoch eine andere Dynamik der Herstellung von Öffentlichkeit: Auch solche kleineren Foren oder Gruppen, die zunächst nur über eine geringe Beteiligung verfügen, können sich rasant zu massenhaften Bewegungen erweitern, wie an diversen Shitstorms deutlich wird. Die Ausprägung dieser Dynamiken digitaler Öffentlichkeit wurde als Modell der Mini-Publics konzipiert (ebd.). Solche Mini-Publics, die sich durch eine Verschränkung verschiedener Medien im Sinne einer „polymedialen“ Mediennutzung auszeichnen, werden im digitalen Umfeld zunehmend häufig beobachtet. Sie formieren sich entlang spezifischer Themen und Inhalte und entwickeln eigene Strukturmerkmale, die von Nutzerrollen, Themenentwicklung und Zeitrahmen beeinflusst werden. Auch die Optionen der technischen Medienlogiken der Plattformen selbst, wie Hashtags und ReTweets bei Twitter, bestimmen die Konstruktion solcher Öffentlichkeiten (vgl. Einspänner-Pflock/Dang-Anh/Thimm 2014). Dabei kann man verschiedene Formen dieser Mini-Publics unterscheiden. Bei den *nutzer-initiierten Mini-Publics* wird das Thema von den Nutzern selbst initiiert und z. B. auf Blogs weitergeführt. Besonders häufig sind *ereignisbezogene Mini-Publics*. Hier werden realweltliche Ereignisse, wie Naturkatastrophen, Unfälle, politische Ereignisse (wie Wahlen) oder kulturelle (Popkonzerte) sowie sportliche Ereignisse (Olympiade, Fußballweltmeisterschaften) zum Gegenstand. Diese Form der Mini-Publics ist durch hochverdichtete und zeitlich beschränkte Aktivitätsmuster ausgezeichnet, die sich mit zunehmendem zeitlichem Abstand zum Ursprungsereignis abschwächen. Ein typischer Fall ist das Verkehrsprojekt „Stuttgart 21“, das zur Herausbildung des Begriffs „Wutbürger“ beigetragen hat (vgl. Thimm/Bürger 2013). Neben diesen intensiven und zeitlich begrenzten Mini-Publics existieren aber auch andere Formen solcher kleinerer Öffentlichkeiten, die sich als *Over-time Mini-Publics* bezeichnen lassen und Themen längerfristig in der Diskussion halten. In den PR haben sich zunehmend auch Formen *kommerziell gelaunchter Mini-Publics* etabliert.

Betrachtet man die Vielzahl dieser Mini-Publics, so muss betont werden, dass diese keineswegs als minderwertig oder als Fragmentierungsbelege anzusehen sind. Um den Ausprä-

gungsformen digitaler Öffentlichkeit gerecht zu werden, sollte man diese kleinen Gruppen ernst nehmen und auch einer zahlenmäßig kleineren diskursiven Umgebung, wie z. B. einem Forum oder einer Facebook-Gruppe, die Rolle von Meinungsbildung zumessen – das Abwerten als fragmentiert oder elitär wird der Netzkultur nicht gerecht und erscheint als wenig produktiv.

Digitale Demokratie – digitale Werteordnung

Die skizzierten Strukturmerkmale von digitaler Öffentlichkeit verweisen darauf, dass wir uns in einem massiven Transformationsprozess der Digitalisierung von Gesellschaft befinden. Dieser Prozess bedeutet u. a. einen kategorialen Wandel von Öffentlichkeit und Privatheit, der durch die Netzkommunikation verursacht wird. Dabei ist die Herausbildung digitaler Öffentlichkeit(en) eine massive Herausforderung auf verschiedenen Ebenen und ein wichtiger Markstein im Hinblick auf gesamtgesellschaftliche Veränderungen. In diesem Kontext spielt die Herausbildung von Mini-Publics eine wichtige Rolle.

Auch für die persönlichen Lebenswelten hat diese Veränderung von Öffentlichkeitsstrukturen und -kulturen vielfältige Folgen, da die real- und digitalweltlichen Sphären für viele – besonders jüngere – Menschen heute kaum noch zu trennen sind: Um bei Facebook Freunde zu treffen oder mich zu informieren, muss ich einen gewissen Grad von Öffentlichkeit in Kauf nehmen. Zudem birgt die Publizität und Transparenz, die mit der Nutzung sozialer Medien verbunden ist, neue Risiken in Bezug auf die Kontrolle eigener Datenbestände. So sind anonyme Proteste heute über das Netz kaum noch möglich, und politische Aktivisten leben in einigen Ländern inzwischen gefährlicher als vor der digitalen Wende.

Digitale Demokratie hat also (mindestens) zwei Gesichter. Um diese zu verstehen und sich auf den ständig wandelnden Plattformen kompetent zu bewegen, ist nicht nur eine neue Form der Medienkompetenz im Sinne digitaler Literalität nötig. Es bedarf auch einer gesamtgesellschaftlichen Debatte über eine digitale Werteordnung, denn die Zeiten, in denen man die Sphären des Digitalen von denen des Nichtdigitalen trennen konnte, sind ganz offensichtlich vorbei. Insbesondere durch die sozialen Medien wie Facebook, YouTube, Twitter oder Instagram entstehen neue kommunikative Umwelten, die sich den üblichen Mechanismen von Kontrolle und den bisher vertrauten Formen der Informationsdistribution entziehen. Hier zeichnen sich neue Herausforderungen für das politische System ab: Die Erkenntnis, dass wir in einer digita-

len Gesellschaft leben, in der auch Demokratie anders konstituiert und diskursiviert wird, beginnt sich erst sehr zögerlich zu etablieren.

Anmerkung:

1 Weitere Informationen abrufbar unter: reutersinstitute.politics.ox.ac.uk/publication/digital-news-report-2016

Literatur:

- Carr, N.:** *The shallows. What the internet is doing to our brains.* New York u. a. 2010
- Christensen, H.:** *Political activities on the internet: Slacktivism or political participation by other means?* In: *First Monday*, 16/2–7: Februar 2011
- Dahlgren, P.:** *Media and political engagement.* New York 2009
- Einspänner-Pflock, J./Dang-Anh, M./Thimm, C. (Hrsg.):** *Digitale Gesellschaft – Partizipationskulturen im Netz.* Berlin 2014
- Gottfried, J./Shearer, E.:** *News use across platforms 2016.* PEW Research Center. 2016. Abrufbar unter: <http://www.journalism.org/2016/05/26/news-use-across-social-media-platforms-2016/>
- Habermas, J.:** *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft.* Frankfurt a. M. 1963/1992
- Habermas, J.:** *Ach, Europa. Kleine politische Schriften XI.* Frankfurt a. M. 2008
- Morozov, E.:** *The Net Delusion. The Dark Side of Internet Freedom.* Philadelphia 2011
- Pariser, E.:** *The Filter Bubble. What the Internet is hiding from you.* New York 2011
- Thimm, C.:** *Digitale Gesellschaft: Zum Wandel der (politischen) Öffentlichkeit im Digitalen Zeitalter.* In: *Zeitschrift Journal für politische Bildung*, 1/2016, S. 3–5
- Thimm, C./Bürger, T.:** *Digitale Partizipation im politischen Kontext – „Wutbürger“ online.* In: M. Friedrichsen/R. Kohn (Hrsg.): *Digitale Politikvermittlung. Chancen und Risiken interaktiver Medien.* Wiesbaden 2013, S. 255–272
- Thimm, C./Einspänner, J./Dang-Anh, M.:** *Politische Deliberation online – Twitter als Element des politischen Diskurses.* In: F. Krotz/A. Hepp (Hrsg.): *Mediatisierte Welten. Forschungsfelder und Beschreibungsansätze.* Wiesbaden 2012, S. 95–117

Dr. Caja Thimm ist Professorin für Medienwissenschaft und Intermedialität an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn und leitet dort die Abteilung „Medienwissenschaft“. Sie forscht seit vielen Jahren zu Onlinemedien – hier besonders zur digitalen Demokratie, zu sozialen Netzwerken und zur Mobilkommunikation.



Kontrovers, aber fair

Mediennutzung erfordert kritische Kompetenz der Rezipienten

Durch die technischen Entwicklungen der letzten Jahre ist die Vielfalt an Meinungen und Positionen, die uns vor allem das Internet bietet, so groß wie nie zuvor. Weil nun potenziell jeder Zugang zur Massenkommunikation hat, finden wir auch eine Reihe von Inhalten, die in den klassischen Medien an der journalistischen Ethik scheitern würden. Falschmeldungen und sogenannte Filterblasen führen bei manchen Gruppen zu gefühlten Wahrheiten, die mit der Faktenlage nichts mehr zu tun haben. Wie gehen wir in der Demokratie damit um? tv diskurs sprach darüber mit Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb).

Können Sie sich vorstellen, dass eine Demokratie wie die unsere ohne Medien funktionieren würde?

Natürlich nicht! Demokratie bedeutet, unterschiedliche Perspektiven, Positionen und Meinungen aushalten zu müssen und auf deren Grundlage Kommunikation aufzubauen. Dafür braucht es Vermittlungsformen, die Medien. Demokratie ist sicherlich insofern die schwerste aller Regierungsformen, als dass eine gewisse Gelassenheit vonnöten ist, um die teilweise absurden Widersprüche hinnehmen zu können und nach dem Prinzip des kategorischen Imperativs von Kant zu agieren, dem anderen die Freiheit einzuräumen, die man für sich selbst auch fordert.

Auch in der griechischen Antike gab es Demokratie. Im Unterschied zu heute handelte es sich da aber um überschaubare Einheiten, sodass man sich auf dem Marktplatz treffen und debattieren konnte. In einer Gesellschaft mit 80 Mio. Menschen wäre das schwierig.

Das ist der entscheidende Punkt: In Massengesellschaften lässt sich keine Dorfplatzdemokratie organisieren. Hier brauchen wir einen öffentlichen medialen Verhandlungsraum, in dem grundsätzlich jeder eine Chance auf

Partizipation hat, auch wenn letztlich die konkreten Formen der politischen Teilhabe relativ übersichtlich und durch Repräsentationsformen geregelt sind. Medien ermöglichen es uns, Demokratie als deliberatives Format zu erleben. Sie können Positionen verstärken und Räume bieten, in denen Resonanzen erzeugt werden.

Frank-Walter Steinmeier hat in seiner Antrittsrede als Bundespräsident die Frage nach dem Kitt gestellt, der unsere Gesellschaft zusammenhält. Sind das vielleicht die Medien oder das, was über die Medien kommuniziert wird?

Das, was eine Gesellschaft zusammenhält, sind Verabredungen über gemeinsame Normen und Werte. Diese werden natürlich öffentlich verhandelt und suchen sich ihre Kommunikationsräume. Hierfür sind Medien unabdingbar, denn auch sie haben einen wichtigen Anteil daran, Werte zur Disposition zu stellen und zu verhandeln. Das Besondere an der bundesdeutschen Demokratie ist, dass man sich auch äußern kann, wenn man gegen die Demokratie ist, ohne befürchten zu müssen, dafür eingesperrt zu werden. Widerspruch und Dissonanz sind einer Demokratie inhärent.



»Demokratie bedeutet, unterschiedliche Perspektiven, Positionen und Meinungen aushalten zu müssen und auf deren Grundlage Kommunikation aufzubauen. Dafür braucht es Vermittlungsformen, die Medien.«

In Deutschland spielt der Gedanke der Medienfreiheit eine große Rolle. In der Türkei beobachten wir derzeit eine gegenteilige Entwicklung: Wenn die Türken Erdogans Verfassungsänderung zustimmen, schaffen sie die unabhängigen Medien quasi selbst ab. Wie gehen wir damit um?

Als Menschen mit deutscher Staatsbürgerschaft sollten wir uns zuerst über die Normative in unserem Land verständigen. Gleichzeitig können wir uns in einer heterogenen Gesellschaft diesen Fragen natürlich nicht entziehen, da auch in Deutschland Millionen von Deutschtürken leben, die die Freiheiten einer offenen Demokratie genießen und trotzdem der Meinung sind, dass Erdoğan die Rettung der Türkei sei. Diesen Widerspruch kann man meiner Ansicht nach nicht durch Vorgaben regulieren, sondern man sollte versuchen, ihn in einem öffentlichen Diskurs zu adressieren und aufzulösen. Zumindest was Deutschland betrifft, müssen wir uns Meinungs- und Pressefreiheit vorbehalten, um überhaupt mit solchen Positionen in eine Auseinandersetzung zu kommen. Und natürlich dürfen wir auch nicht vergessen, dass längst nicht jeder Deutschtürke ein Erdoğan-Fan ist. Es gibt auch in Deutschland eine dezidiert große Gruppe, für die es aufgrund ihrer Erfahrungen in einer offenen Gesellschaft wichtig ist, Position zu beziehen und Widerspruch zu Erdogans Verfassungsänderung zu artikulieren.

Das Beharren auf dem eigenen Standpunkt und der Verabsolutierung dessen, was man als Wahrheit ansieht, ist wohl eine der Hauptursachen für Konflikte weltweit. An den Medien der westlichen Demokratien dürfte das weniger liegen, hier steht das Toleranzgebot doch deutlich im Vordergrund.

Ich glaube, Demokraten wissen sehr wohl, dass Wahrheiten nur im Plural zu haben sind. Gesellschaften, die auf eine Wahrheit setzen, operieren immer mit Ausschluss. Und diese Ausschlusserfahrung führt dazu, dass sie instabil werden, dass es Potenziale gibt, die gesellschaftlich nicht registriert, akzeptiert oder wohlgekommen sind und die dann Repressionen unterliegen. Systeme, die auf eine eindimensionale Wahrheit setzen, laufen aus meiner Sicht immer Gefahr, undemokratisch zu sein. Eine multiperspektivische Gesellschaft, die unterschiedliche Wahrheiten gelten lässt, braucht entsprechende Vorkehrungen dafür, dass die vielen Partizipierenden in der Gesellschaft ihre Wahrheiten auch kommunizieren und rezipieren können. Deshalb muss es in einer Demokratie freie Medien geben, die jedem den Zugang zu Informationen erlauben, um sich eigene Meinungen zu bilden und um diese auch mit anderen Menschen zu teilen.

Neben den Nachrichtenformaten haben wir auch einen großen Bereich an Unterhaltungsmedien. Viele sehen darin die Verflachung der Kultur, aber es werden dort auch viele Alltagserfahrungen vermittelt.

Das ist aus meiner Sicht unbestritten. In Unterhaltungsmedien spielen eher alltagskontextualisierte Aushandlungsprozesse eine Rolle. Keineswegs sind sie nur Tranquilizer, die die Leute dumm machen. Hier werden Normative verhandelt: Wie verhalte ich mich in der Situation eines Verkehrsunfalls? Wie positioniere ich mich bei einem Streit unter Freunden? In all diesen Formaten wird eine virtuelle Realität erzeugt, die aber Bezugspunkte zu dem aufweist, was wir selbst in unserem Alltag erleben. Und natürlich werden auch voyeuristische Interessen von Menschen bedient, die eben nichts mit eigenen Erfahrungen zu tun haben, weil sie in ganz anderen Kontexten leben oder sich für andere soziokulturelle Lebensentwürfe entschieden haben. Der Sinn liegt darin, vorübergehend die Perspektive anderer einzunehmen. Von daher sind Unterhaltungsmedien auch politische Medien.

Fake News sind aktuell ein Thema. Manche sprechen vom „postfaktischen Zeitalter“. Hat es jemals ein faktisches Zeitalter gegeben?

Seit Menschengedenken ist gelogen worden, dass sich die Balken biegen. Die Motivationen dafür waren unterschiedlich. Es ging um Fragen der Macht, um ökonomische und religiöse Fragen. All dies hat dazu geführt, dass mit der Lüge als Vermittlungsform Loyalitäten erzeugt oder aufgekündigt wurden. Die Existenz von Fake News, d. h. von Falschinformationen im Gewand vertrauenswürdiger Nachrichten oder Quellen, ist an sich nichts Neues. Was vielleicht neu ist, ist die quantitative Wucht solcher Lügen, die durch die Digitalisierung, vor allem in Form sozialer Netzwerke, entsteht. Informelle Kommunikation, die vorher eher in kleinem Rahmen stattgefunden und sich auch mal versendet hat, erfährt jetzt einen Verstärkereffekt, indem sie in den sozialen Medien abgebildet wird und in sogenannten Filterblasen ihre Verbreitung findet. Natürlich ist man bei Facebook vorwiegend mit Menschen befreundet, die ähnliche Meinungen und Anschauungen teilen. Das bedeutet: Man wird immer wieder in den eigenen Positionen und Vorurteilen bestätigt oder nimmt die tatsächliche Relevanz bestimmter Themen oder Meinungen verzerrt wahr. Diese Effekte führen sprichwörtlich dazu, dass die Lügen Beine bekommen. Bezogen auf Fake News möchte ich an dieser Stelle anfügen, dass es hier unterschiedliche Akzente gibt. Ethan Zuckerman hat auf drei Kategorien hingewiesen: Zum einen benennt er die Information, die durch besondere Übertreibung relevanter gemacht wird und dadurch Majorität erlangen soll. Zweitens gibt es klassische oder auch neue Formen von Propaganda und drittens sind es gezielte Desinforma-

tionen, mit denen durch falsche Interpretationen Loyalitäten erzeugt werden sollen. Der Fall „Lisa“ ist hierfür ein gutes Beispiel. In russischsprachigen Medien, unter den Russlanddeutschen und Kontingentflüchtlingen wurde ganz plötzlich eine Dynamik erzeugt und es wurden Loyalitäten geschaffen, die außerhalb der Normative der Gesellschaft lagen. Durch die Ermittlungen der Polizei wissen wir, dass der Fall nicht so stattgefunden hat, wie dort behauptet wurde. Dennoch halten die Leute diese Desinformation immer noch oder zumindest in Teilen für wahr. Das hat damit zu tun, dass Fake News es geschafft haben, durch die Verstärkereffekte den Falschheits- oder Wahrheitsgrad einer Information zu relativieren. Hinzu kommt: Wenn man sich diskriminiert fühlt, glaubt man gerne Geschichten, die der emotionalen Grundstimmung entsprechen.

In der klassischen Rolle als Gatekeeper sammelt der Journalist Informationen und überprüft sie gemäß bestimmter Berufsregeln auf ihren Wahrheitsgehalt hin, bevor er sie als Nachricht an die Rezipienten weitergibt. In der Vergangenheit wurde aber auch damit viel Unheil angerichtet, wenn Falschmeldungen weiterverbreitet worden sind. Die klassischen journalistischen Formate wollen in der Geschwindigkeit mit den sozialen Netzwerken mithalten – und da bleibt für Recherche oft keine Zeit.

Natürlich findet man für die Protagonisten in den Medien immer solche und solche Fälle. Ebenso kann ich Ihnen Beispiele für große investigative Leistungen nennen, Stichwort „Panama Papers“. Insofern wird uns in der jetzigen Situation der digitalisierten Medien einfach gespiegelt, dass wir die Berufsgruppe der Journalisten nicht etwa gering schätzen dürfen, sondern kollaborative Haltungen entwickeln müssen und uns selbst ein Stück weit der Techniken und Praktiken des Journalismus bedienen, um zu prüfen, ob eine Information tatsächlich die Relevanz oder Resonanz besitzt, die sie vorgibt zu haben. Sprich, wir müssen uns immer wieder vor Augen führen, dass es in den heutigen Vermittlungskanälen sehr viele Abgründe gibt, und deshalb müssen wir Informationen immer hinterfragen: Woher kommt die Info? Was sagen andere Quellen? Gibt es konkurrierende Aussagen? Wenn wir einfach nur rezipieren, was uns Fake-News-Macher verkaufen wollen, dann sind wir die dummen Schafe, die sich unkritisch und unpolitisch bestimmten Interessen aussetzen. Wir müssen Kritik lernen und das bedeutet, andere Perspektiven einzunehmen, Widerspruch zuzulassen und vor allem auch Quellen und ihre Absender zu prüfen. Das ist heute das Repertoire, das wir auch in der politischen Bildung vermitteln müssen.

Ein anderes großes Thema neben Fake News heißt Hate Speech. Können wir mit deutschem Recht Facebook zwingen, bestimmte Kommentare zu löschen? Wollen wir das überhaupt und ist das zielführend?

Zunächst muss man sagen, dass der Begriff „Hate Speech“ im Angelsächsischen etwas anders verwendet wird als im Deutschen. Im Deutschen ist die „Hassrede“ eher im juristischen Kontext verwendet worden. Wenn sich jemand antisemitisch oder rassistisch äußert, wird diese Äußerung auf ihre Strafbarkeit hin geprüft, weshalb auch aktuell im Entwurf des Bundesjustizministeriums Fragen von Strafbarkeit eine sehr starke Rolle spielen. An dieser Stelle ist der Gesetzentwurf wohl auch angreifbar, weil sich nicht nur diese klassischen Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, sondern auch ganz normale kriminelle Vergehen plötzlich darin wiederfinden, die auf diesem Weg strafrechtlich verfolgbar gemacht werden sollen. Der Staat muss aufpassen, dass er in derartigen Fragen von Fake News und Hate Speech nicht Wahrheitskommissionen einrichtet. Wichtiger ist, eine Atmosphäre und Kultur der fairen Auseinandersetzung zu schaffen und eine aktive Zivilgesellschaft zu ermutigen, auch Widerspruch zu äußern. Das geschieht zwar, aber leider noch viel zu wenig. Und so gibt es im Netz Räume, in denen einem un widersprochen Formen von Hassreden begegnen, die tatsächlich bis hin zu realer Gewalt führen können.

Woher kommt dieser tiefe Hass?

Der war schon immer da. Wir wissen aus den sogenannten Mitte-Studien, dass es immer einen Teil von 15 bis 20 % in der Gesellschaft gab, der relativ stark homogenen Gesellschaftsbildern zuneigt, Antisemitismus propagiert und rassistische Vorurteile perpetuiert. Diese Formen sind in der Gesellschaft anzutreffen, glücklicherweise sind sie in weiten Teilen domestiziert worden. Wenn man das auf das Wählerverhalten herunterbricht, sind die Volksparteien diejenigen Parteien, die die meiste Zustimmung von Menschen mit derartigen Vorurteilen bekommen. Das bedeutet, wenn man so will, ist diese Form von Domestizierung eine, die in Teilen immer noch funktioniert. Auf der anderen Seite ist mit dem Auftreten der AfD ein neues parteipolitisches Angebot entstanden, das diese Vorurteile verstärkt und nicht relativiert oder eine kritische Auseinandersetzung damit befördert.

... Quasi losgelöst von dem Korsett der Volksparteien.

Richtig, und ich würde das nicht unbedingt nur als negativ beschreiben, denn es hat jetzt ein Gesicht, verschafft sich Gehör und bleibt nicht im Dunkeln und wird auf der Straße ausgetragen. Aber das Recht auf öffentliches Gehör be-

deutet nicht das Recht auf den Verzicht von Widerspruch. Wer Gehör will, muss Widerspruch ertragen – und genau das erleben wir momentan. Menschen, die sich eigentlich aus der politischen Mitbestimmung zurückgezogen haben, entschließen sich im Kontext der Auseinandersetzung mit diesen Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit oder Populismus wieder dazu, Position zu beziehen. Das gesteigerte Wahlverhalten bei den letzten Landtagswahlen zeigt, dass Leute, die aus dem Nichtwählerbereich stammen und in die politische Partizipation zurückkommen, ganz offenbar die Mitte stärken. Das ist insgesamt ein recht interessanter Befund, der deutlich macht, dass es vielen Menschen in diesem Land relativ gut geht und sie durch solche extremen und populistischen Formen den Standard nicht leichtfertig aufs Spiel setzen wollen. Das ist das halb volle Glas. Das halb leere Glas ist, dass es diese Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sehr artikulationsreich gibt, dass sie Verstärkungseffekte durch die sozialen Medien erfahren und auch Menschen motiviert werden, Straftaten zu begehen. Da muss der Rechtsstaat seine Zähne zeigen.

Fremdenhass gab es aber auch immer in gebildeten Milieus, in denen man das so nicht erwartet hätte.

Dieser Punkt ist äußerst wichtig. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit kommt nicht nur in prekären Milieus vor, es gibt sie in der gesamten Gesellschaft. Vorurteile, die mit überkommenen Gesellschaftsbildern zu tun haben, bedürfen einer Auseinandersetzung. Jeder von uns muss sich die Frage stellen: Gehöre ich zu denjenigen, die intervenieren, wenn eine solche Menschenfeindlichkeit sichtbar wird, oder nicht? Riskiere ich den Widerspruch? Wir haben als Bundeszentrale mit RTL II eine sehr schöne Kooperation durchgeführt: *Zeit für Helden*. Das ist ein Format, das couragierte Formen von Einspruch in einem Entertainmentformat abbildet. Gezeigt werden jeweils fiktive Situationen, in denen beispielsweise antisemitische Vorurteile gespielt werden, aber in echte Kontexte verlegt werden, wie etwa in den Supermarkt. Dann kommt es darauf an, dass du als Mensch, der im realen Alltag mit solch einer gespielten Situation konfrontiert wirst, den Mund aufmachst und „Nein“ sagst. Dieses Format operiert nicht mit den oft herkömmlichen Formen von Blamage, dem Versagen, über das man dann lacht, sondern es zeigt die couragierten Interventionen von Menschen. Das Erstaunliche ist, dass man mit diesem Format die doppelte Senderquote erreicht hat, was zeigt, dass auch scheinbar unpolitische Distributionskanäle hochpolitische Stoffe verhandeln können, weil die Menschen in ihrer Realität mit solchen Fragen konfrontiert sind. Ich halte das für ein sehr ermutigendes Zeichen.

Alles in allem können wir also festhalten, dass es aus der Zivilbevölkerung heraus eine ganze Menge an positivem Engagement gibt. Gleichzeitig müssen wir als Rezipienten mündiger werden und uns im Klaren darüber sein, dass Dinge, die an uns herandrängen, immer auf Plausibilität überprüft werden müssen.

Das kann ich nur unterschreiben. Die Pluralität der Gesellschaft muss sich auch im Netz widerspiegeln und ich finde, es gehört zur Seriosität von Medien in der Demokratie dazu, diese öffentlichen Kontroversen als Wert zu begreifen. Im Übrigen hat auch die Bundeszentrale für politische Bildung schon selbst mit Fake News zu tun gehabt. Gerade vor ein paar Tagen ist die Desinformation als Tweet durchs Netz gegangen, dass wir geheimer Förderer der „Pulse of Europe-Bewegung“ wären. Das hat sich irgendjemand ausgedacht und es ist Dutzende Male retweetet worden. Wir als staatliche Behörde haben mit dieser Bewegung gar nichts zu tun, außer dass vielleicht einzelne Mitarbeitende – so wie ich – sie persönlich sympathisch finden. Zudem positioniert sich *Pulse of Europe* selbst als eine Bürgerbewegung, die sich nicht mit Parteienvertretern oder staatlichen Einrichtungen assoziiert. In diesem Zusammenhang ist mir noch ein anderer Punkt wichtig: In der politischen Bildung gibt es ein Aufklärungsgebot. Das bedeutet: Wir versuchen, anhand von rationalen Kriterien die Faktenlage zu klären. Die Meinungen, die wir uns aber bilden, folgen nicht nur rationaler Logik, sondern sind auch von Emotionen bestimmt. Wir beginnen gerade, in der politischen Bildung zu reflektieren, was das für unsere Angebote bedeutet. Wie können wir mit emotional glaubwürdigeren Multiplikatoren aus den jeweiligen Milieus bestimmte Zielgruppen besser erreichen? Und es bedeutet auch, bestimmte Frames zu bedienen, die die politischen Debatten nicht von vornherein als negativ oder problembehaftet sehen, sondern andere Perspektiven einnehmen. Die Medien spielen hier wieder eine wichtige Rolle. Dabei ist die Komplementarität von Unterhaltung und seriöser Berichterstattung zentral. Wir brauchen beides: die Auseinandersetzung mit Nachrichten und Informationen, aber auch die Kritikfähigkeit, was Informationen betrifft. Und wir brauchen eine Selbstreflexion, wie wir mit Emotionen in Unterhaltungsmedien umgehen.

Das Interview führte Prof. Joachim von Gottberg.

Machthungrige Schurken?

Zum Bild politischer Akteure in Serien und Krimireihen des deutschen Fernsehens

Andreas Dörner

Fiktionale Fernsehformate beeinflussen das öffentliche Image des politischen Personals. Während in den wenigen deutschen Politserien durchaus unterschiedliche Politikertypen vorkommen, zeichnen die reichweitenstarken Krimireihen des Landes meist das Bild skrupelloser Machtbesessener. Diesen werden jedoch regelmäßig durch couragierte Aufklärer aus den Reihen der Polizei ihre Grenzen aufgezeigt.

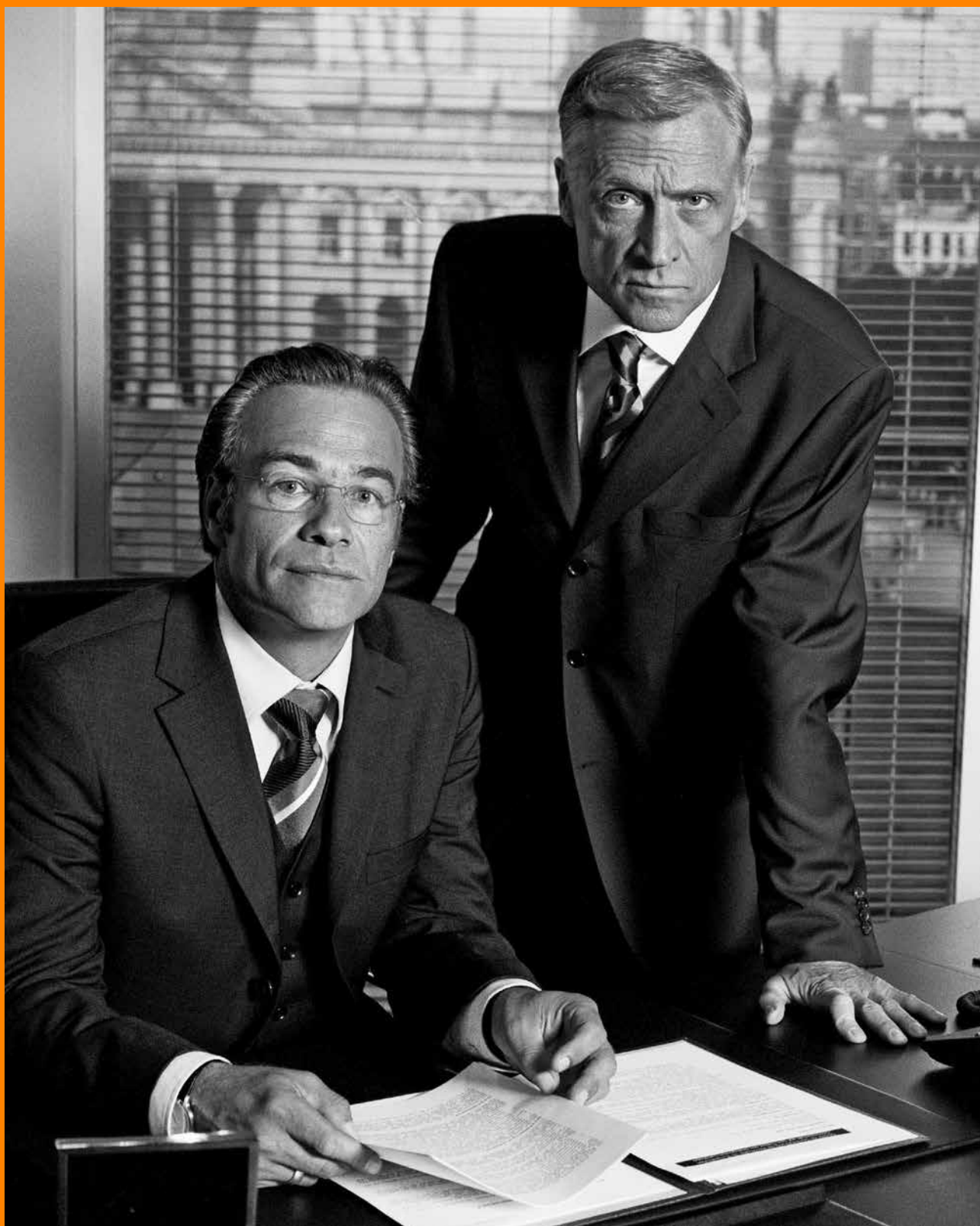
Deutscher Bundestag, Sitzungssaal 1.228 im April 2016: An einem kühlen Frühlingsabend haben sich Abgeordnete und Mitarbeiter versammelt, um gemeinsam mit Wissenschaftlern und Medienschaffenden über das Bild zu diskutieren, das populäre TV-Serien von politischen Akteuren zeichnen. Eingelesen hat die altehrwürdige Deutsche Vereinigung für Parlamentsfragen. In den Beiträgen wird schnell deutlich, wie sehr man an solchen fiktionalen Konstruktionen interessiert ist, die einen Reflexionsraum bieten, in dem Politiker über eigene Ambitionen, Hoffnungen und Illusionsverluste nachdenken können. Vor allem aber wird diskutiert, wie die Medienbilder das öffentliche Image des politischen Personals prägen. Die Wirkungsforschung, insbesondere die amerikanische, hat mittlerweile zahlreiche Belege dafür zusammengetragen, dass der Konsum von Serien und Filmen beim Publikum nicht folgenlos bleibt. Fiktionale Fernsehbilder des Politischen sind gesellschaftlich überaus relevant. Daher sollen diese Bilder auch im Folgenden genauer in den Blick genommen werden.

Politikertypen

Die bunte Vielfalt der medialen Konstruktionen lässt sich zunächst mithilfe einer typologischen Unterscheidung ordnen. Die fiktionalen Akteure können handeln

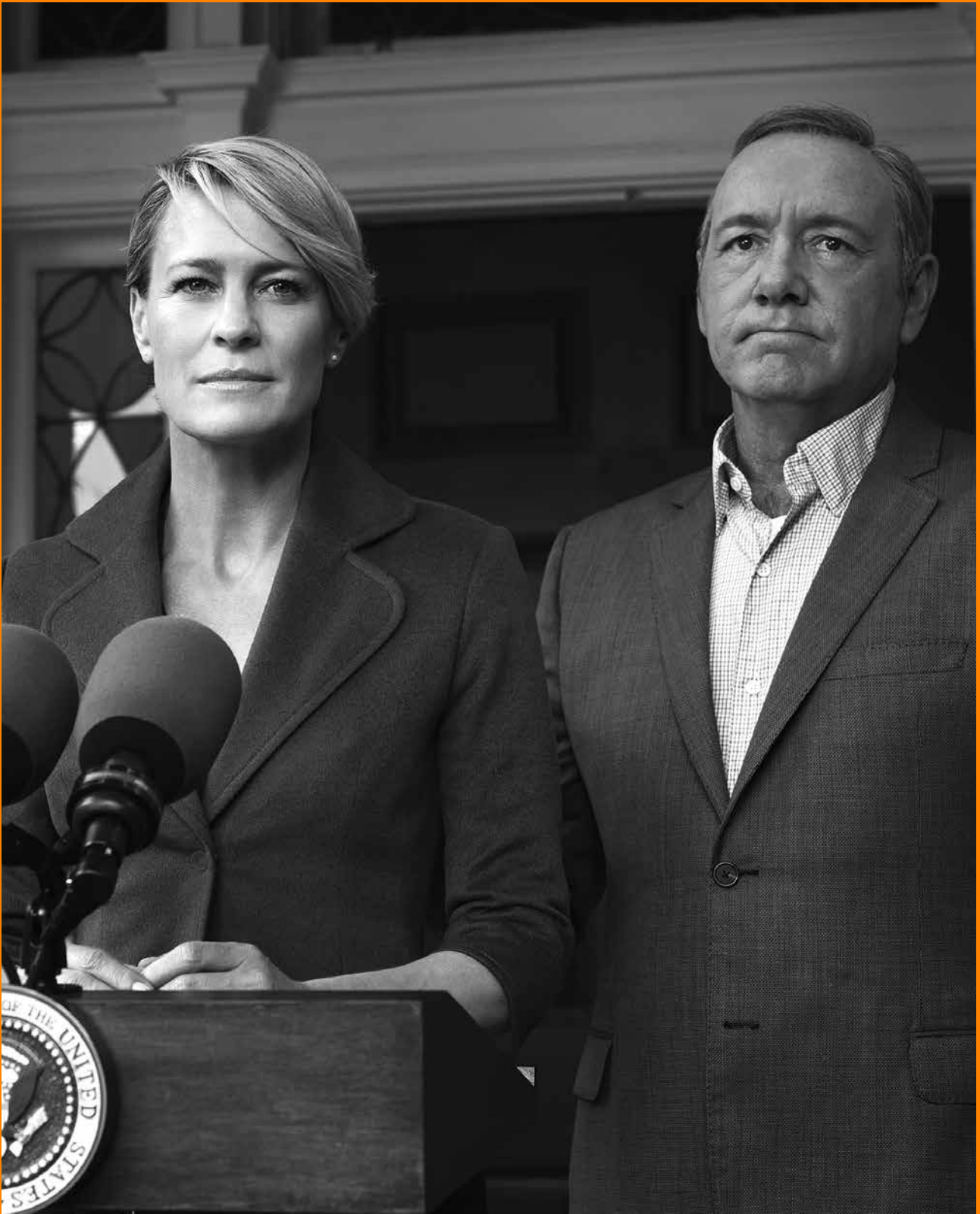
1. als *Idealpolitiker*: Sie verfolgen „gute“ Ziele mit „guten“, d. h. ethisch einwandfreien Mitteln und stellen ihre Handlungen stets in den Dienst des Gemeinwohls. Ein solches Bild zeichnete beispielsweise die Serie *Kanzleramt*, die das ZDF im Jahr 2005 nach dem Vorbild der amerikanischen Erfolgsproduktion *The West Wing* ausstrahlte. *The West Wing* hatte mit der Hauptfigur des moralisch integren und intellektuell brillanten Präsidenten Jed Bartlet ab 1999 über sieben Staffeln hinweg das US-Publikum begeistert und insbesondere bei jungen Zuschauern ein neues Interesse an der Politik ausgelöst. In der ZDF-Serie wurde das politische Berlin nun ebenfalls als eine Welt mit engagierten, altruistisch motivierten und durch kleine menschliche Schwächen umso liebenswerteren Akteuren gezeigt.

© ZDF und Mathias Bohrer



Kanzleramt

© Sony Pictures Home Entertainment



House of Cards

2. als *Realpolitiker*: Sie streben zwar ebenfalls nach der Verwirklichung des Gemeinwohls, nehmen dabei jedoch bewusst in Kauf, sich damit auch moralisch fragwürdiger Mittel zu bedienen. Diese Zweck-Mittel-Relation in einer guten Balance zu halten, stellt ein schwieriges Unterfangen dar. Allzu oft zeigt sich, dass Realpolitiker die eigenen Ideale im Laufe der Zeit zugunsten von Effizienz und Machtorientierung völlig aus den Augen verlieren. Ein Beispiel für ein solches Politikerbild zeigte etwa die ARD-Produktion *Die Stadt und die Macht* im Jahr 2016. Die sechsteilige Miniserie erzählte in der Art eines Entwicklungsromans die Geschichte der Desillusionierung einer jungen Politikerin, die ihren Wahlkampf für das Amt des Regierenden Bürgermeisters in Berlin schließlich mit schmutzigen Methoden, mit Lügen, Intrigen und Wählerbetrug vorantreibt. An vielen Stellen wurde deutlich, dass die Bücher der dänischen Erfolgsserie *Borgen* über Aufstieg, Fall und Neuanfang der Politikerin Birgitte Nyborg hier möglicherweise Pate standen.
3. als *Machtpolitiker*: Wenn die guten politischen Ziele völlig in den Hintergrund rücken, wenn Erwerb und Erhalt von Macht zum Selbstzweck werden, dann mutiert der Realpolitiker zum Machtpolitiker. Gemeinwohlorientierung, Werte wie Freiheit und Gerechtigkeit dienen in diesem Handlungsschema nur noch dazu, den Kern des machtpolitischen Geschäfts zu verdecken. Machtpolitiker sind häufig skrupellos in der Wahl ihrer Vorgehensweisen, sie schrecken auch vor Straftaten bis hin zum Mord nicht zurück. Bekanntestes Beispiel eines solchen Typus ist sicherlich Frank Underwood in der Serie *House of Cards* (Netflix, bislang vier Staffeln seit 2013). In deutschen Serien begegnen wir Machtpolitikern jedoch eher im Modus der Satire, etwa in der ZDF-Produktion *Eichwald, MdB* (2014) oder bei *Allein unter Bauern* (SAT.1, 2006/2007), wo gezeigt wurde, wie ein abgehalfterter Bundespolitiker sich in der brandenburgischen Provinz einen Karriereanstang zu basteln versucht.

Politserien in Deutschland: Scheitern zwischen Berlin und Bielefeld

Wenn man an dieser Stelle einen Blick auf die genannten deutschen Serienbeispiele wirft, dann ergibt sich ein interessanter Befund: All diese durchaus ambitionierten Produktionen sind beim deutschen Publikum durchgefallen oder wurden kaum zur Kenntnis genommen. So startete *Kanzleramt* 2005, stimuliert durch aufwendiges Marketing des Senders, zunächst mit

guten Quoten, die dann jedoch schnell absackten, sodass die letzten Folgen am Ende im Doppelpack verramscht wurden. Mit vielen Hoffnungen hatte die ARD 2016 ihre Miniserie *Die Stadt und die Macht* ins Rennen geschickt, um dann ernüchert festzustellen, dass trotz bestem Sendeplatz nur weniger als 3 Mio. Zuschauer das Schicksal der Heldin Susanne Kröhmer verfolgen wollten. SAT.1 hatte für seine politische Comedyserie *Allein unter Bauern* mit Marc Terjung einen Erfolgsautor verpflichtet, der dem Sender mit der Anwaltsserie *Edel & Starck* zuvor beste Quoten und Kritiken gebracht hatte. Die Politserie jedoch scheiterte und wurde nach der ersten Staffel eingestellt. Selbst Dieter Wedel, Urgestein der gehobenen deutschen Fernsehunterhaltung, hatte 2002 angesichts des ausbleibenden Erfolgs seines Sechsteilers *Die Affäre Semmeling* (ZDF) verzweifelt ausgerufen: „So schlechte Quoten hatte ich noch nie!“ Sind das alles Zufälle?

Ein Kenner und Insider der Fernsehbranche, *Stromberg*-Autor Ralf Husmann, sieht das anders. Auf einer Tagung sagte er: „Politik mag der deutsche Zuschauer nicht [...]. Alle Sachen, die man in Berlin toll findet, will in Bielefeld kein Mensch sehen. In Bielefeld bekommen die Nonnen ein Millionenpublikum“⁴¹. Mit den „Nonnen“ sind die Hauptfiguren der ARD-Erfolgsserie *Um Himmels Willen* gemeint, die seit 2002 in nunmehr schon 15 Staffeln zuverlässig bei den Zuschauern punktet. Obwohl diese Serie keine Politserie im engeren Sinne darstellt, ist sie doch durchaus politisch dimensioniert, weil sie nach dem Muster von *Don Camillo und Peppone* auf humorvolle Weise den vielfältigen Kampf zwischen einem Dorfbürgermeister und der Leiterin eines Nonnenklosters in Szene setzt. Der Bürgermeister ist hier freilich kein Kommunist, sondern ein unideologischer Filou, der mit allen Tricks versucht, seine Machtinteressen durchzusetzen. Warum aber sind die Nonnen in Bielefeld und anderswo trotz der politischen Zutaten so erfolgreich? Vermutlich, weil die politischen Zutaten eben doch im Hintergrund bleiben und das tragende Gerüst der Serie aus den komödiantisch-menschelnden Gefechten zwischen Bürgermeister und Klosterleitung besteht. Das funktioniert so auch ähnlich in den vielen Anwalts-, Arzt- und Familienserien, die das deutsche Publikum begeistern.

Ralf Husmanns These, das deutsche Publikum goutiere in seinen Unterhaltungsformaten einfach keine Politik, wird übrigens durch ein weiteres Faktum gestützt. Auch die internationalen Großserien wie *House of Cards*, *Scandal* oder *Borgen* wurden in Deutschland nur von kleinen Publikumsgruppen verfolgt. Während das Feuilleton diese Produktionen feierte, sah das Gros der Zuschauer eher weg. Ist also hierzulande noch immer der „unpolitische Deutsche“ präsent, der sich nicht

einmal in der unterhaltsamen Verpackung des Amüsierbetriebs mit politischen Inhalten beschäftigen möchte? Solche Schlussfolgerungen sind vorschnell, wenn man den Blick auf eine andere Erfolgssparte des deutschen Fernsehens richtet.

Politik im Fernsehkrimi: couragierte Aufklärer gegen korrupte Machtpolitiker

Noch bessere Reichweiten als Anwalts-, Arzt- und Familienserien nämlich erzielen Krimis, gleich ob als Serie, Reihe oder Einzelfilm. Besondere Quotenbringer sind die Krimiformate in der Primetime, vor allem der *Tatort* im Ersten und die Samstagkrimis im ZDF. *Tatort*-Folgen sind hinter den großen Sportevents im deutschen TV-Programm jeweils die reichweitenstärksten Sendungen (so 2016 eine Münsteraner Folge mit 13,31 Mio. Zuschauern).

Nun enthält der übliche Fernsehkrimi aufgrund seiner Erzählstruktur ohnehin schon eine zutiefst politische Botschaft. Am Beginn steht mit einem Kapitalverbrechen jeweils eine Störung der gesellschaftlichen Ordnung. Diese Störung wird durch Ermittler als Vertreter des Staates bearbeitet und am Ende meist durch die Aufklärung des Falles behoben. Die Polizei als Institution erscheint funktionsfähig, das staatliche Gewaltmonopol wird immer wieder aufs Neue legitimiert. Diese trostreiche Erzählung von der Störung und Wiederherstellung der gesellschaftlichen Ordnung war schon früh in der deutschen Medienkultur populär. Nach den *Stahlnetz*-Krimis der ARD in den 1950er- und 1960er-Jahren waren es Vaterfiguren wie Kommissar Keller (*Der Kommissar*, 1969–1976) oder Stephan Derrick (*Derrick*, ZDF, 1974–1998), die nach dem politisch-kulturellen Bruch von 1945 das Vertrauen in den Staat wieder herstellten. Selbst das unkonventionell-respektlos agierende Ruhrpott-Original Horst Schimanski (WDR-*Tatort*, 1981–2013) war und blieb bei allem Proleten-Charme doch Polizist und damit ein Vertreter des Staates. Schimanski machte die Bahn frei für spätere Generationen von *Tatort*- und ZDF-Krimi-Kommissaren, die sich nicht als Befehlsempfänger in einer behördlichen Hierarchie definiert haben, sondern als eigensinnige Kämpfer für das Recht sowie mitunter auch für eine jenseits des Rechts liegende Gerechtigkeit. Die Fernseh-Kriminalisten heute sind unbequem und ungehorsam, verstehen sich als couragierte Aufklärer nicht nur von Kriminalfällen, sondern auch im Hinblick auf soziale und politische Missstände. Insofern sind sie Kinder jener „Partizipationsrevolution“, die Sozialwissenschaftler für das Deutschland der 1970er- und 1980er-Jahre diagnostiziert haben und im Zuge derer die früheren „Untertanen“ zu akti-

ven, kritischen, protestierenden und mitunter auch zivil ungehorsamen Bürgern geworden sind.

Die politischen Akteure in gegenwärtigen Krimiproduktionen sind demgegenüber meist Vertreter des Typus „Machtpolitiker“, teilweise auch „Realpolitiker“ mit einem Hang zum Werteverlust. Politiker im deutschen Fernsehkrimi, das sind „die da oben“, die sich um Karrieren und Einkünfte, um Seilschaften und Spezis kümmern, aber nicht um das Gemeinwohl. Es sind korrupte Akteure, die auf den Hinterbühnen der Macht ihre Deals mit anderen Politikern oder auch mit Wirtschaftsbossen aushandeln und dabei im Zweifelsfall über Leichen gehen – ein sehr negatives Bild, das geradezu Trostlosigkeit verbreiten würde, wenn es nicht die gerade beschriebenen couragierten Aufklärer gäbe, die den düsteren Politgestalten das Leben schwer machen. Die mutigen Kriminalbeamten, die Skandale in der Umwelt-, Wirtschafts- und Verteidigungspolitik aufdecken, bleiben zwar oft desillusioniert zurück und können die bestehenden Verhältnisse nicht grundsätzlich ändern. Aber sie zeigen, dass es sich gleichwohl lohnt, hartnäckig Widerstand gegen die Machenschaften der Machtpolitiker zu leisten. Sie zeigen, dass die Polizei als staatliche Institution funktioniert, auch wenn es innerhalb der Behörden mitunter ebenfalls korrupte und inkompetente Vorgesetzte gibt. Sie stehen für das Gute im Angesicht des machtpolitischen Bösen und verhindern damit gleichsam, dass sich aus dem negativen Bild von politischen Akteuren bei den Zuschauern eine fundamental systemkritische Sicht entwickelt. Die Guten sind ebenso Teil des Systems wie die Bösen, daher wird das System insgesamt hier nicht in Frage gestellt.

Besonders scharf konturierte Beispiele für diese in der deutschen Medienkultur weitverbreitete Konstellation finden sich in der ZDF-Reihe *Unter Verdacht* (seit 2002). Hier spielt Senta Berger die Figur der Eva-Maria Prohacek, eine interne Ermittlerin im Polizeiapparat, die es immer wieder mit korrupten Politikern zu tun bekommt. Diese werden oft gedeckt durch Prohaceks Vorgesetzten Dr. Claus Reiter, der stets auf eigene Karrierevorteile bedacht ist und sich daher gern nach oben hin servil zeigt. Sichtbar wird jeweils das Spiel von bayerischen Amigo-Seilschaften mit Intrigen in der hohen Landespolitik ebenso wie mit Vorteilsnahmen in den Niederungen von Kommunalpolitikern und Behördenvorstehern (so etwa in den Folgen *Betongold* [2016], und *Das Blut der Erde* [2013]). In der Episode *Ein neues Leben* (2006) kam es sogar zu einer großen Verschwörungsgemeinschaft von bayerischem Wirtschaftsministerium, Luftfahrtindustrie und amerikanischem Geheimdienst. Entscheidend aber ist: Eva-Maria

Prohacek bleibt unbeirrt widerständig und lässt so lange nicht locker, bis die skandalösen Zustände aufgedeckt sind.

Warum aber werden die politischen Akteure im Krimi so gern als machtbesessene Schurken konstruiert? Darauf lassen sich zwei plausible Teilantworten finden. Die eine lautet, dass die Mehrzahl der Drehbuchautoren aus einer linksliberalen Weltanschauung heraus den kritischen Blick auf „die da oben“ pflegt und als politische Stellungnahme in den öffentlichen Diskurs der Gesellschaft einbringen möchte. Ein *Tatort* mit einer Reichweite von 10 Mio. Zuschauern stellt ein einflussreiches Sprachrohr für politische Meinungen dar. Die zweite Teilantwort ist eher formal-ästhetisch dimensioniert: Ein Krimi braucht dramaturgisch nicht nur Täter im Vordergrund, sondern auch Strippenzieher im Hintergrund. Politiker, deren Hinterbühne der Erfahrungswelt der meisten Bürger und Zuschauer sehr fernliegt, bieten sich für solche Rollen geradezu an. Das Misstrauen gegen die Mächtigen wird also auch aus erzählerischen Gründen befeuert.

Nun gehen politische Akteure angesichts ihrer fiktionalen Medienbilder aber nicht nur in eine Reflexionshaltung, wie zu Beginn des Artikels für die Veranstaltung im Deutschen Bundestag geschildert. Sie protestieren auch lautstark öffentlich, wenn sie sich falsch gezeichnet sehen. So geschehen etwa aus Anlass der *Tatort*-Folge *Der Inder* (SWR), ausgestrahlt am 21. Juni 2015. Das Drehbuch hatte hier die realen Geschehnisse um das Projekt „Stuttgart 21“ zum Hintergrund eines Kriminalfalles gemacht. Korrupte Politiker, die mit unseriösen Investoren mauscheln, traten ebenso auf wie gewaltbereite Wutbürger. Real existierende politische Akteure, etwa der Stuttgarter Oberbürgermeister Fritz Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen) oder der CDU-Abgeordnete Reinhard Löffler nahmen unverzüglich in der Presse Stellung mit der Behauptung, das fiktionale Szenario habe mit der politischen Wirklichkeit nicht viel zu tun („Rhein-Neckar-Zeitung“ vom 23.06.2015). Spannend war dann, dass Zuschauer dies durchaus anders sahen. So hieß es in einem Onlinekommentar zu dem Artikel sarkastisch: „Genau so läuft es doch: Die dargestellte Fiktion ist Realität. Finanzstrategen haben das alleinige Sagen und dadurch bestimmen auch sie allein, was letztendlich wie gemacht wird (und ob überhaupt), korrupte Politiker putschen sich gnadenlos an die Macht (um dadurch noch besser Pöstchen verteilen zu können), während sich das gedopte Volk das Ganze völlig wolkenumnebelt baff in der Röhre anguckt und/oder ansonsten seine überschüssige Energie (falls überhaupt noch vorhanden) in völlig unnützen Straßendemos entlädt (weil ja schon längst alles beschlossene Sache ist); aber, schlussendlich geht ja alle Macht vom Volk aus, oder etwa nicht ...?!“ Und ein

anderer Leser schrieb zu den im Artikel zitierten Protesten der Politiker: „Unglaublich! Da läuft im TV ein Krimi und (getroffene?) Politiker aller Couleur fangen laut das Bellen an.“²⁴

Diese Äußerungen sind nicht repräsentativ. Aber sie zeigen – durchaus übereinstimmend mit den Befunden der Wirkungsforschung –, dass negative Politikbilder in fiktionalen Fernsehformaten so etwas wie Politikerverdrossenheit bei den Bürgern verstärken können.

Anmerkungen:

1 Husmann, R. In: Sueddeutsche Zeitung online, 16.04.2016. Abrufbar unter: <http://www.sueddeutsche.de/medien/politische-tv-serien-das-geht-in-deutschland-nicht-1.1937707>

2 Muschel, R.: *Stuttgarter S21-Tatort: Politiker distanzieren sich*. In: Rhein-Neckar-Zeitung, 23.06.2015. Abrufbar unter: http://www.rnz.de/politik/suedwest_artikel,-Stuttgarter-S21-Tatort-Politiker-distanzieren-sich-_arid,107144.html

Dr. Andreas Dörner ist Professor für Medienwissenschaft mit dem Schwerpunkt „Fernsehen“ an der Philipps-Universität Marburg. Er untersucht das Fernsehen als politisches Medium und insbesondere die Formen und Funktionen der Selbst- und Fremdszenierung politischer Akteure.



Die fünfte Gewalt: das Kino

Werner C. Barg

Der Kinospielfilm, vornehmlich als sogenannter „Politthriller“, hat seit den 1960er-Jahren in den westlichen Ländern mitgeholfen, ein Massenpublikum für demokratisches Bewusstsein zu sensibilisieren, den Prozess der Gewaltenteilung transparenter zu machen und ihn in der fiktionalen Zuspitzung authentischer Ereignisse für die Vermittlung politischer Botschaften zu nutzen.

Vorbemerkung: Gewaltenteilung in der Medien- demokratie

„Checks and Balances“ heißt die Zauberformel, mit der im demokratischen Rechtsstaat den Aktionen auch der Mächtigsten der Mächtigen Einhalt geboten werden kann. In der über Jahrhunderte gewachsenen Demokratie der USA kann man derzeit beobachten, was geschieht, wenn das Prinzip von „Checks and Balances“ funktioniert. Nun schon zum zweiten Mal wurde der „Muslim-Bann“ von Präsident Donald Trump durch US-Bundesrichter gestoppt und damit vorerst ein Einreiseverbot für Bürger aus immerhin noch sechs mehrheitlich muslimischen Ländern abgewendet.

Die Judikative (Justiz) kontrolliert die Legislative (Parlament) und die Exekutive (Regierung), wobei alle drei Gewalten unabhängig voneinander arbeiten und speziell Legislative und Judikative letztlich gegenüber den Regierenden auch Kontrollfunktionen ausüben. Auf diesen Grundsätzen der Gewaltenteilung, wie sie einst der französische Staatstheoretiker Montesquieu (Lepenies 2010) als einer der Wegbereiter der Französischen Revolution erdacht hatte, basieren letztlich alle Verfassungen westlicher Demokratien, wodurch sie u. a. die unveräußerlichen Menschenrechte ihrer Bürger garantieren können.

Die klassische Gewaltenteilung korrespondiert in modernen Industriegesellschaften mit einer vierten Gewalt, den Medien. Besonders tagesaktuelle Nachrichtenmedien in Print, Internet und TV erfüllen in der Mediendemokratie heutzutage wichtige Kontrollfunktionen der drei staatlichen Gewalten, besonders im Spannungsfeld zwischen Politik, Wirtschaftslobbys und Geheimdiensten.

Für diese Kritik- und Kontrollfunktion der Nachrichtenmedien spielt deren erzählerische Aufarbeitung in massenwirksamen Kinofilmen eine besondere Rolle. Daher wird das Kino im Chor der demokratischen Gewaltenteilung hier als fünfte Gewalt bezeichnet. An einigen Beispielen aus der jüngeren Kinogeschichte soll die Funktion des Kinos, dem Publikum immer wieder das Prinzip von „Checks and Balances“ vor Augen zu führen, veranschaulicht werden.

Richter und Anwälte als Filmhelden

1969 kommt ein Film in die westdeutschen Kinos, der das politische Bewusstsein und das demokratische Verständnis besonders der jungen Generation nicht nur in der Bundesrepublik nachhaltig prägte: *Z* des griechisch-französischen Regisseurs Constantin Costa-Gavras wurde mit 4 Mio. Zuschauern auch in Frankreich ein riesiger Kinoerfolg. In den USA avancierte *Z* zu den Top Ten der meistgesehenen Filme des Jahres. Er erhielt Oscars in den Kategorien „Bester fremdsprachiger Film“ sowie „Bester Schnitt“.

Der Film erzählt gerade auch durch seine rasanten Montagen die authentische Geschichte der Ermordung des pazifistischen linken Politikers Lambrakis 1963 in Thessaloniki und deren Aufklärung durch den Untersuchungsrichter Christos Sartzetakis packend und mitreißend nach.

Der Untersuchungsrichter, gespielt von Jean-Louis Trintignant, wird in *Z* als durchaus konservativer, nicht linker, aber liberaler Demokrat charakterisiert. Als solcher entwickelt er sich im Laufe der Filmhandlung zum Helden der Geschichte, der viele Identifikationsangebote für den Zuschauer bereithält, weil er – obwohl von seinen Vorgesetzten behindert,



Z

gewarnt und bedroht – seine Aufgabe ernst nimmt und den als Verkehrsunfall getarnten Mord an dem von Yves Montand verkörperten Politiker konsequent aufklärt. Die Figur des Richters bemerkt rasch, dass alle Aussagen der vermeintlich am Unfall Beteiligten bis in einzelne Formulierungen abgesprochen sind. Zeugen, die zu einem Mordkomplott vor dem Untersuchungsausschuss aussagen wollten, werden überfallen. Schließlich gelingt es ihm durch geschickte rhetorische Tricks, einzelnen Zeugen Aussagen zu entlocken, die die „Unfallbeteiligten“ als Mitglieder einer rechtsradikalen royalistischen Sammlungsbewegung enttarnen, die eng mit höchsten Kreisen in Polizei und Militär vernetzt sind, von denen das Mordkomplott gegen den Politiker ausging.

Mit den publikumswirksamen Mitteln des Thrillers sensibilisiert Regisseur Costa-Gavras den Zuschauer für das hohe Gut der Kontrollfunktion der Judikative in einem demokratischen Rechtsstaat und zeigt den Untersuchungsrichter als aufrechten Helden in einem „Schattenstaat“ (WDR 2014), in dem hinter der Fassade der Demokratie antidemokratische Kräfte in Polizei, Militär und Justiz bereits eng miteinander vernetzt sind, um die Gesellschaft in eine Diktatur royalistischer Faschisten zu verwandeln.

Nur ganz am Ende stellt der Film durch das Nebeneinandersetzen von Schauspielerbildern mit den Fotos der echten Beteiligten in Split Screens einen Bezug zum authentischen Fall her. Die spätere Nichtverurteilung der Hintermänner des Mordkomplotts und die Amtsenthebung des Untersuchungsrichters verschweigt der Film gleichfalls, nicht ohne allerdings explizit auf die griechische Situation, die Zerstörung des

Rechtsstaates nach dem Putsch rechtsgerichteter Militärs in Griechenland 1967, Bezug zu nehmen.

Der Film löste eine weltweite Protestwelle gegen die griechische Militärjunta aus und half mit, die Freilassung von Mikis Theodorakis, der aus seiner Verbannung heraus die Musik für *Z* komponiert hatte, sowie des mittlerweile auch inhaftierten Untersuchungsrichters zu erreichen. Dessen Popularität war auch aufgrund von *Z* so groß, dass Christos Sartzetakis 1985, elf Jahre nach dem Ende der Militärdiktatur, griechischer Staatspräsident wurde (vgl. „Der Spiegel“, 1987).

Im US-Kino war es das Genre des Gerichtsfilm, das besonders Anwälte als Bewahrer demokratischer Grundrechte und Kämpfer gegen Diskriminierung inszenierte.

Legendär wurde besonders die Verkörperung des Staatsanwalts Jim Garrison durch Kevin Costner in *JFK – Tatort Dallas*, in dem Regisseur Oliver Stone anhand der authentischen Recherchen von Garrison, dem Bezirksstaatsanwalt von New Orleans, 1991 seine Version der Hintergründe des Attentats auf US-Präsident John F. Kennedy präsentierte.

Stones Film zeigt mit visueller Wucht und dramatischer Zuspitzung des Thrillergenres die Judikative als notwendige und wichtige Kontroll- und Kritikinstanz der bisherigen staatlichen Nachforschungen zur Ermordung des US-Präsidenten in Dallas 1963, die den Attentäter Lee Harvey Oswald als Einzeltäter identifizierten, während Garrison Indizien für eine Staatsverschwörung glaubte vorlegen zu können.

Dass sich Stone in seiner filmischen Darstellung auch wieder – ähnlich der Dramaturgie von *Z* – einer komplexen Rückblendenstruktur mit raffinierten Montagen von fiktiven Spiel-



Under Fire

szenen und dokumentarischen Aufnahmen in z. T. umstrittenen computergestützten Bildmanipulationen (Barg 2016) bediente, bestätigt zudem die hohe Bedeutung des Costa-Gavras-Films von 1969 als „Mutter aller Politthriller“ und maßgeblicher Begründer des Kinos als fünfte Gewalt der demokratischen Gewaltenteilung.

Das Dilemma des Reporters

Eine direkte intertextuelle Referenz zu *Z* findet sich auch in dem US-Politthriller *Under Fire* (1983), den Regisseur Roger Spottiswoode im Milieu von US-Auslandsreportern ansiedelt und maßgeblich vor dem politischen Hintergrund der sandinistischen Revolution gegen den von den USA unterstützten Diktator Somoza in Nicaragua spielen lässt. Der Bezug zu *Z* ergibt sich hier durch die Besetzung des zwielichtigen französischen Agenten Marcel Jazy mit Jean-Louis Trintignant.

In *Z* nutzte Trintignant als Untersuchungsrichter die Recherchen eines Bildreporters, um die Mitglieder einer rechts-extremen Organisation zu identifizieren. Dass der Bildreporter die Unabhängigkeit seiner Arbeit gegenüber der Judikative aufgibt, wird in *Z* – durchaus ein Manko – schlicht positiv bewertet, während in *Under Fire* die Aufhebung der Gewaltenteilung, hier zwischen Medien und Geheimdiensten, kritisch hinterfragt wird. Bildreporter Russell Price (Nick Nolte) muss feststellen, dass Agent Jazy (Trintignant) seine Fotos nutzte, um Sympathisanten der Sandinisten zu identifizieren. Diese Informationen gab er an Somoza weiter, dessen Soldaten dann die betreffenden Personen gezielt liquidierten. Heraushalten

oder Einmischen – das Dilemma des Reporters wird zum zentralen Thema in *Under Fire*. Der Film von Spottiswoode ist ein exzellentes Beispiel, das zeigt, wie der publikumswirksame Kinofilm nicht nur das Prinzip demokratischer Gewaltenteilung transparent machen, sondern auch deren Verwischung kritisch hinterfragen kann.

Under Fire benennt aber auch bereits die zweite bedeutsame Quelle, aus der sich die fünfte Gewalt des Kinos speisen kann: die Darstellung des kritischen (investigativen) Journalismus im Film.

Investigativer Journalismus im Film

Auch für die Bewusstmachung der Bedeutung einer freien Presse für den demokratischen Diskurs gibt es einen Schlüsselfilm: *Die Unbestechlichen* (*All the President's Men*, 1976) zeichnet in der Regie von Alan J. Pakula die fast zweijährigen Recherchen von Carl Bernstein und Bob Woodward nach. Die beiden Journalisten der „Washington Post“ lösten mit ihrer Enthüllung einer Verstrickung von US-Präsident Richard Nixon in einen Einbruch in die Zentrale der Demokratischen Partei während des Präsidentschaftswahlkampfes 1972 den Watergate-Skandal aus. Er führte 1974 zum Rücktritt von Präsident Nixon, der damit einem Amtsenthebungsverfahren zuvorkam.

In dem von Kameramann Gordon Willis überstrahlend hell und tiefscharf ausgeleuchtete Großraumbüro der Redaktion steigen die beiden Journalisten immer tiefer in das Dunkel der politischen Intrige hinab. Minutiös stellt Regisseur Pakula



© picture alliance/Keystone

Die Unbestechlichen

die mühevollen Kleinarbeit dar, die die Praxis des investigativen Journalismus mit sich bringt: Fakten recherchieren, Zeugen befragen, Fakten gegenchecken und verifizieren oder falsifizieren. In über zwei Filmstunden begleitet der Zuschauer die beiden mit Dustin Hoffman und Robert Redford starbesetzten Journalisten auf ihren Wegen und Irrwegen, bis sie schließlich die Wahrheit auch mit der Hilfe eines Whistleblowers namens „Deep Throat“ ans Licht bringen können.

Fast 40 Jahre später greift der Schauspieler und Regisseur Tom McCarthy den fast semidokumentarischen Erzählstil von Alan J. Pakula in seinem oscarprämiierten Film *Spotlight* (2015) wieder auf. Auch hier stehen investigative Journalisten im Mittelpunkt des Geschehens. Sie arbeiten für die Tageszeitung „The Boston Globe“ und decken im Jahr 2002 durch eine einjährige, dezidiert geführte Recherchearbeit den systematischen sexuellen Missbrauch von Kindern in der Katholischen Kirchengemeinde Bostons auf. Die Enthüllungen halfen mit, den Missbrauchsskandal innerhalb der Katholischen Kirche in vielen Ländern der Welt, u. a. auch in Deutschland aufzuklären.

Spotlight und *Die Unbestechlichen* sind exzellente Beispiele dafür, wie die filmische Darstellung des investigativen Journalismus im Kino als fünfte Gewalt die Kontrollfunktion der Nachrichtenmedien als vierte Gewalt für ein Massenpublikum sichtbar macht, wobei nicht immer nur politische Vorgänge, sondern auch soziale und gesellschaftliche Missstände in den Fokus der Journalisten rücken können, die durch ihre Ermittlungen die Dynamik des demokratischen Diskurses antreiben.

Literatur:

Barg, W.: *Wag the film – Wirkstrategien computergestützter Bildmanipulation im Kinofilm.* In: M. Wedel (Hrsg.): *Special Effects in der Wahrnehmung des Publikums.* Wiesbaden 2016

Der Spiegel: *Erster Widerständler.* 16.02.1987. Abrufbar unter: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13522400.html> (letzter Zugriff: 20.03.2017)

Lepenius, W.: *Montesquieu – Franzose, Aufklärer, Weltbürger.* In: *Die Welt*, 20.07.2010

Westdeutscher Rundfunk (WDR): *14. November 1969 – Deutsche Erstaufführung von „Z“.* 14.11.2014. Abrufbar unter: <http://www1.wdr.de/stichtag/stichtag8730.html> (letzter Zugriff: 20.03.2017)

Dr. Werner C. Barg ist Autor, Produzent und Dramaturg. Außerdem ist er Regisseur von Kurz- und Dokumentarfilmen. An der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (MLU) vertritt er in der Abteilung für Medien- und Kommunikationswissenschaft des Instituts für Musik, Medien- und Sprachwissenschaften die Professur „Audiovisuelle Medien“.



Manchmal hilft die Alltagsbrille

Kolumne von Klaus-Dieter Felsmann

Am Samstagnachmittag, noch gibt es so etwas wie einen Rumpfspieltag der Fußballbundesliga, zerfällt mein Dorf hörbar in Fraktionen. Schießt Bayern ein Tor, jubelt es dort, gelingt Dortmund ein Treffer, wird es in einer anderen Ecke laut, und selbst bei Bremer Erfolgen gibt es noch eine wahrnehmbare akustische Resonanz. Die Vorlieben haben sich über Generationen herausgebildet, in Werkstätten, Partykellern und Garagen finden sich entsprechende Devotionalienecken, die von den Vätern auf die Söhne vererbt werden. Schon zu Zeiten, als man noch in LPG-Kollektiven wirtschaftete oder mit dem Pionierhalstuch zum regelmäßigen Fahnenappell marschierte, war das so. Entweder Bundesliga oder Traktor Quappendorf, dazwischen gab es nur wenig.

Mit der aktuellen Saison haben sich in den dörflichen Fußballsound bemerkenswerte Zwischentöne eingeschlichen. Immer wenn RB Leipzig durch fulminantes Spiel gewohnte Hierarchien aufbricht, entfaltet sich anschwellend ein übergreifendes wohlwollendes Raunen im Ort. In einer Region, wo der Sachse a priori skeptisch gesehen wird, will das etwas heißen. Dabei könnte man – eingebettet in medialem Mainstream – so schön alte Vorurteile pflegen. Der Aufsteiger von der Pleiße gilt wegen der Alimentierung

durch einen österreichischen Brausefabrikanten nicht nur unter den Fans altingesessener Vereine als „Aussätziger“ der Bundesliga. Unter dem Standardmotto seiner Kolumne: „Der gesunde Menschenverstand“ ließ sich selbst „Spiegel“-Autor Markus Feldenkirchen dahingehend vernehmen, dass allein die Existenz von RB Leipzig eine Unverschämtheit sei. Worauf gründet sich solcherlei „gesunder Menschenverstand“? Gerade im Spitzenfußball ist heutzutage willkürliche Kommerzschelte reichlich scheinheilig. Bezahlen die Bayern die dort üblichen exorbitanten Transfersummen und Spielergehälter etwa mit den Einnahmen an den Kassenhäuschen oder dem Verkauf von Weißwürsten? Und was könnte noch kapitalistischer sein als eine Kommanditgesellschaft auf Aktien, durch die Borussia Dortmund getragen wird?

Für derlei journalistische Mäkeleien hinsichtlich betriebswirtschaftlich ausgerichteter Strukturen innerhalb des Spitzensports bringen die erfahrenen Nutzer des Sky-Sportkanals in meiner Landgemeinde nur ein müdes Lächeln auf. Wer hat sich aufgeregt, als der Mentor der Auferstehung des Leipziger Fußballs zum allgemeinen Wohlgefallen Sebastian Vettel zu Weltmeistertiteln in der Formel 1 verhalf? Hat sich etwa jemand beschwert,

weil der Getränkehersteller – und nun lässt sich die Nennung des Namens nicht einmal mehr vermeiden – mit dem „EHC Red Bull München“ die bayerische Landeshauptstadt aus der Eishockey-Diaspora führte?

Unter Fachjournalisten wird das Leipziger Fußballphänomen, anders als bei Feldenkirchen, wesentlich nüchterner, ja, sogar mit einem gewissen Wohlwollen gesehen. Das war auch schon so, als vor einigen Jahren der Walldorfer Softwaremilliardär Dietmar Hopp die TSG 1899 Hoffenheim aus dem fußballerischen Nichts zu Bundesligaglanz hob. Von der Warte der Experten aus gesehen, bedeutete das Modell Hoffenheim für den modernen Fußball genauso eine Bereicherung wie nunmehr jenes in Leipzig. Natürlich ist damit eine recht deutliche Verschiebung von gewohnten Traditionslinien verbunden.

Fußball stellt eben, so wie er heute zelebriert wird, für gesellschaftliche Entwicklungen eine herausragende Projektionsfläche dar. Mit welcher weitreichenden Symbolkraft dieser Sport aufgeladen ist, weiß jeder seit dem Fußballwunder von Bern, als Deutschland in der Nachkriegszeit unerwartet den Weltmeistertitel gewann. Und das zeigen auch die Präferenzen meiner Nachbarn. Zu Zeiten, in

denen sie noch hinter der Mauer saßen, bedeutete die Identifikation mit einem Bundesligaverein nicht zuletzt das Gefühl der Zugehörigkeit zu einer größeren als der sie umgebenden Welt. Heute bedient ein Aufsteiger aus dem Osten auf andere Art neuerlich ganz subjektive Sehnsüchte. Nämlich die nach individuellem Aufstieg. Ebenso wie sich für diejenigen Fußballfreunde, die sich traditionell immer auf der Gewinnerseite wähnten, mit dem Aufkommen eines neuen Sterns Abstiegsängste einstellen. Ob Sehnsüchte oder Ängste, sie haben letztendlich mehr mit dem sonstigen Leben der Leute als mit dem Fußball zu tun.

Das alles ist für die Sportberichterstattung primär weniger von Bedeutung. Wenn Fußball aber in einen gesellschaftlichen Kontext gestellt wird, dann wäre es schon angebracht, solche Hintergründe mit zu bedenken. Eine „Spiegel“-Kolumne, für sich gesehen, ist bei entsprechenden Überlegungen vielleicht nicht allzu bedeutend. Zumal im recht großen Zustellbereich meiner Briefträgerin. Neben meinem Exemplar hat sie Woche für Woche jeweils immer nur noch eine Ausgabe für eine Schriftstellerwitwe und für eine pensionierte Pfarrerin in ihrem Korb. Doch nimmt man den Anspruch eines Leitmediums ernst und sieht dagegen den ganzen

Irrsinn, der im Internet gepostet wird, dann muss von dem klassischen Orientierungsmedium einfach auch in Neben dingen ein genauerer und vor allem differenzierterer Blick auf die Dinge des Alltags erwartet werden. So hat, alarmiert durch Trumps Wahlsieg, nicht nur die „New York Times“ betrübt feststellen müssen, dass man offenbar das Gefühl für die Hälfte der Menschen eines ganzen Landes verloren hat. Jetzt sucht man Korrespondenten für Werte und Glaubensfragen, die von der Provinz aus über die Provinz berichten.

Mit Beginn des neuen Jahrtausends wurden hierzulande unterhaltsam dargebotene Börsennachrichten zum festen Bestandteil medialer Grundversorgung. Für den Normalbürger hat das in etwa so viel Informationswert wie früher die Wasserstandsmeldungen über den Pegelstand deutscher Flüsse. Die Dauerberieselung mit DAX-Kurven macht aber jedem eindrücklich deutlich, wo sich der Nabel öffentlicher Aufmerksamkeit befindet. Gerade bin ich durch eine Versicherungsfachfrau in meiner Lokalzeitung darüber informiert worden, was bei Wildunfällen zu tun sei. Taucht ein Tier auf der Straße auf, dann lautet der Tipp eindeutig: draufhalten! Denn wenn man bei einem möglichen Unfall keine Wildschwein-

borsten am Kotflügel nachweisen kann, dann zählt das als eigenverschuldetes Malheur, was die Haftungsleistung der Versicherung herabsetzt. Mit mir konnte also jeder Leser lernen: An erster Stelle stehen wirtschaftliche Gesichtspunkte. Bei RB Leipzig ist das genauso. Entscheidend bleibt aber die Frage: Wie viel fällt am Ende für das Gemeinwohl ab? Dies mit der „Brille des Alltags“ und mit „gesundem Menschenverstand“ zu erforschen und zu vermitteln, ist eine spannende wiewohl wichtige Aufgabe der Medien in einer demokratischen Gesellschaft.

Klaus-Dieter Felsmann
ist freier Publizist, Medien-
berater und Moderator
sowie Prüfer bei der
Freiwilligen Selbstkontrolle
Fernsehen (FSF).



Panorama 02/2017

Presserat präzisiert Diskriminierungsschutz

Der Deutsche Presserat hat die eigenständige Verantwortung der Medien beim Diskriminierungsschutz bekräftigt. Eine entsprechende Neufassung der Regeln für die Kriminalitätsberichterstattung hat das Plenum des Presserates Ende März 2017 beschlossen. Demnach habe die Presse darauf zu achten, dass die Berichterstattung über das Fehlverhalten Einzelner nicht diskriminierende Verallgemeinerungen fördert. Es sei die Pflicht von Redaktionen, stets sorgfältig zu prüfen, ob die Erwähnung der Herkunft von Tätern durch ein öffentliches Interesse gerechtfertigt sei. Bloße Neugier sei kein brauchbarer Maßstab für presseethisch verantwortliche Abwägungsentscheidungen. In Kürze will der Presserat Leitsätze veröffentlichen, die die praktische Richtlinie in den Redaktionen erleichtern sollen.

Die neue *Richtlinie 12.1 – Berichterstattung über Straftaten* lautet wie folgt:

„In der Berichterstattung über Straftaten ist darauf zu achten, dass die Erwähnung der Zugehörigkeit der Verdächtigen oder Täter zu ethnischen, religiösen oder anderen Minderheiten nicht zu einer diskriminierenden Verallgemeinerung individuellen Fehlverhaltens führt. Die Zugehörigkeit soll in der Regel nicht erwähnt werden, es sei denn, es besteht ein begründetes öffentliches Interesse. Besonders ist zu beachten, dass die Erwähnung Vorurteile gegenüber Minderheiten schüren könnte.“

ARD startet Portal *faktenfinder*

Mit dem neuen Onlineportal *faktenfinder* will die ARD zur Aufdeckung von Fake News beitragen. Wie der Sender mitteilte, sei es Aufgabe von Medien und Journalisten, über Fake News aufzuklären. Der Kampf gegen Falschmeldungen und Desinformation lasse sich nicht nur durch Gesetze gewinnen. Das Portal verstehe sich als Knotenpunkt im ARD-Netzwerk, um Phänomene wie politische Propaganda, Gerüchte, Lügen und Halbwahrheiten im Netz zu sammeln. Man wolle auch der Frage nachgehen, warum Fake News ein derart großes Thema geworden seien, und diskutieren, was Nutzer selbst dagegen tun können.



© Bremische Landesmedienanstalt

Vierte Amtsperiode: KJM konstituiert sich neu

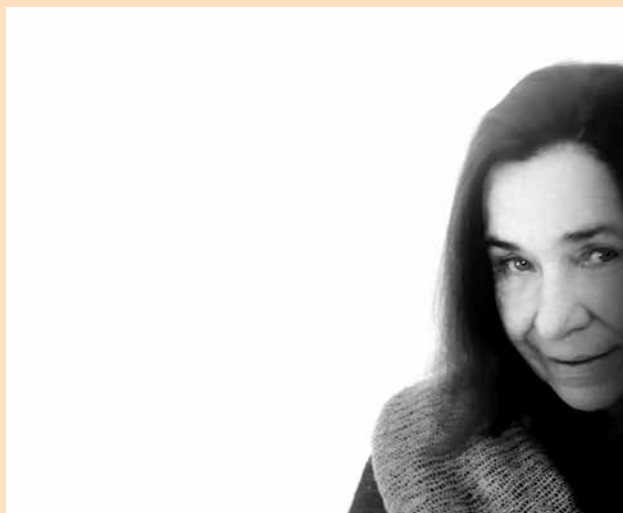
Die Kommission für Jugendmedienschutz (KJM) hat zu Beginn der vierten Amtsperiode eine neue Vorsitzende gewählt. Cornelia Holsten, Direktorin der Bremischen Landesmedienanstalt (brema) wurde in dieses Amt berufen.

„Der Jugendmedienschutz muss sich an den aktuellen Herausforderungen orientieren. Kinder und Jugendliche leben in der digitalen Welt und sind dort vielfältigen Risiken ausgesetzt. Hassreden im Netz, Pornos auf Twitter oder Werbevideos auf YouTube mit Kleinkindern, die sich an kleine Kinder richten, bilden dabei nur die Spitze des Eisberges. Das sind Themen, die ich mit der KJM in meiner Amtszeit anpacken möchte“, betonte die neue KJM-Vorsitzende anlässlich ihrer Wahl.

Als stellvertretende Vorsitzende wurden Renate Pepper, Direktorin der Landeszentrale für Medien und Kommunikation Rheinland-Pfalz (LMK), und Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), jeweils in ihrem Amt bestätigt.

Neue Onlineplattform *InfoMigrants*

Die Deutsche Welle (DW) hat in Kooperation mit dem französischen Auslandsrundfunk France Médias Monde und der italienischen Nachrichtenagentur ANSA ein neues Onlineangebot für Migranten und Flüchtlinge gestartet: *InfoMigrants* wolle Menschen, die über eine Flucht nach Europa nachdenken, die Gefahren der Reise und realistische Erwartungen an die europäischen Asylverfahren vermitteln. Neben Tagesnachrichten gehören auch Erfahrungsberichte von Flüchtlingen und Erklärstücke, wie etwa zu internationalen Vereinbarungen, zum Angebot. Die Onlineplattform auf Englisch, Französisch und Arabisch richte sich vor allem an Menschen in Subsahara-Afrika, dem Nahen Osten sowie Afghanistan und Pakistan.



Nachruf

Elke Baur (1942–2017)

Elke Baur war eine Kämpferin und ein freier Geist. Als ich sie 1977 kennenlernte, kämpfte sie an der Freien Universität Berlin gegen die Dogmatiker, die sich in parteipolitischen Querelen verloren. Zu dem Zeitpunkt hatte sie schon eine Karriere im öffentlich-rechtlichen Kinderfernsehen hinter sich, ein Buch zum Kinderfernsehen veröffentlicht (*Wenn Ernie mit der Maus in der Kiste rappelt*) und ein Experiment geleitet, das damals für Gesprächsstoff sorgte: *Vier Wochen ohne Fernsehen*. Von jeher reizte sie das Widerständige – gegen Patriarchen, gegen Funktionäre, gegen Nazis, gegen den Mainstream ... Das spiegelte sich auch in ihren Filmen, die sie seit den 1980er-Jahren mit der TIGER TV GmbH produzierte. Der Name kam nicht von ungefähr: Die Katzenliebhaberin Elke Baur hatte immer „Tiger“ in Haus und Garten – auch an den Katzen liebte sie das Widerständige. Schon früh kämpfte sie für die Rechte der Frauen in der Medienbranche – als Produzentin, als Vertreterin des Produzentenverbandes NRW, als Mitglied in den Ausschüssen der Freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft (FSK) und der Freiwilligen Selbstkontrolle Fernsehen (FSF). Nun hat Elke Baur ihren letzten Kampf verloren. Sie konnte ihn nicht gewinnen. Die deutsche Medienlandschaft und alle, die sie kannten, verlieren eine mutige Streiterin für eine gerechtere Welt.

Lothar Mikos

Das Porträt: Lorenz Engell

Alexander Grau

Prof. Dr. Lorenz Engell ist Medienphilosoph. Nach seinem Studium in Köln und einer Zwischenstation in Bochum wurde er 1993 an die damals sich noch Hochschule für Architektur und Bauwesen nennende heutige Bauhaus-Universität Weimar berufen. 2008 gründete er zusammen mit Bernhard Siegert das Internationale Kolleg für Kulturtechnikforschung und Medienphilosophie (IKKM). In seinen Arbeiten befasst er sich vor allem mit dem inzwischen als Traditionsmedium geltenden Fernsehen, mit Filmgeschichte und dem Phänomen der medienübergreifenden Serialität.



Das Internationale Kolleg für Kulturtechnikforschung und Medienphilosophie, kurz IKKM genannt, residiert in einem monumentalen, dreigeschossigen Bau im charakteristischen Stil des Deutschen Werkbundes der 1910er-Jahre.

Erbaut hat das imposante Gebäude Henry van de Velde für den Grafen Friedrich Dürckheim-Montmartin. Ab Ende der 1920er-Jahre diente die Villa dann als Verwaltungsgebäude. 1945 zog dort die Rote Armee ein, das Haus wurde sowjetische Kommandantur und Sitz des Geheimdienstes, 1968 übernahm es das Ministerium für Staatssicherheit der DDR.

2008 bezog das IKKM seine heutigen Räume in dem ehemaligen Dürckheim-Palais. Und da wir an einer deutschen Hochschule sind, fällt das Interieur des Instituts deutlich unpektakulärer aus, als Fassade und Entree vermuten lassen.

Während wir uns setzen, berichtet Lorenz Engell von seinen ersten Jahren in Weimar, der dortigen Situation, dem alten Weimarer Bildungsbürgertum, das in der DDR überwintert hatte und den mit postmoderner Theorie vollgestopften jungen Westakademikern eher reserviert gegenüberstand.

„Inzwischen“, berichtet Engell, „spielt die geografische Herkunft aber keine Rolle mehr“. Wenn es Milieuunterschiede gebe, so seien die soziografischer Natur.

Engell ist, wie er selbst betont, „sozial gesehen, aber auch vom Temperament her Rheinländer“. Ab 1977 studierte er Theater-, Film- und Fernsehwissenschaft, Romanistik und Kunstgeschichte an der Universität zu Köln. Dort durchlief er auch die üblichen akademischen Qualifikationsstufen.

In seiner Promotionsschrift, erschienen unter dem Titel *Vom Widerspruch zur Langeweile*, unternahm er den damals noch exotischen Versuch, das Fernsehen mit philosophischen Mitteln anzugehen. „Im Rückblick“, so Engell selbstbewusst, „war das eine der ersten fernsehphilosophischen Arbeiten überhaupt.“

Fernsehen ist langweilig

Ihre Originalität gewinnt Engells Untersuchung dadurch, dass sie so ziemlich alle Vorurteile und Gewissheiten über das Fernsehen unterläuft – die der Fernsehkritiker und der Fernsehapologeten gleichermaßen im Übrigen.

Denn Fernsehen ist für Engell vor allem eines: langweilig. Und was langweilig ist, macht weder fett und dumm, noch kann es dem Erwerb irgendwelcher Kompetenzen, Fertigkeiten oder Wissensinhalte dienen. Fernsehen ist nur das sinnfreie Medium par excellence und alle Versuche, ihm irgendeinen Wert oder Unwert beizumessen, sind eine große Illusion.

Deutlich wird die subversive Stoßrichtung von Engells Arbeit schon in ihrer Prämisse. „Zunächst bin ich von der Annahme ausgegangen, dass die übliche Fernsehkritik richtig ist, dass Fernsehen also alogisch ist, widersprüchlich, Dinge behauptet, die man nicht behaupten kann usw.“, erklärt der Wissenschaftler. Im Umkehrschluss würde das bedeuten, dass das Fernsehen eine Alternative zum argumentativen, gegliederten, diskursiven und logischen Denken darstellt.

»Fernsehen ist gar nicht dafür gedacht, uns die Langeweile zu vertreiben. Es ist vielmehr dafür da, dass wir uns langweilen.«

Diese Überlegungen führten den jungen Wissenschaftler schließlich zur Zeitproblematik. „Denn Logik und Zeit hängen miteinander zusammen“, erläutert Engell. „Zwei Dinge schließen sich nur dann aus, wenn sie gleichzeitig sind. Nacheinander können auch zwei sich ausschließende Dinge passieren.“

Wer jedoch über Zeit nachdenkt und über Abfolge, der landet früher oder später bei dem Phänomen der Langeweile. Denn Langeweile ist gefühlter Stillstand, wo es eigentlich keinen Stillstand gibt und die Aufhebung der Zeit in der Zeit.

„Langeweile“, fasst Engell seine damalige These zusammen, „ist im Grunde der Gegenentwurf zum Sinndiktat“. Denn in unserem Lebensalltag sind wir dazu verflucht, dass alles Sinn machen soll. Dinge, Sachverhalte oder Handlungen müssen nicht nur zweckorientiert sein, sondern zudem auch sinnvoll, also in einem höheren Ganzen aufgehoben, sie müssen neue Perspektiven eröffnen, Einsichten und Kontexte ermöglichen.

Diesem Terror des Sinns entzieht sich nun das Fernsehen, denn: „Fernsehen ist langweilig.“ Das bedeutet: Alles verschwimmt in allem, die Zeithorizonte sind nicht strukturiert, Gegenwart, Vergangenheit und Zukunft sacken ineinander, alle Orientierung auf eine Sinnstruktur löst sich auf.

Doch genau diese Öde der totalen Amalgamierung und Auflösung setzt die Einsicht in die eigene Existenz frei. „Denn die Grundstruktur unserer Existenz“, erläutert der Medienwissenschaftler, „ist Zeitlichkeit.“ Indem das Fernsehen qua Langeweile alle Zeitstrukturen aufhebe, mache es den Blick frei auf uns selbst.

„Fernsehen ist gar nicht dafür gedacht, uns die Langeweile zu vertreiben“, fasst Engell zusammen. „Es ist vielmehr dafür da, dass wir uns langweilen. [...] Aber diese Erfahrung suchen wir, weil sie uns eine nicht verrechenbare, nicht zweckmäßige, nicht in Sinnzusammenhängen einzubindende Zeit liefert.“

Der Wissenschaftler verweist in diesem Zusammenhang auf die bekannte Studie des Soziologen Wolf Lepenies über *Melancholie und Gesellschaft*. Dort werden u. a. verschiedene Kulturen der Langeweile beschrieben, von der Antike bis zur Ennui des französischen Absolutismus.

Fernsehen ist vor diesem historischen Hintergrund Langeweile für die demokratische Massengesellschaft – oder wie Engell formuliert: „Langeweile für alle.“ Darauf zu schimpfen, hat für den Wissenschaftler keinen Sinn, da das Fernsehen hier eine spezifische gesellschaftliche und psychologische Funktion erfüllt.

»Kino funktioniert anders als Fernsehen. Kino ist *nicht* langweilig. Kino *macht* Sinn.«

Dem naheliegenden Einwand, das Heerscharen an Drehbuchautoren und Produzenten, die versuchen, das Fernsehen spannend und kurzweilig zu machen, doch unmöglich einer kollektiven Selbsttäuschung unterliegen könnten, begegnet Engell souverän:

„Dazu sind zwei Dinge zu sagen: Zum einen gibt es das Phänomen der Emergenz. Die Einzelintentionen werden im System aufgehoben. Zum anderen: Kurzweil *ist* Langeweile. Kurzweil heißt: vertreiben von Zeit. Kurzweil läuft sich tot. Kurzweil will immer noch mehr Kurzweil. Kurzweil hat sozusagen eine Suchtstruktur und bringt Langeweile hervor“.

Anders als große Kunst würde Fernsehen auch nicht zum Nachdenken anregen oder verstören. „All das macht ja Fernsehen nicht. Ich schalte es aus und bin nur ausgelagert.“

Kino als Sinnstiftung

Kurz nach seiner Promotion erhielt Engell – noch vor seiner Habilitation – überraschend eine Vertretungsprofessur an der Ruhr-Universität Bochum. Kurz vor Semesterbeginn war dort eine Kollegin ausgefallen und niemand zur Hand, um Filmwissenschaften zu unterrichten.

„Das war eine grandiose Erfahrung“, erzählt Engell mit spürbarer Begeisterung. „Ich war sehr jung, nicht einmal habilitiert und konnte plötzlich Vorlesungen und Seminare abhalten. Ich war zwar vor jeder einzelnen Veranstaltung wahn-sinnig aufgeregt, doch es hat unheimlichen Spaß gemacht.“

Aus einer seiner ersten Vorlesungen zur Filmgeschichte ging sein zweites Buch hervor: *Sinn und Industrie*.

„In meiner Vorlesung zur Filmgeschichte“, resümiert er, „habe ich an meine Überlegungen zum Fernsehen angeknüpft, sie allerdings umgedreht: Denn das Kino ist nicht das Fernsehen. Und Fernsehwissenschaft ist nicht die Kleinausgabe der Filmwissenschaft. Kino funktioniert anders als Fernsehen. Kino ist *nicht* langweilig. Kino *macht* Sinn. Das Fernsehen unterläuft das Sinndiktat, aber die Karriere des Kinos hängt an der Sinngeschichte der Moderne.“

Entsprechend entwickelte Engell in seinen Vorlesungen und dem aus ihnen hervorgegangenen Buch die Filmgeschichte als Herzstück moderner Sinnreflexion, beginnend mit der durch Industrialisierung, Urbanisierung, soziale Umwälzun-

gen und neue Zeitstrukturen ausgelösten Sinnkrise des Fin de Siècle. Die moderne Lebenswelt zerstörte die Erfahrung von Zusammenhang, die das traditionelle vormoderne Leben ausmachte, indem alles seinen Platz, seine Ordnung hatte und alles schon immer so gewesen war.

„Auf die Zerschlagung dieses Sinngefüges reagiert das Kino. Denn das Kino kann Sinnzusammenhänge sinnlich erlebbar machen. Was im Alltag der Menschen verloren gegangen ist, liefert das Kino. Hier gibt es einen Anfang und ein Ende, Ursache und Wirkung.“

Aus genau diesen Gründen hat sich, so Engell, der Spielfilm als Leitgenre des Kinos durchgesetzt – und nicht etwa die Dokumentation. Denn nur der Spielfilm liefert die nötigen narrativen Strukturen, die Sinn schaffen. Entsprechend wandelt sich der Spielfilm mit den Sinnbedürfnissen der jeweiligen Zeit, einschließlich der Kritik am Sinn, seiner Entlarvung als Schein, der Fragmentierung der Realität, des Versuchs, Menschen keinen Sinn vorzugaukeln, sondern die Zerrissenheit der Welt zu zeigen.

Das, so betont Engell, unterscheidet das Kino auch vom Theater, das seine große Zeit eben vor der Industrialisierung hatte und entsprechende Sinnangebote gar nicht machen musste. „Gerade das volkstümliche Theater funktionierte ja umgekehrt, es verunsicherte und konfrontierte den Zuschauer mit Alternativen, etwa in der Komödie oder Burleske.“ In gewisser Weise versuchte das traditionelle Theater, so wie es Jahrhunderte durch fahrende Bühnen präsentiert wurde, auf die Unwandelbarkeit zu reagieren, das Kino jedoch versucht, Sinn zu stiften, wo es keinen mehr gibt.

Entscheidend für Engell ist somit nicht nur die Narration selbst, sondern der historische Kontext und nicht zuletzt das Medium selbst. Entsprechend hat ein Kinofilm, der im Fernsehen ausgestrahlt wird, für ihn eine ganz andere Funktion. Indem der Spielfilm im Fernsehen ausgestrahlt wird, also in einem ganz anderen Programm- und Raumkontext, in einer anderen Rezeptionssituation, übernimmt er eine andere Funktion. Allerdings gesteht der Forscher zu: „Natürlich ist die Mediennutzung in den letzten 20 Jahren etwas komplizierter geworden. Wenn ich zu Hause eine DVD einlege, kann ich mich etwa vor dem Bildschirm sammeln wie in einem Kinosaal, ich kann sie aber auch wie Fernsehen konsumieren, in die Küche gehen, nebenbei etwas anderes machen usw.“

Serialität

Die eigentliche Revolution verortet Engell jedoch weniger in technischen Entwicklungen, in DVDs, Streamingdiensten und Digitalisierung, sondern im Aufbau des Seriellen, in der Renaissance der Serie.

Grundlage dafür sei, so Engell an den französischen Theoretiker Gilles Deleuze anknüpfend, dass sowohl Kino als auch Fernsehen Zeitmedien seien, also nicht nur eine gewisse Rezeptionsdauer für sich in Anspruch nehmen oder Zeit reflektieren würden – das könne auch die Malerei –, sondern dass Zeit ihr Medium sei.

Diese Affinität gegenüber der Zeit liegt nicht einmal in den Medien selbst, sondern zunächst in der Maschinerisierung, die ihnen zugrunde liegt. Entsprechend weist Engell darauf hin, dass die erste Maschine, die in der Lage war, etwas in Serie zu produzieren, Medien erzeugt hat – die Druckpresse Gutenbergs.

„Diese Serialität erhält dann mit der Industrialisierung einen gewaltigen Schub. Man stellt unglaubliche Mengen standardisierter Exemplare her, Tokens eines einzelnen Modells, die nicht unterscheidbar sind und denen man nicht ansieht, wann sie gefertigt wurden.“

Ist der klassische Sinn und Zweck der maschinisierten Produktion von Gutenbergs Druckerpresse bis zu Henry Fords Fließband, möglichst viele Dinge – Bücher etwa oder Autos – möglichst schnell im Raum zu verteilen, so ermöglichen die Medien Serialität in der Zeit.

Engell: „Das Interessante an dieser Entwicklung ist, dass mit den Fiktionen, also mit dem Fortsetzungsroman, dann mit dem Radio und schließlich mit dem Fernsehen, ein linearzeitliches Element ins Spiel kommt. Die Serialität beginnt, in der Zeit zu wirken. Und das Fernsehen ist der Ort, wo mehr als irgendwo sonst mit Formen der Serialität experimentiert werden kann.“

Der Grund für diese Offenheit liegt für Engell darin, dass das Fernsehen selbst flüchtig ist. „Fernsehen kann nichts aufbewahren. Es kann nur dasselbe immer noch mal machen.“

Das hat auch technikhistorische Gründe. Denn das Fernsehen hat ursprünglich keinen Speicher. Erst in den 1950er-Jahren wurden Magnetspeicher eingeführt – und die waren teuer. Erst in den 1970er-Jahren standen entsprechende Speicherkapazitäten zur Verfügung. Doch zu diesem Zeitpunkt hatte das Fernsehen schon seine spezifische Logik verinnerlicht.

„Serialisierung ist daher die Grundstruktur des Fernsehens. Alles, was das Fernsehen macht, macht es immer wieder.“ Daher unterscheiden sich Serien von anderen seriellen Produkten des Fernsehens zunächst nur dadurch, dass hier die Serialität gleichsam ausgeflaggt wird und „Serie“ draufsteht.

Entsprechend ist Fernsehen auch das Medium, in dem Serialität selbst erstmals reflektiert und auf allen Ebenen durchbuchstabiert wird, von der Episodenserie bis zur Fortsetzungsserie und diversen Mischformen, Serien mit Zeitsprüngen oder in Echtzeit.

Zu diesen Transformationen des Seriellen gehört für Engell auch, dass das Fernsehen traditionelle Mediengrenzen überschreitet und Fernsehserien in Form von Kinofilmreihen oder Videospiele weitergeschrieben werden.

Dieses Diffundieren des seriellen Erzählens vom Fernsehen in andere Medien und umgekehrt hat für dieses langfristig destruktive Folgen: „Ich glaube“, erläutert der Medienphilosoph, „dass der Eingriff des Fernsehens in die Gesellschaft dafür sorgt, dass das Fernsehen selbst wiederum einem Veränderungsdruck ausgesetzt ist, dem es nicht standhalten kann.“

»Serialisierung ist daher die Grundstruktur des Fernsehens. Alles, was das Fernsehen macht, macht es immer wieder.«

Ein gutes Beispiel dafür ist die Digitalisierung, die das Fernsehen zwar nicht hervorgebracht, aber massiv befördert hat und so in der Interaktion mit gesellschaftlichen Veränderungen ökonomische Entwicklungen angestoßen hat, die wiederum neue Technologisierungen befördert haben, die sich gegen das Fernsehen wenden.

„Die Unterhaltungsindustrie ist der einzige Ort, wo man mit neuen Technologien schnell sehr viel Geld verdienen kann“, betont Engell. „Deshalb arbeitet das Fernsehen immer als Agent seiner Selbstaflösung oder Transformation.“

Engells Überlegungen zeigen, dass er kein Medienpessimist ist. Ihm geht es nicht im Stil Adornos um die Aufdeckung von Verblendungszusammenhängen, auch wenn er Adorno sehr schätzt, wie er sagt. Vielmehr müsse man fragen, weshalb die Menschen die Massenkultur zur Massenkultur machen: „Sie nehmen daran teil, weil sie daraus einen Nutzen ziehen. Und der ist mehr als ein gesteuerter. Schon Kracauer hat darauf hingewiesen, dass die Menschen sich nicht auf Dauer betrügen lassen.“

Menschen würden Medien nutzen, weil sie ein eigenes Interesse daran haben. „Die Menschen gehen ins Kino oder schauen Fernsehen, weil sie etwas dafür bekommen. Das hat mit ihren Bedürfnissen zu tun, mit utopischen Sehnsüchten. Die müssen wir ernst nehmen.“

Weiterführende Literatur:

Engell, L.: *Vom Widerspruch zur Langeweile. Logische und temporale Begründungen des Fernsehens.* Frankfurt a. M. u. a. 1989

Engell, L.: *Fernsehtheorie zur Einführung.* Hamburg 2012

Engell, L.: *Die Kunst des Fernsehens. Ludwig Wittgensteins „Familienähnlichkeit“ und die Medienästhetik der Fernsehserie.* In: K. Krüger/ C. Hammes/M. Weiß (Hrsg.): *Kunst/Fernsehen.* Paderborn 2016, S.19–38

In der nächsten Ausgabe der *tv diskurs:* der Medienethiker Prof. Dr. Alexander Filipovic von der Hochschule für Philosophie München

Dr. Alexander Grau arbeitet als freier Kultur- und Wissenschaftsjournalist u. a. für „Cicero“, „FAZ“ und den Deutschlandfunk.



Wenig Raum für Rationalität

Das Unbewusste und die Interpretation von Wirklichkeit

Medienwissenschaftler sprechen vom postfaktischen Zeitalter: Politiker operieren mit falschen Zahlen, machen im Wahlkampf unsinnige Ankündigungen – und obwohl die seriöse Presse solch angebliche Fakten als falsch entlarvt, kümmert das die Wähler wenig. Das Kommunikationsideal der Aufklärung, das auf Diskurs und an Fakten orientierter Argumentation beruht, scheint dahin. Es gibt offenbar eine gefühlte Wahrheit, eine eigene Sicht auf die Dinge, die durch entsprechende politische Pamphlete angesprochen und bestätigt wird. Aber ist das etwas Neues? Wirklichkeit und Wahrheit waren schon immer eher abstrakte Ziele und nicht etwas, was man realistisch tatsächlich erkennen kann. Und auch die Vernunft spielte bei den Erkenntnisprozessen wahrscheinlich schon immer eine eher untergeordnete Rolle. tv diskurs sprach über dieses Phänomen mit dem Psychologen und Hirnforscher Dr. John-Dylan Haynes, Professor am Bernstein Center der Charité und der Humboldt-Universität zu Berlin.

Sind wir Menschen in unseren Entscheidungen frei oder folgen wir dem Diktat unseres Gehirns?

Eine Kernfrage lautet: Ist der Determinismus unseres Gehirns mit einem freien Willen vereinbar? Stellen Sie sich vor, ich muss eine Entscheidung treffen, z. B., ob ich einen teuren Goldring stehle oder nicht. Ist so eine Entscheidung komplett deterministisch in mir angelegt oder habe ich irgendeine Freiheit, mich über diese innere Determination hinwegzusetzen? Die meisten Menschen gehen intuitiv davon aus, dass das Gehirn nicht vollständig festlegt, wie sie sich entscheiden werden. Sie glauben, dass noch ein Rest an Unabhängigkeit vom Determinismus besteht. Diese vermeintliche Freiheit ist eine wichtige Grundlage dafür, dass wir bereit sind, jemandem persönlich eine Schuld zuzusprechen, dass wir Menschen für ihre Taten verantwortlich machen.

Was kann die Hirnforschung zu dieser Frage beitragen?

Ein wichtiger Baustein in der Diskussion um Willensfreiheit und Verantwortung ist ein berühmtes Experiment aus den 1980er-Jahren von Benjamin Libet. Er hat in einem ganz einfachen Experiment untersucht, was passiert, wenn man sich frei entscheidet. Er hat Probanden gebeten, sich spontan zu bewegen – und zwar, wann immer sie sich aus freien Stücken dazu entschieden haben. Er hat dann festgestellt, dass ein paar 100 Millisekunden vor dem Zeitpunkt, wo die Teilnehmer das Gefühl hatten, sich zu entscheiden, das Gehirn schon wusste, dass sich jemand gleich entscheiden wird. Das ist erst einmal paradox. Wenn es mir noch freisteht, mich zu bewegen oder nicht, wie kann mein Gehirn dann wissen, dass ich mich jetzt gleich entscheiden werde? Das Gehirn bereitet also meine freien Entscheidungen schon vor, noch bevor ich selbst weiß, wie ich mich entscheiden möchte. Daraus wurde vielfach gefolgert, dass unbewusste Hirnprozesse meine – vermeintlich freie –

Entscheidung verursachen. Und das wiederum würde bedeuten, dass der Eindruck der Freiheit, den ich kurz vor meiner Entscheidung habe, eine Illusion ist. Dieses Experiment war ein Eckpfeiler in der Diskussion um den freien Willen. Wir haben uns diesen Befund dann vor zwei Jahren noch einmal angesehen und uns folgende Frage gestellt: Wenn meine Hirnaktivität meine Entscheidung vorbereitet, steht damit alles fest oder kann ich mich dann noch einmal umentscheiden? Dazu haben wir ein Experiment gemacht, in dem wir in Echtzeit die Hirnaktivität, die unbewusste Entscheidung, ausgelesen und dann untersucht haben, ob Menschen noch dazu in der Lage sind, ihre Entscheidung zu ändern. Das war tatsächlich bis zu einem sehr späten Zeitpunkt möglich. Für uns folgt daraus, dass die Libet-Experimente relativ unwichtig sind für die Frage, ob es einen freien Willen gibt. Das bedeutet aber nicht, dass der freie Wille in der Naturwissenschaft dadurch wieder salonfähig geworden wäre. Man hat ja in den letzten 20 Jahren sehr klar gezeigt, dass der menschliche Geist, also unsere ganzen Denkprozesse, eins zu eins mit Hirnaktivität verbunden sind: Wenn ich etwas denke, findet das in meinem Gehirn statt, und diese Hirnprozesse unterliegen den Naturgesetzen und sind somit quasi deterministisch. Man braucht die Libet-Experimente eigentlich gar nicht, um das zu begründen.

Immanuel Kant, der Philosoph der Aufklärung, setzte auf die Vernunft, um die Welt zu verstehen und die moralisch richtigen Entscheidungen zu treffen. Was meinen Sie: Ist die Ratio wirklich das, was uns treibt?

Ich möchte betonen, dass ich hier nicht nur als Hirnforscher, sondern auch als Psychologe sitze. Auf solche Fragen bekommen wir zurzeit eher aus der Psychologie Antworten als aus der Hirnforschung. In meinen Augen werden die Bedeutung und der Einfluss der Rationalität völlig überschätzt. Der Glaube, dass unsere Entscheidungen auf rationalen Überlegungen basieren, hat sich eindeutig als falsch erwiesen. In vielen Situationen sind es unbewusste Assoziationen, Gewohnheiten oder Impulse, die unser Verhalten steuern.

Auf der Suche nach dem, was unsere alltäglichen Entscheidungen steuert, kommen wir schnell auf den Begriff des Unbewussten...

In vielen Bereichen der Psychologie hat man eindrücklich demonstriert, dass die Fähigkeit, sich selbst zu verstehen und die Ursachen für das eigene Verhalten zu erkennen, sehr begrenzt ist. Ein maßgeblicher Grund dafür ist das Auseinanderfallen von bewussten und unbewussten Verarbeitungsprozessen in unserem Gehirn. Wir haben im Schnitt 86 Mrd. Nervenzellen. Salopp formuliert könnte man sagen, dass wir aber nicht wissen, was all diese 86 Mrd. Nervenzellen zu jedem Zeitpunkt tun. Wir sind uns nur eines kleinen Teils unserer Hirnaktivität bewusst. Eine ganze Reihe von Prozessen läuft im Hintergrund ab und ist nicht nur für den betreffenden Menschen selbst schwer zu durchdringen, sondern auch für die Forscher. Am Beispiel des Autofahrens lässt sich das gut zeigen. Jeder kennt das: Wenn man lernt, Auto zu fahren, muss man sich auf jedes Detail genau konzentrieren, auf das Lenkrad, die Pedale, die Schaltung usw. Wenn man dann Erfahrung hat, fährt man quasi auf Autopilot. Die Denkvorgänge sind automatisiert, wir können viele Routine-situationen im Verkehr meistern, ohne bewusst über das Fahren nachzudenken. Wir können uns auf ein Gespräch mit dem Beifahrer konzentrieren. Wenn man diese unbewussten Leistungen untersuchen möchte, könnte man auf die Idee kommen, den Fahrer ab und zu zu fragen, ob er gerade bewusst über das Autofahren nachdenkt. Damit jedoch erzeugt man gerade das, was man eigentlich untersuchen wollte. Der Fahrer fängt an, über das Autofahren nachzudenken, gerade weil wir danach gefragt haben. Man sieht: Es ist schwierig, unbewusste Prozesse wissenschaftlich zu untersuchen, obwohl wir alle wissen, dass es sie gibt. In Anlehnung an die Kosmologie könnte man von der dunklen Materie unseres Denkens sprechen. Man weiß, dass sie da ist, aber keiner kann sie richtig untersuchen.

Emotionen beeinflussen uns in allen Bereichen des Lebens sehr. Worin sehen Sie als Psychologe und Hirnforscher die Funktion der Emotionen? Bilden sie das Gegenstück zu Vernunft und Rationalität?

Früher glaubte man, dass es vollkommen emotionsfreie Entscheidungen geben könnte. Das ist in den 1990er-Jahren vor allem durch populäre Arbeiten von Antonio Damasio ad acta gelegt worden. Er hat gezeigt, wie wichtig Emotionen und Bewertungen sind, um zu Entscheidungen zu gelangen. Die Gewichtung der Alternativen spielt eine große Rolle. Wenn wir die Optionen

nicht bewerten können, könnten wir bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag über die Alternativen nachdenken. Wir haben es also in den meisten Fällen mit dem sogenannten Motivated Reasoning zu tun. Unsere zurechtgelegten Argumente werden oft von verdeckten Motiven gesteuert. Häufig geht es bei scheinbar rationalen Debatten gar nicht darum, durch eine vernünftige Diskussion zur Wahrheit zu kommen. Wir wollen Dinge auf eine bestimmte Art und Weise sehen und legen uns dementsprechend die passenden Argumente zurecht. Wenn die Fakten nicht zu meiner Meinung passen, dann sind die Fakten falsch. Faszinierend ist, dass es inzwischen sogar bei Spitzenpolitikern hoffähig geworden ist, die Fakten völlig unverblümt zu ignorieren.

Kommen wir von diesen abstrakten Überlegungen hin zu unserer modernen Medienlandschaft, die derzeit von Schlagworten wie „Fake News“ oder „Hate Speech“ geprägt ist. Wenn etwas zu unseren Vorurteilen passt, glauben wir das – und die Fakten werden ignoriert.

Es ist äußerst verwunderlich, dass die Mechanismen, über die man früher eine Art von Referenzwahrheit erhalten hat, heute nicht mehr funktionieren. Traditionell hätte man ja den Wunsch nach einer rationalen und faktenbasierten Politik. Nehmen wir an, der Wirtschaft ginge es schlecht. Man sucht Rat bei einem Experten, z. B. einem Wirtschaftswissenschaftler. Der macht eine evidenzbasierte Aussage darüber, an welchen Schrauben man drehen muss, damit es der Wirtschaft gut geht. Dieser Vorschlag wird dann politisch umgesetzt. Nun hat die Wirklichkeit noch nie diesem rationalen Idealmodell entsprochen. Wissenschaftler sind sich nicht einig, welche Maßnahmen bei einer Wirtschaftskrise am besten helfen. Aber auch damit kann man rational umgehen: Man streitet, man argumentiert, man wägt ab, man führt Studien durch – und zum Schluss würde man sich dann nach rationalen Prinzipien auf das beste Vorgehen einigen können. Auch wenn das wiederum eine Idealisierung ist, haben wir doch immer ein rationales Leitbild gehabt, auf dessen Basis wir sicherstellen wollten, dass weittragende politische Entscheidungen auf den besten möglichen, evidenzbasierten Einschätzungen beruhen. Was heute erschreckt, ist, dass dieses Leitbild komplett infrage gestellt wird. Wie man als Politiker sagen kann, dass einen Fakten nicht interessieren, ist wirklich beeindruckend. Dann lebt man

in einem Paralleluniversum, das mit der tatsächlichen Welt und deren Gesetzmäßigkeiten nichts mehr zu tun hat. Ein Grund dafür könnte meiner Ansicht nach die heutige Informationskultur sein, die wesentlich pluralistischer ist als früher. Das kennt wahrscheinlich jeder von sich selbst: Informationen, die man aus dem Internet bekommt, prüft man nicht alle bis ins kleinste Detail auf ihren Wahrheitsgehalt. Man glaubt einer Sache, weil sie interessant klingt, eine steile These in den Raum stellt, eine etablierte Theorie infrage stellt, aber nicht, weil man die dahinter stehende Begründung genau geprüft hat. Bei den seriösen Medien früherer Tage gab es eine andere Art der Realitätsverankerung. Man darf natürlich nicht vergessen, dass Meinungen und Moden auch früher eine große Rolle gespielt haben. Aber heute hält sich jeder selbst für einen Experten und meint, er könne sich selbst eine Meinung bilden zu Brexit, Masernimpfungen und Eurokrise. Aber diese Meinungen basieren oft auf Pseudoinformationen, deren Wahrheitsverankerung wir gar nicht in der Lage sind, zu überprüfen.

Denken wir zurück an die Rede des damaligen US-Außenministers Colin Powell, der vor der UNO Beweise vorbrachte, dass Saddam Hussein Massenvernichtungsmittel besäße. Später stellte sich heraus, dass es sich dabei um eine Lüge gehandelt hatte, der immerhin ein Krieg mit Zehntausenden von Toten folgen sollte. Fake News in größerem oder kleinerem Sinne gab es schon immer; über soziale Netzwerke usw. sind sie jetzt aber für eine größere Öffentlichkeit sichtbar.

Wenn man sich vor 20 Jahren über verstiegene Weltbilder austauschen wollte, konnte man sich vielleicht einen passenden Stammtisch suchen. Die soziale Selbstorganisation von alternativen Realitäten war dann auf einen kleinen Kreis begrenzt. Aber heute können sich auf wesentlich größerem Maßstab Communities bilden, die sich systematisch und zirkulär mit Unsinn füttern. Und jeder fühlt sich im Recht, weil er ja zahlreiche Gleichgesinnte findet. In der Psychologie ist es bekannt, dass Menschen meistens die Daten passend zur Theorie machen und nicht umgekehrt. Und die soziale Selbstorganisation führt dazu, dass man sich Menschen sucht, die ähnliche Meinungen haben. Das ist übrigens auch bei Wissenschaftlern nicht anders, aber dort müssen die Überzeugungen wesentlich härter und kritischer infrage gestellt werden.

Aber müssen Wissenschaftler nicht auch mit Thesen an die Fachöffentlichkeit treten, die sie dann auf Gedeih und Verderb vertreten müssen, um ihre Reputation nicht zu verlieren?

In der Tat! Dass sich Wissenschaftler zu sehr an ihre Theorien binden, halte ich für eines der größten Probleme in der Wissenschaft. Gerade in solchen Forschungsbereichen, in denen der Kanon des etablierten Wissens noch nicht so stark ausgeprägt ist, gibt es dafür viele Beispiele. Jemand formuliert eine Theorie und hängt dann viel zu sehr daran fest, selbst wenn die Fakten in eine andere Richtung weisen. Dieses Verhalten wird mit Sekundärfaktoren sogar als erstrebenswert begründet, z. B., dass man etwa mit einer kompromisslosen Theorie mehr wahrgenommen wird. Das ist aber irrelevant und darf kein wissenschaftliches Argument sein. In meinen Augen sollte man mit Theorien promiskuitiv umgehen. Was auch immer gerade passt, wird verwendet. Und man sollte immer mit den Daten bzw. Fakten gehen. Wenn die Daten nicht zur Theorie passen, ist die Theorie falsch, nicht die Daten. Das ist natürlich je nach Wissenschaftsfeld unterschiedlich. Das Atommodell ist inzwischen ganz gut etabliert. Für die Hirnforschung ist dieser Konsens überhaupt noch nicht erreicht. Deswegen ist es besser, eher offen zu bleiben und auch andere Theorien zu betrachten.

In der Öffentlichkeit gilt die Hirnforschung im Vergleich zur Sozialwissenschaft als faktenbasierter. Man hat das Gefühl, Hirnforscher könnten ins Gehirn schauen, daraus lesen und auf dieser Basis genaue Aussagen treffen. Wäre es nicht besser, wenn die verschiedenen Disziplinen zusammenarbeiten würden? Bei der Erforschung des Verhältnisses von Rationalität und Emotionalität könnte das gewinnbringend sein.

Ich bin begeistert von der Hirnforschung, jedoch hat die Öffentlichkeit eine stark übertriebene Erwartung an die Antworten, die wir heute geben können. Da das Gehirn ein biologischer Mechanismus ist, glaubt man, man könne es verstehen, so wie man ein Uhrwerk versteht – um dann auf dieser Basis Vorhersagen über einen Menschen zu treffen. Aber wir sind derzeit weit davon entfernt, alle Rädchen des Uhrwerkes im Gehirn eines Individuums zu verstehen. Der Grund dafür ist einfach: Ein Großteil der Hirnforschung beschäftigt sich mit Tieren, nicht mit Menschen. Wir haben zwar bildgebende Verfahren, aber wir kennen

das menschliche Gehirn nicht auf der gleichen Auflösungsstufe wie das tierische Gehirn. Von einem mechanistischen Verständnis des menschlichen Gehirns zu sprechen, entspricht überhaupt nicht dem Forschungsstand. Außerdem geht es in der Hirnforschung meistens um das Durchschnittsgehirn, nicht um den spezifischen Bauplan des individuellen Gehirns. Wenn man Antworten erhalten möchte zu dem Verhältnis von Rationalität zu Emotionalität, wird man eher in der Psychologie fündig werden als in der Hirnforschung. Die Psychologie, die sich leider teilweise in einem Kompetenzgerangel mit der Hirnforschung sieht, hat sehr gute Methoden, um etwas über ein Individuum herauszufinden und individuelle Vorhersagen zu treffen. Ich halte es für einen Fehler, zu meinen, dass diese psychologischen Vorhersagen schlechter oder weniger wert sind als diejenigen, die man aus dem Gehirn bekommt – weil man in den meisten Fällen gar keine Vorhersagen aus dem Gehirn erhält, vielleicht mit Ausnahme von Erkrankungen. Ein Beispiel: Wir forschen darüber, was man über die Gedanken eines Menschen in Erfahrung bringen kann, wenn man seine Hirnaktivität misst. Wenn ich aber herausfinden möchte, wo jemand wohnt oder welches Auto er mag, würde mir das – rein praktisch gesehen – mit einem Hirnscanner sehr schwerfallen. Es ist viel einfacher zu fragen: „Wo wohnen Sie denn?“ oder: „Welches Auto finden sie am besten?“

Trotzdem haben Sie in einem Experiment untersucht, nach welchem System Präferenzen für bestimmte Politiker entstehen ...

In unserer Forschung begeben sich Probanden in einen Kernspintomografen, der die Aktivitätsmuster im Gehirn misst. Wir trainieren dann Computer, diese Muster zu erkennen, womit man bis zu einem gewissen Grad erfassen kann, was jemand gerade denkt. In einem Experiment wollten wir herausfinden, wie gut man aus der Hirnaktivität lesen kann, ob jemand einen Politiker mag oder nicht. Dafür haben wir Vertreter der zwei größten deutschen Parteien, CDU und SPD, ausgewählt. Den Probanden im Scanner haben wir dann die Politikerbilder gezeigt, und wir konnten tatsächlich die individuellen Präferenzen für die Politiker und die Parteien zu einem gewissen Grad aus der Hirnaktivität rekonstruieren. Das geschah, obwohl die Probanden von den Bildern abgelenkt wurden, was darauf hindeutet, dass es eine Art automatischer Prozess zu sein scheint, der dort stattfindet, und nicht mit einer bewussten

Analyse der Informationen zu tun hat. Es gibt ja viele andere Belege dafür, dass politische Entscheidungen und Präferenzen für Parteien und Politiker nicht unbedingt immer etwas mit Bewusstsein und Rationalität zu tun haben.

Schauen wir uns derzeit das Phänomen „Martin Schulz“ an. Er hat die SPD aus dem Nichts heraus mit zehn Pluspunkten aus dem jahrelangen Umfragetief gebracht. Offenbar scheint er ein Bedürfnis nach Veränderung zu bedienen oder vielleicht steht auch der Wunsch nach jemandem dahinter – ähnlich wie bei Trump –, der außerhalb des bestimmten politischen Establishments steht. Hier scheinen doch starke Emotionen beteiligt zu sein.

Ich kann da erst einmal nur spekulieren, weil ich weder Forschung zum Wahlverhalten allgemein noch zu diesem speziellen Fall gemacht habe. Klar ist aber, dass in den Präferenzen der Menschen für Politiker nicht viel Raum für Rationalität bleibt. Das lässt sich u. a. daran erkennen, wie viele diejenige Partei wählen, die schon ihre Eltern gewählt haben. Auch wenn es viele Wechselwähler gibt, gibt es gleichzeitig auch viele Menschen, deren Wahlverhalten über die gesamte Lebensspanne hinweg konstant ist. Das sieht dann eher nach einer Gewohnheit aus als nach einer rationalen Analyse der aktuellen Situation. Außerdem weiß man, dass oberflächliche Eigenschaften von Politikern bei Wahlen entscheidend sind. Es gibt eine Studie, in der man Schweizer Probanden Bilder von Personen gezeigt hat, von denen sie nicht wussten, dass es sich um französische Politiker handelt. Dann hat man gefragt, welche dieser Personen sie lieber als Kapitän auf einer Seereise hätten. Mit solchen einfachen Fragen konnte in dieser Studie der Ausgang der Wahlen in den einzelnen Wahlkreisen relativ gut vorhergesagt werden. Das bedeutet, dass eine oberflächliche Analyse der Gesichter der Kandidaten bei den Wahlen eine große Rolle gespielt hat. Angela Merkel ist hier die Ausnahme, die diese Alpha-Male-Regel bestätigt. In vielen Situationen haben Wahlentscheidungen natürlich mit Angst zu tun. Die Flüchtlingskrise hat z. B. in Deutschland sehr viel Angst geweckt und das politische Spektrum stark verschoben. Motivated Reasoning spielte plötzlich eine große Rolle: Die Angst hat die Einschätzung der Fakten verzerrt. Außerdem beobachte ich eine gewisse Komplexitätsmüdigkeit. Die Menschen scheinen vergessen zu haben, dass es sehr kompliziert ist, einen Staat zu führen. Sie sehen die Relevanz von Kompetenz nicht mehr. Das ist wirklich erschreckend.

Und das in Zeiten, die eher komplizierter als einfacher werden ...

Richtig. Ich habe das zwar nicht erforscht, aber was ich als hochproblematisch einschätze, ist die dogmatische Frontenverhärtung. Wer eine andere Einschätzung hat als ich, ist mein Feind. Und ich habe verloren, wenn ich meine Meinung nicht zu 100 % umsetzen kann. Ich glaube jedoch, dass Kompromissfähigkeit eine der wichtigsten Fähigkeiten von Menschen in Gruppen ist. In einer Demokratie ist dies ja sogar in unserer Staatsform verankert. Die Unfähigkeit zu Kompromissen gibt es auf allen Seiten, auch bei Intellektuellen. Es reicht nicht aus, recht zu haben, man muss die anderen Menschen mitnehmen. Und dafür braucht es oft Kompromisse. Demokratie bedeutet, dass man auch die Armen und Schwachen und diejenigen, die problematischere Werte vertreten, zu einem gewissen Grad mitnehmen muss. Wie man in der jüngsten internationalen Politik sieht, kann man nicht einfach ganze Bevölkerungsteile zurücklassen. Wenn die das Gefühl haben, überhaupt nicht mehr repräsentiert zu sein, dann wählen die einen anderen. Das ist nun mal die Staatsform, in der wir leben. Mir gefällt auch nicht immer, mit wem ich an einem Tisch sitze, aber dennoch muss ich mich arrangieren.

Das Interview führte Prof. Joachim von Gottberg.

**»Ich glaube [...], dass
Kompromissfähigkeit eine der
wichtigsten Fähigkeiten von
Menschen in Gruppen ist.«**

© Berlin Center for Advanced Neuroimaging



Die erweiterten Medienzugänge von Kindern

Ergebnisse der *KIM-Studie 2016*

Daniel Hajok

Ende Februar 2017 erschien die 11. Ausgabe der *KIM-Studie*, die seit 1999 regelmäßig vom Medienpädagogischen Forschungsverbund Südwest (mpfs) durchgeführt wird. Dafür wurden von Mai bis Juni 2016 wieder über 1.200 Kinder und ihre Haupterziehenden befragt. Die erhobenen Daten sind repräsentativ für die 6- bis 13-Jährigen in Deutschland und geben erneut einen ersten Überblick über die Medienwelten von Kindern, der nachfolgend entlang einiger spannender Entwicklungen kurz vertieft wird.

Die mediatisierte Freizeit von Kindern

Welchen Stellenwert haben die Medien heute im Alltag von Kindern? Das ist sicher die spannendste Frage, die sich mit den Ergebnissen der *KIM-Studie* nicht nur aktuell, sondern auch hinsichtlich der markanten Veränderungen sehr gut beantworten lässt. Sieht man sich die Freizeitaktivitäten und Medienbeschäftigungen, denen Kinder (fast) täglich nachgehen, im längerfristigen Vergleich etwas näher an (siehe Tabelle 1), wird offensichtlich, dass nunmehr auch der Alltag von Kindern zunehmend von Handy, Smartphone und Internet bestimmt wird. Medienaktivitäten, die den Alltag junger Menschen schon lange prägen – insbesondere das Fernsehen, aber auch Musikhören und Lesen von Büchern –, sind damit keineswegs obsolet geworden. Vielmehr hat sich mit den digitalen Medien die Freizeit der 6- bis 13-Jährigen insofern weiter mediatisiert, als dass Kinder immer weniger Zeit mit klassischen Beschäftigungen (vor allem Malen/Zeichnen/Basteln, Hausaufgaben/Lernen) verbringen und sich auch seltener mit ihren Freunden treffen. Das Interesse an Freunden

und Freundschaft hat demgegenüber kaum abgenommen und rangiert bei den seit 2000 abgefragten Themeninteressen unangefochten auf Platz eins.

Wie stark der Alltag von Kindern heute von Medien geprägt ist, wird anhand der Nutzungszeiten noch deutlicher. Legt man die Angaben der Haupterziehenden zugrunde, summiert sich allein die Nutzung von Fernsehen, Radio, Internet, digitalen Spielen und Büchern bei den 6- bis 7-Jährigen auf mehr als zweieinhalb Stunden täglich. Bei den 12- bis 13-Jährigen sind es durchschnittlich über fünf Stunden, sodass die verschiedenen Aktivitäten zunehmend parallel laufen und übereinandergeschichtet werden müssen, um sie überhaupt noch in der begrenzten Freizeit unterzubringen. Was im Einzelnen wie lange genutzt wird, hat nach den Ergebnissen der Studie nicht zuletzt mit der formalen Bildung der Eltern zu tun: Die Nutzung von Fernsehen und auch von digitalen Spielen ist in bildungsbenachteiligten Milieus besonders verbreitet. Kinder von Eltern mit Abitur oder Studium verbringen demgegenüber auffällig viel Zeit mit dem Lesen (von Büchern) und im Internet.

Tabelle 1:

Eigene Darstellung nach Daten der KIM-Studien 2000, 2008 und 2016 zu den regelmäßigen Nutzern (jeden/fast jeden Tag) unter den 6- bis 13-Jährigen

Rang	2000	2008	2016
1.	Hausaufgaben/Lernen (81 %)	Hausaufgaben/Lernen (81 %)	Fernsehen (77 %)
2.	Fernsehen (80 %)	Fernsehen (73 %)	Hausaufgaben/Lernen (70 %)
3.	Drinnen spielen (56 %)	Draußen spielen (59 %)	Drinnen spielen (53 %)
4.	Freunde treffen (53 %)	Drinnen spielen (51 %)	Draußen spielen (49 %)
5.	Draußen spielen (51 %)	Freunde treffen (49 %)	Handy/Smartphone (42 %)
6.	Radio hören (35 %)	Mit Tier beschäftigen (30 %)	Freunde treffen (35 %)
7.	MCs/CDs/Schallplatten (32 %)	Computer nutzen (23 %)	Musik hören (35 %)
8.	Mit Tier beschäftigen (26 %)	Musik-CDs/Kassetten (23 %)	Internet nutzen (27 %)
9.	Ausruhen (19 %)	Radio hören (19 %)	Mit Tier beschäftigen (25 %)
10.	Malen/Zeichnen/Basteln (18 %)	Telefonieren (Festnetz) (18 %)	Radio hören (23 %)
11.	Telefonieren (18 %)	Ausruhen (17 %)	PC-/Konsolen-/Onlinespiele (22 %)
12.	Computer nutzen (16 %)	Malen/Zeichnen/Basteln (16 %)	Computer (offline) (16 %)
13.	Buch lesen (14 %)	Tragbare Spielkonsole (16 %)	Buch lesen (15 %)
14.	Hörspiellassetten/-CDs (14 %)	Buch lesen (15 %)	Etwas mit Familie/Eltern (11 %)
15.	Etwas mit Familie/Eltern (12 %)	Etwas mit Familie/Eltern (14 %)	Malen/Zeichnen/Basteln (10 %)

Vom linearen Fernsehen zur YouTube-Nutzung

Für Kinder ist das Fernsehen noch immer die wichtigste Medienbeschäftigung, der sie mit zunehmendem Alter und eigenem Fernsehgerät im Zimmer auch immer ungestörter nachgehen. Gemessen an der Häufigkeit rangierte das Fernsehen im Jahr 2016 sogar auf Platz eins aller abgefragten Freizeitaktivitäten (siehe Tabelle 1). Insgesamt betrachtet, sehen drei Viertel der 6- bis 13-Jährigen (fast) jeden Tag fern, wobei eine knappe Mehrheit den Fernseher gezielt zur Nutzung bestimmter Sendungen anschaltet, die anderen sich lieber vom Programm überraschen lassen. Bereits früh etablieren die Kinder ihre persönlichen Favoriten und sind dabei ganz zu Beginn noch stark an das Programm des KiKA gebunden. Mit zunehmendem Alter differenzieren sich die Präferenzen weiter aus, neben SUPER RTL wird für die Mädchen dann vor allem RTL relevant, für die Jungen ProSieben.

Bei den genutzten Sendungen lässt sich kein absolutes Highlight ausmachen. Beliebt sind weiterhin Klassiker wie *Die Simpsons*, *Die Sendung mit der Maus*, *Schloss Einstein*,

SpongeBob, *Barbie*, *Tom und Jerry* und *Shaun das Schaf*, Serien wie *Gute Zeiten, schlechte Zeiten*, *Die Pfefferkörner* und *Violetta*, aber auch populäre Formate wie *Deutschland sucht den Superstar*. Auch die Kindernachrichtensendung *logo!* und Wissenssendungen werden von den 6- bis 13-Jährigen recht oft gesehen. Für die Jüngeren sind hier neben *Die Sendung mit der Maus* auch *Löwenzahn* und *Wissen macht Ah!* relevant. Bei den Älteren steht *Galileo* hoch im Kurs.

„Zusätzlich zur linearen Fernsehnutzung sehen sich gut die Hälfte der Kinder auch im Internet Fernsehinhalte und Videos an“ (S. 80). Dennoch war es auch im Jahr 2016 nur eine Minderheit der 6- bis 13-Jährigen (etwa jede bzw. jeder Neunte), die sich regelmäßig Fernsehinhalte im Netz ansieht. Wie bei den Jugendlichen sind hier nicht die Mediatheken der Sender die wichtigste Anlaufstelle. Es ist vielmehr die Videoplattform YouTube, die bei den 8- und 9-Jährigen bereits die beliebteste Internetseite ist. Im Fokus der YouTube-Nutzung stehen lustige Clips sowie Musik-, Tier- und Sportvideos. Mit zunehmendem Alter der Kinder gewinnen Mode- und Beautyvideos, Tutorials und Videos zu schulischen Themen, Let's-

Play-Videos und Produkttests an Bedeutung. Vor allem die Mädchen bauen eine besondere Beziehung zu den populären YouTuberinnen und YouTubern auf. Ganz oben hier die Kanäle *BibisBeautyPalace* und *Dagi Bee*, die mit Hunderten von online gestellten Videos mehrere Millionen Abonnenten haben.

Erweiterte Zugänge mit mobilen Endgeräten

Handys und insbesondere Smartphones haben nun endgültig auch den Alltag von Kindern erreicht. Im Jahr 2016 besaßen erstmalig die meisten der befragten 6- bis 13-Jährigen ein Mobiltelefon, jede bzw. jeder Dritte hatte sogar ein Smartphone zur Verfügung. Noch werden die multifunktionalen Geräte von den Kindern aber vor allem zum Telefonieren (meist mit den Eltern) und für den Austausch von Nachrichten genutzt. Einmal in der eigenen Hand, integrieren viele aber schnell auch die anderen Möglichkeiten in ihren Alltag. Dazu gehören das Erstellen (und Versenden) von Bildern und Videos, das bei den Mädchen besonders beliebt ist, sowie die Nutzung digitaler Spiele, die bei Jungen noch immer besonders weitverbreitet ist. Darüber hinaus nutzen viele Kinder ihre Smartphones natürlich als Zugang ins Internet und in die Welt der Apps.

Mit ihrer zunehmend mobilen Onlinenutzung haben die Kinder weiter jene Nutzungsroutinen etabliert, die bei den Jugendlichen schon seit einigen Jahren zu beobachten sind: Gerade beim Smartphone-Gebrauch dreht sich vieles um Kommunikation, Austausch und Vernetzung. Bereits für Kinder, die im Alter von 6 bis 13 Jahren noch mehrheitlich (fast) täglich den Kontakt mit ihren Freunden in persönlichen Treffen halten, sind in den letzten Jahren WhatsApp und auch Face-

book immer wichtiger für das soziale Zusammenleben geworden: „[...] während bei Kindern bis zu elf Jahren das persönliche Treffen immer an erster Stelle steht, wird diese Option bei den Ab-Zwölfjährigen von WhatsApp auf den zweiten Rang verwiesen“ (S. 37 f.).

Mit Handys und Smartphones, aber auch zunehmend mit Tablets, haben die Kinder in den letzten Jahren ihre Zugänge zu digitalen Spielen erweitert. 2016 tauchten die meisten 6- bis 7-Jährigen regelmäßig in die Welt der Computer-, Konsolen-, Online-, Tablet- und Handyspiele ein. Die größte Bindung zu den Spielen lässt sich weiterhin bei den älteren Kindern, den 12- bis 13-Jährigen, und den Jungen beobachten. In diesen Gruppen spielen mittlerweile zwei von fünf Kindern (fast) jeden Tag. Die tägliche Spielzeit liegt bei der knappen Hälfte bei mehr als 60 Minuten. Bei den Highlights hat sich in den letzten Jahren nicht viel getan: Die Jungen mögen vor allem *FIFA*, *Minecraft* und *Mario Kart*, die Mädchen *Die Sims* und *Super Mario*. Auch im Jahr 2016 gaben wieder zwei von fünf Kindern an, Spiele zu spielen, für die sie laut Alterskennzeichnung (noch) zu jung sind.

Der Kontrolle von Erziehenden zunehmend entzogen

Es sind vor allem die onlinefähigen mobilen Endgeräte, die Kindern immer mehr Autonomie beim Medienumgang ermöglichen und entscheidend dazu beitragen, dass sie sich immer früher und zunehmend individualisiert die Welt der Medien erschließen. Das aus pädagogischer Sicht wohl spannendste Ergebnis der *KIM-Studie* ist, dass Kinder heute die verschiedenen Medien immer häufiger alleine nutzen und sich so zunehmend einer Kontrolle der Erziehenden entziehen. Insbeson-

»Zusätzlich zur linearen Fernsehnutzung sehen sich gut die Hälfte der Kinder auch im Internet Fernsehinhalte und Videos an.«

KIM-Studie 2016

dere bei den digitalen Spielen, beim Surfen im Internet und auch beim Fernsehen sind sie überwiegend sich selbst überlassen.

Zwar sind die meisten noch elterlichen Regeln unterworfen, was die Dauer und genutzten Inhalte anbetrifft. Doch allein beim Surfen im Internet stößt jedes neunte Kind auf Sachen, die ihm unangenehm sind, Angst machen oder schlicht für Kinder ungeeignet sind. Vergleichsweise wenig elterlichen Regeln sind die Schützlinge gerade beim Umgang mit den mobilen Endgeräten unterworfen. Aktuell wächst nur jedes zweite Kind mit Absprachen zur Dauer der eigenen Handy- und Smartphone-Nutzung auf, bei nur drei von fünf Kindern werden inhaltliche Regelungen getroffen. Bestimmte Zeiten und Situationen, zu denen gar keine Medien genutzt werden dürfen (etwa beim Hausaufgabenmachen, Essen, vor dem Frühstück oder kurz vorm Schlafengehen), sind zwar weitverbreitet, dennoch wächst jede bzw. jeder siebte 6- bis 7-Jährige ohne entsprechende Regelungen auf. Bei den 12- bis 13-Jährigen ist es jede bzw. jeder Vierte.

Nicht zuletzt vertrauen nach wie vor nur wenige Eltern bei digitalen Medien auf technische Hilfsmittel, auf die Kinder- und Jugendschützer so viel Hoffnung gesetzt hatten. Sowohl spezielle Softwarelösungen, mit denen die Nutzungszeiten eingeschränkt und problematische Inhalte gesperrt werden, als auch die vorhandenen Sicherheitseinstellungen an den Endgeräten der Kinder sind eine nur selten genutzte Option. Wenig verbreitet ist auch eine Beschränkung der Internetnutzung auf kindersichere Seiten. Bereits bei den 6- bis 7-Jährigen schränken die Erziehenden die Internetzugänge nur bei einer kleinen Gruppe (10 %) auf kindgerechte Angebote wie fragFINN, KiKA oder Toggo ein.

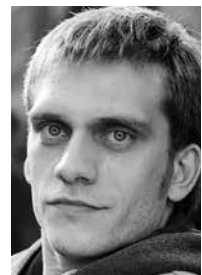
Literatur:

Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (mpfs): KIM-Studie 2016. *Kindheit, Internet, Medien. Basisuntersuchung zum Medienumgang 6- bis 13-Jähriger in Deutschland.* Stuttgart 2017

»[...] während bei Kindern bis zu elf Jahren das persönliche Treffen immer an erster Stelle steht, wird diese Option bei den Ab-Zwölfjährigen von WhatsApp auf den zweiten Rang verwiesen.«

KIM-Studie 2016

Dr. Daniel Hajok ist Kommunikations- und Medienwissenschaftler sowie Gründungsmitglied der Arbeitsgemeinschaft Kindheit, Jugend und neue Medien (AKJM).



Voting

Gerd Hallenberger

Werden Fernsehzuschauer aufgefordert, sich an Abstimmungen zu beteiligen, die über den Verlauf oder das Endergebnis der betreffenden Sendung oder eines Sendungssegments entscheiden, dann wird der Vorgang heute „Voting“ genannt. Verglichen mit dem Fernsehen der ersten Jahrzehnte haben sich Anlässe, Formen und Ziele des Abstimmens, des „Votens“, deutlich verändert.

Beim Fernsehen – wie zuvor schon beim Radio – handelt es sich zwar um ein Medium, das nur einen Sender, aber viele Empfänger kennt, auf Rückmeldungen des Publikums ist es trotzdem angewiesen. Bereits in der Anfangszeit des bundesdeutschen Fernsehens gab es Zuschauerforschung, weil die Sender wissen wollten, ob die zunächst noch sehr wenigen Zuschauer überhaupt sahen, was da jeden Tag ein Sender ein paar Stunden zeigte. Das bedeutet, es ging hauptsächlich um die Akzeptanz des Mediums an sich.

Rückmeldungen des Publikums, die das Programm unmittelbar beeinflussen, kennt man seit der Frühzeit des Radios. Das „Wunschkonzert“ ist ein Konzept, das für jeden Sender aus mehreren Gründen attraktiv ist. Erstens lässt sich anhand der Wünsche der Musikgeschmack des Publikums erkennen. Wenn man sich beim „Wunschkonzert“ auf besonders oft gewünschte Künstler/Titel konzentriert, kann man zweitens sicher sein, viele besonders zufriedene Hörer zu haben. Da diese gerne darüber sprechen, was ihnen gefallen hat, kann ein „Wunschkonzert“ drittens zudem einen werblichen Effekt haben. Viertens kann das erlangte Wissen über musikalische Präferenzen des Publikums auch noch für andere Musiksendungen genutzt werden. Und fünftens schließlich ist es gerade bei einem Medium mit einem Sender

und vielen Empfängern wichtig, dass diese nicht das Gefühl bekommen, ihnen würde diktiert, was sie zu hören hätten. Im „Wunschkonzert“ zeigt sich der Sender als bescheidener Dienstleister, der nur die Wünsche des Publikums erfüllen möchte. Besonders eng wird die Beziehung zwischen Sender und Hörer natürlich dann, wenn im Programm der gespielte Musiktitel als Wunsch einer bestimmten Person (stellvertretend für viele) angesagt wird.

Neben „Wunschkonzerten“ waren es im Radio und später im Fernsehen zunächst vor allem Hitparaden, für die das Publikum zur Meinungsabgabe aufgefordert wurde. Dabei blieb es jedoch nicht, denn das Konzept war zu attraktiv, um es nur auf Musik zu beschränken. Bis heute ist es beispielsweise im Sport beliebt: Selbst wenn sich nur noch ältere Zuschauer an die Wahl zum „Galopper des Jahres“ erinnern, das seit 1971 ermittelte „Tor des Monats“ (und „Tor des Jahres“) zählt weiterhin zu den Höhepunkten der *ARD-Sportschau*.

Es war das ZDF, das mithilfe von Zuschauerabstimmungen sogar ein jährlich wiederkehrendes Programmplanungsproblem löste. So lange es nur wenige und nur öffentlich-rechtliche Fernsehkanäle gab, fiel den Zuschauern besonders auf, dass in der Zeit der Sommerferien vor allem Wiederholungen gezeigt wurden – was aus Sendersicht rational war, denn warum teure Neuproduktionen zeigen, wenn viele potenzielle Zuschauer im Urlaub sind? Ab 1983 ließ das ZDF die Zuschauer über den Samstagabendfilm im Sommerprogramm abstimmen, wodurch aus der ärgerlichen „Wiederholung“ – denn selbstverständlich handelte es sich bei den Vorschlägen um vertraute Filmklassiker – ein „Wunschfilm“ wurde.

Die Abstimmungen für Hitparaden, Super-tore und Wunschfilme hatten natürlich ein Problem, ein Zeitproblem: Zwischen Abstimmung und medial sichtbarem Ergebnis lag ein größerer Zeitraum. Dies war nicht nur auf die so erhoffte größere Publikumsbeteiligung zurückzuführen, sondern auch auf die eingesetzte Medientechnik. Das wichtigste Rückkopplungsmedium war bis in die 1980er-Jahre die Postkarte, erst seit 1979 gab es mit der Erfindung des „TED“, des „Tele-Dialogs“, die Möglichkeit, das Telefon für Abstimmungen mit vielen Beteiligten in kürzester Zeit zu nutzen.

Zwar existierten schon vorher Fernsehproduktionen, die Abstimmungsergebnisse in der laufenden Sendung verwerteten, aber sie wiesen zwei Besonderheiten auf: Entweder konnte nur das bei der Sendung anwesende Publikum daran teilnehmen, oder es handelte sich um skurrile Abstimmungsverfahren. Die erste Variante gab es etwa bei der seit 1968 ausgestrahlten ARD-Reihe *Pro und Contra*, in der sich das Saalpublikum zu einer aktuellen politischen Frage zwischen zwei Alternativen entscheiden musste; bei der ZDF-Spielshow *Dalli Dalli* dagegen konnten per Knopfdruck Kandidatenleistungen als „Spitze!“ hervorgehoben werden. Heute werden für solche Zwecke „Applausometer“ eingesetzt, also Schallpegelmessgeräte. Besonders einfallsreich bei ihren Abstimmungsverfahren war die von 1969 bis 1972 ausgestrahlte ZDF-Spielshow *Wünsch Dir was*. Bei einzelnen Spielen wurden die Resultate alternativ von den Wasser- oder Elektrizitätswerken bestimmter Städte ermittelt, da die dortigen Zuschauer die Toilettenspülung betätigen oder zusätzliche Lichtquellen einschalten sollten, um ihr Votum auszudrücken.

Für neuere Medien gibt es immer noch keine rundum überzeugenden technischen Lösungen, aber immerhin haben Telefonanruf und SMS die Postkarte als wichtigstes Abstimmungsmittel längst abgelöst. In zahlreichen Fernsehproduktionen, vor allem in Castingshows, werden heute Live-Votings durchgeführt, die aus drei Gründen für die Sender attraktiv sind. Erstens zeigt sich hier auch das Fernsehen als interaktives Medium, zweitens ist in diesem Fall das lineare Fernsehen dem zeitversetzten gegenüber im Vorteil – wer sich am nächsten Tag die Sendung als Stream anschaut, kann sich nicht mehr beteiligen. Drittens werden bei solchen Abstimmungen die Kosten, die den Abstimmenden entstehen, zwischen Sender und Telekommunikationsdienstleister geteilt. Das bedeutet: Votings sind für Sender eine oft sogar erhebliche Einnahmequelle, an den früheren Abstimmungen per Postkarte verdiente lediglich die Bundespost.

Zuschauer, die sich darüber ärgern, dass sie bei Votings im Fernsehen Geld bezahlen müssen, können sich damit trösten, dass es weiterhin wichtige Abstimmungen gibt, bei denen die Teilnahme kostenlos ist: Wahlen.

Dr. habil. Gerd Hallenberger
ist freiberuflicher
Medienwissenschaftler.



In *tv diskurs* (Ausgabe 78, 4/2016) zog die langjährige Vorsitzende der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM), Elke Monssen-Engberding, Bilanz. Seit April 2016 ist Martina Hannak-Meinke Vorsitzende der BPjM. *tv diskurs* sprach mit ihr über Veränderungen im Jugendmedienschutz und die sich wandelnden Aufgaben der Bundesprüfstelle.

„Jede Generation soll neu bewerten, was sie für jugendgefährdend hält!“

Sie haben als Referentin in der Bundesprüfstelle Ihre berufliche Laufbahn begonnen. Nun sind Sie zurückgekehrt und Vorsitzende der BPjM. Hatten Sie eine bestimmte Vision, welche Dinge Sie in der Institution verändern wollen?

Es ist genau, wie Sie sagen, von 2003 bis 2008 war ich hier als juristische Referentin tätig. Anschließend habe ich für siebeneinhalb Jahre im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in unterschiedlichen Bereichen und Funktionen gearbeitet. Nun bin ich seit einem Jahr als Vorsitzende wieder bei der BPjM. Ich bin nicht mit dem Vorsatz angetreten, etwas Konkretes ändern zu wollen – das wäre nach meiner mehrjährigen Abwesenheit auch etwas unangemessen. Aber natürlich sehe ich jetzt, nach einer gewissen Zeit, auch Veränderungsbedarf.

Wenn Sie sich an Ihre Zeit als Referentin zurück-erinnern: Inwiefern haben sich die Arbeitsschwerpunkte der Bundesprüfstelle verändert?

Ich würde hier zwischen den Inhalten und den Distributionsformen unterscheiden. Was die Inhalte angeht, haben wir im Hinblick auf die „klassischen“ Tatbestandsmerkmale, wie sie auch im Jugendschutzgesetz (JuSchG) normiert sind, eine sehr stabile Spruchpraxis. In den Anfängen der BPjM spielten Sexualität, Gewalt und NS-Verherrlichung eine große Rolle – Tatbestände, die uns heute auch beschäftigen. Hinzu gekommen sind neue Phänomene und Problembereiche wie etwa selbstschädigendes Verhalten. Deutlich verändert haben sich aber die Distributionsformen. Anfang der 2000er-Jahre spielte das Internet zwar schon eine große Rolle, aber der Paradigmenwechsel zum Web 2.0 war noch nicht vollzogen.



Hat sich die Anzahl der Verfahren in der Bundesprüfstelle durch das Internet erhöht?

Nein, die Gesamtanzahl der Verfahren im Jahr ist dadurch nicht signifikant gestiegen. Wir stellen jedoch fest, dass wir zunehmend mehr Indizierungen im Telemedienbereich als im Bereich der Trägermedien haben.

Was war inhaltlich Ihr Arbeitsschwerpunkt in 2016?

Ganz klar: politischer Extremismus, und zwar überwiegend aus dem rechten Spektrum. Auch radikal islamische Inhalte spielten eine Rolle, aber die Anzahl der Indizierungsverfahren aus dem rechtsextremistischen Bereich ist in 2016 signifikant gestiegen. Betrachtet man hierzu die Spruchpraxis in Zehnjahresabschnitten, lässt sich eine Wellenbewegung ausmachen: Es gibt über die Jahre ein konstantes Niveau und einzelne „Peaks“, also Jahre, in denen es sehr viele Verfahren in diesem Bereich gab – das Jahr 2016 gehört dazu.

Extremismus, Hate Speech und andere Formen realer Gewalt sind derzeit große Themen. Denken Sie, dass der Bereich der fiktionalen Gewalt im Jugendmedienschutz an Bedeutung verliert?

Das glaube ich nicht, da die Wirkungsvermutung hier doch sehr stark ist. Die Gefahr eines Transfers der in Computerspielen oder Filmen konsumierten Gewalt in die eigene Lebensrealität ist relativ hoch. Insofern denke ich, dass dieses Thema auch weiterhin eine Rolle spielen wird. Allerdings sehen wir in der Bewertung der Inhalte maßgebliche Entwicklungen: Denken Sie nur an die ersten indizierten Computerspiele. Die sind aus heutiger Sicht hinsichtlich ihres Gefährdungspotenzials als harmlos zu bewerten. Das bedeutet: Die Thematik bleibt relevant, die Bewertung der spezifischen Inhalte erfolgt aber im Zeitkontext. Aufgrund der technischen Entwicklungen gerade im Bereich der Spiele erfolgt eine geänderte Bewertung innerhalb zunehmend kürzerer Zeiträume.

Deshalb werden Filme auch immer wieder von der Liste gestrichen. Ein aktuelles Beispiel ist Tanz der Teufel von Sam Raimi aus dem Jahr 1981, der bis August 2016 in Deutschland wegen seiner drastischen Gewaltdarstellungen beschlagnahmt war, dann „de-indiziert“ und nun von der Freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft (FSK) ab 16 Jahren freigegeben wurde. Woran liegt es, dass sich die Sicht auf einen Film derart ändert?

Die Bewertungsmaßstäbe verschieben sich konstant – je größer die Zeitspannen, umso mehr. Nach Ablauf von 25 Jahren verliert eine Indizierung „automatisch“ ihre Gültigkeit. Das bedeutet: Jede Generation soll neu bewerten,

was sie für jugendgefährdend hält. Da ist es ganz natürlich, dass es zu unterschiedlichen Bewertungen kommt. Was im Bereich der Sexualität vor Jahren als jugendgefährdend galt, erscheint heute zuweilen eher lächerlich. Ähnlich ist es beim Thema „Gewalt“. Das hat mit der Art der Darstellung zu tun, mit dem Setting und mit der Medienkompetenz. Nicht zuletzt hat sich auch das Bild von Kindern und Jugendlichen stark verändert: Man gesteht ihnen heute mehr Autonomie und Mündigkeit zu und hält sie für befähigter, mit Medieninhalten umzugehen. Die Spruchpraxis ist in anderen Bereichen aber auch seit Jahren konstant – beispielsweise, was die Bewertung einer NS-Verherrlichung betrifft –, und in anderen Bereichen hat sich die Annahme einer jugendgefährdenden Wirkung erst über die Jahre entwickelt.

Warum ist ein Film wie Night of the Living Dead von George A. Romero noch immer auf dem Index? Immerhin wurde der Film in die Filmsammlung des Museum of Modern Art aufgenommen!

Das liegt an einem zwar alten, aber noch bestehenden Beschlagnahmebeschluss. Ein solcher war auch im Fall *Tanz der Teufel* der Hinderungsgrund für die Bundesprüfstelle, überhaupt über die Frage der Jugendgefährdung zu entscheiden. Hätte es diesen Beschlagnahmebeschluss nicht gegeben, den die derzeitigen Rechteinhaber aufheben konnten, hätten wir den Film vermutlich auch deutlich früher von der Liste streichen können.

In Deutschland können Inhalte ab 18 Jahren freigegeben werden, einfach oder schwer jugendgefährdend oder auch strafrechtlich relevant sein – wie sinnvoll sind diese Differenzierungen im Erwachsenenbereich heute noch?

Es geht hier nicht in erster Linie um die Bewertung von Inhalten, sondern um unterschiedliche Rechtsfolgen. Ich finde es durchaus richtig zu differenzieren zwischen Jugendgefährdung einerseits – als Bezugspunkt für die Entwicklung und Erziehung von Minderjährigen – und strafrechtlicher Relevanz andererseits – als Bereich des gesellschaftlich nicht Vertretbaren mit Auswirkungen auch auf Erwachsene. Alles Weitere ist meines Erachtens für die Zukunft überdenkenswert.

Kompetenzen im Umgang mit Medien verändern sich, haben sich erweitert und können Gefährdungen relativieren – wo sehen Sie die Grenzen?

Ich würde gar keine Grenzziehung vornehmen zwischen dem, was Medienkompetenz noch leisten kann, und dem, was gesetzlicher Jugendmedienschutz regulieren muss. Meiner Ansicht nach geht es vielmehr darum, dass der gesetzliche Jugendmedienschutz – wie auch die Indizierung – den Rahmen für die Medienerziehung vorgibt und eine

Art „Leitplankenfunktion“ innehat. Mit Blick in die Zukunft sehe ich die Entwicklung weg von der einzelfallbezogenen Wirkungsbetrachtung hin zu einer übergeordneten Definition von zulässigen und nicht mehr zulässigen Medieninhalten in Bezug zu den grundgesetzlich geschützten Werten. Im besten Fall greifen die unterschiedlichen Maßnahmen ineinander und die restriktiven Mittel flankieren gewissermaßen Prävention, Aufklärung und Befähigung.

Damit sprechen Sie eine mögliche neue Aufgabenstellung an, die der Gesetzgeber in einem Entwurf des Jugendschutzgesetzes für die Bundesprüfstelle bereits vorgesehen hatte. Was hat es mit der angedachten „Bundeszentrale für Kinder und Jugendmedienschutz“ auf sich?

Es gibt bereits heute eine ganze Reihe von Institutionen und Akteuren, die hervorragende medienpädagogische Angebote machen, und ich habe den Eindruck, dass man durch eine Bündelung dieser Expertise die Wirkkraft im Sinne der Prävention deutlich erhöhen kann. Hier sehe ich die Rolle der Bundesprüfstelle: Einerseits kann sie eine Katalysatorfunktion haben – vernetzen, koordinieren, bündeln – und andererseits, den gesetzlichen Kernauftrag flankierend, verstärkt auf Öffentlichkeitsarbeit setzen und damit den gesellschaftlichen Diskurs zu bestimmten Themen anstoßen und bereichern. Das ist für mich die Hauptaufgabe: immer wieder auf der Grundlage der Sprechpraxis Impulsgeber in die Gesellschaft zu sein.

Die Novellierung des JuSchG lässt auf sich warten – können Sie trotzdem schon in der beschriebenen Richtung tätig werden?

Wie es mit dem Gesetzentwurf weitergeht, wird sich zeigen. Sowohl die Notwendigkeit als auch die Möglichkeit, dass die Bundesprüfstelle bereits in die angesprochene Richtung agieren kann, sind meines Erachtens nach aber absolut gegeben und Teil einer Neuausrichtung, gerade im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit. Ein gutes Beispiel dafür ist die Führung der Indizierungsliste. Bisher war diese nur einem bestimmten Personenkreis zugänglich, da man befürchtete, dass gerade die Liste der indizierten Trägermedien zu einer Art „Hitliste“ in der breiten Öffentlichkeit avancieren könnte. Ich glaube, dass man damit viel offener umgehen sollte und die Arbeit der Bundesprüfstelle transparenter machen muss. Was haben wir indiziert? Warum haben wir es indiziert? Wenn man diese Informationen mit einer Aufklärungsarbeit verknüpft, kann man damit viel Verständnis und Einsehen schaffen.

Ist das auch Ihre Vorstellung eines zeitgemäßen Jugendschutzes: weniger verhindern, mehr informieren und auf Selbstverantwortung setzen?

Traditioneller Jugendmedienschutz zielte stark auf das Konfrontationsrisiko ab und reagierte mit Abschirmung. Heute muss man meiner Meinung nach die neuen Risiken definieren und dann in Kooperation mit allen gesellschaftlich relevanten Akteuren Lösungen finden. Moderner Jugendmedienschutz muss sich an den Lebensrealitäten von Kindern und Jugendlichen und dem Stand der technischen Entwicklung ausrichten. Nicht umsonst wird die Digitalisierung als vierte industrielle Revolution bezeichnet. Unsere bestehenden Strukturen und Systeme mit all ihren unterschiedlichen Zuständigkeiten führen teils zu langwierigen Prozessen. Hier muss eine Kompetenzbündelung stattfinden, sonst laufen wir Gefahr, dass uns die technischen Entwicklungen im Rahmen der Digitalisierung immer wieder überholen.

Haben Sie den Eindruck, dass sich die Haltung der Bürgerinnen und Bürger gegenüber dem Jugendmedienschutz in den letzten Jahren verändert hat?

Für die Zielgruppe der Eltern ist Jugendmedienschutz sicherlich zentraler geworden, da Medien mittlerweile ein fester Bestandteil im Alltag von Kindern und Jugendlichen sind und z. B. das Internet trotz Risiken auch unglaubliche Chancen auf Bildung und Teilhabe bietet. Mediennutzung prägt im Übrigen auch den Familienalltag. Fast jede Familie hat heute eine eigene WhatsApp-Gruppe, die Kommunikation ist viel unmittelbarer. Auch in den Schulen ist Mediennutzung ein großes Thema.

Wenn Sie noch zehn, 15 Jahre weiterdenken: Wie sieht Ihre Vision für einen Jugendmedienschutz in Deutschland aus?

Aufgrund der wahnsinnig schnellen technischen Entwicklung ist ein solcher Zeitraum ein Quantensprung. Fast unvorstellbar, in welcher Lebensrealität wir uns dann befinden werden, wenn wir z. B. an das Internet der Dinge denken.

Wenn man vom heutigen Stand der Technik 20 Jahre weiterdenkt, gelangt man doch an Vorstellungsgrenzen, wohin sich die Visualisierung von Inhalten noch entwickeln wird. Meine Vermutung ist, dass es um veränderte Wirkungsweisen gehen wird, beispielsweise von Virtual Reality. Meine Vision für ein Jugendschutzsystem wäre ein Gesamtsystem, in dem unterschiedliche Zuständigkeiten keine Hürden darstellen, sondern in dem alle ein gemeinsames, übergeordnetes Ziel haben und Verantwortung tragen. Hier ist z. B. auch die Wirtschaft ein wichtiger Partner. Die Rolle der Bundesprüfstelle sehe ich als eine Art Gatekeeper.

Das Interview führte Claudia Mikat.



**Jörn Ahrens/Lutz Hieber/
York Kautt (Hrsg.):**
Kampf um Images. Visuelle Kommunikation in gesellschaftlichen Konfliktlagen. Wiesbaden 2015: Springer VS. 310 Seiten, 39,99 Euro

Kampf um Images

Als Zielgruppe des vorliegenden Werkes gibt der Verlag Kultursoziologen und Medienwissenschaftler an. Hier übt man sich in falscher Bescheidenheit. Angesichts der zentralen Rolle, die die visuelle Kommunikation in unserer „Gegenwartsgesellschaft“ spielt, wäre den hier aus einer soziologischen Perspektive vorgelegten Grundsatzüberlegungen und Fallstudien eine wesentlich breitere Rezeption zu wünschen. Zuvorderst sollte der Band allen im Jugendschutz involvierten Personen als Pflichtlektüre nahegelegt werden. Derart Interessierte werden durch die von Lutz Hieber aufgezeigten Konfliktlinien direkt angesprochen. Ausgehend von der Erfahrung, dass ihm als jungem Mann die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften die Lektüre von Pauline Réages *Geschichte der O* erheblich erschwert hatte, habe er seinen Fokus als Wissenschaftler „für viele Jahre auf das Feld der Reglementierung visuellen Materials“ (S. 36) gelegt. Da die Gesellschaft durch unterschiedliche soziale Milieus strukturiert ist, kann es laut Hieber „kein allgemein verbindliches Wertesystem geben“ (S. 63). Von daher gehe es bei der institutionellen Einflussnahme auf zirkulierende Images immer auch um die Durchsetzung von Machtverhältnissen im Sinne angestrebter Orientierungen.

So anregend Hiebers Gedanken auch sein mögen, der wesentliche Impuls der vorliegenden Publikation liegt darüber hinausgehend zuerst darin, dass sie verdeutlicht, was sich mit dem Begriff „Images“ verbindet und was ihn nicht zuletzt von der uns zunehmend überflutenden Menge an Einzelbildern abgrenzt.

Einführend gibt York Kautt der entsprechenden Diskussion einen theoretischen Rahmen. Wie im englischen Sprachraum bereits angelegt, gilt es zu unterscheiden zwischen „picture“, dem physisch sichtbaren Bild, und „image“, dem ideellen Gehalt des Bildes. Diametral zu früheren Auffassungen, die Images als „Pseudoereignisse“ deuteten, stellt Kautt angesichts der gewachsenen Rolle der Massenmedien heraus: „Die neue Image-Semantik des Alltags ist nicht Ausdruck eines Realitätsverlustes, sondern umgekehrt eines Realitätsgewinns bzw. ist der Indikator eines realistische(r)en, reflexiven

Blicks auf die Image-Verhältnisse der Mediengesellschaft“ (S. 22).

Carsten Heinze bezieht sich auf York Kautt, wenn er schreibt: „Trotz aller Unterschiedlichkeit im Detail ist der Begriff des Image eng verbunden mit dem Begriff des Schemas, der Rahmen, des Skripts oder der Deutungsmuster“ (S. 153). Daran anknüpfend hinterfragt er das Image des Dokumentarfilms. Wie für einen Fetisch, gerade in Abgrenzung zum Spielfilm, scheint hier zu gelten, dass dieses mediale Format als „Lieferant von Informationen, Aufklärung und Wissen über die Realität“ (S. 154) diene. Heinze setzt dem klassischen Dokumentarfilmimage das relativ neue Genre der Mockumentarys entgegen. Mittels der Parodie wird damit der Realitätsanspruch des Dokumentarfilms unter Ideologieverdacht gestellt und somit konterkariert. Sein Image wird als bewusste Konstruktion decodiert.

Wie aus ganz konkreten Bildern „das Image zum stereotypisierten und handlungsmächtigen Vorstellungsbild wird und zum Sammelbegriff ökonomischer Imagination avanciert“ (S. 206), zeigt in einem Exkurs Anne Ortner am Visitenkartenporträt bzw. am Reklamesammelbild. Genauso aufschlussreich sind Anna Schobers ebenfalls historisch konnotierten Ausführungen zu dem „Everybody“, also einer Konstruktion, mit der möglichst alle angesprochen werden sollen, oder Christoph Lorkes Fragen nach einer symbolischen Nutzung sozialer Images zur Kennzeichnung von „Armut“. Lorke richtet seinen Blick auf beide deutsche Staaten in der Zeit der Teilung. Auf jeder Seite gab es eine Grenzziehung zwischen „würdigen“ und „unwürdigen“ Armen, die durch gleichartige „Armut“-Images geprägt waren. Geht man solchen Entdeckungen nach, eröffnen sich – vermittelt über Images – völlig neue Perspektiven hinsichtlich der Teilungsgeschichte. „Welche Images gesellschaftlich unterstützt, kritisch gesehen oder gar durch zensorische Maßnahmen beschnitten werden, offenbart etwas über die Gesellschaft und insbesondere die hegemoniale Kultur, die sich mit diesen Bildern auseinandersetzt“ (S. 70). Damit benennt Ulrike Wohler eine zentrale These, die alle Aufsätze des Bandes durchzieht. Wohler selbst wendet sich dem Thema von Weiblichkeits- und Männlichkeits-Images innerhalb von Musikvideos zu. Hier macht sie u. a. deutlich, welche fatalen Folgen es haben kann, wenn aus vermeintlich guter Absicht Einzelbilder unkenntlich gemacht werden, ohne die Image-Symbolik des Gesamtangebots zu beachten. Bei einem Michael-Jackson-Video wurden autoerotische Elemente unter Jugendschutzaspekten herausgenommen. Geblieben sind nunmehr unmotivierte Gewalteindrücke mit jetzt erst wirklich zweifelhafter Botschaft.

Images bilden sich in der gesellschaftlichen Interaktion heraus, sie treten zueinander in Konkurrenz und sie stellen Angebote dar, denen gegenüber die einzelnen Subjekte lernen müssen, sinnfällig mit ihnen umzugehen.

Klaus-Dieter Felsmann



Gerald Sieber:
Reenactment. Formen und Funktionen eines geschichtsdokumentarischen Darstellungsmittels. Marburg 2016: Schüren. 316 Seiten, 29,90 Euro

Audiovisuelle Geschichtsvermittlung

Reenactments, also nachinszenierte (Spiel-)Szenen, gehören zu einem wichtigen Gestaltungsmittel in der audiovisuellen Geschichtsvermittlung. Dabei stellen, so Gerald Sieber in Anlehnung an Erving Goffman, fiktionale Szenen per se keinen Bruch mit der „dokumentarischen Rahmung“ einer Produktion im Rezeptionsprozess dar (S. 60 ff.).

Das formulierte Ziel der Arbeit ist es, „[a]uf der Basis narratologischer Theorien und einer mediensemiotisch geprägten Filmanalyse [...] ein(en) Leitfaden [zu] entwickel[n] [...], [um] Reenactments adäquat lesen zu können“ (S. 11). Unverkennbar ist das Bestreben Siebers, Reenactments – anders als dies oft aus geschichtswissenschaftlicher Perspektive geschieht – als Gestaltungsmittel vorurteilsfrei zu analysieren und „ihren darstellerischen Wert für eine faktuale Erzählung zu veranschaulichen“ (S. 219). Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf der *Funktion* von nachgespielten Szenen innerhalb von „Geschichtsdokumentationen“. Was dabei unter „Geschichtsdokumentation“ verstanden wird, erschließt sich eher implizit – insbesondere hinsichtlich der Abgrenzung beispielsweise zum Dokudrama. Somit fokussiert Sieber das Reenactment nicht als ein „geschichtsdokumentarisches Darstellungsmittel“ in seiner ganzen Bandbreite, sondern lediglich als ein Darstellungsmittel in – sehr eng gefassten – Geschichtsdokumentationen seit Mitte der 1990er-Jahre. Auch Dokumentationen mit animierten Reenactments, wie sie mittlerweile zumindest außerhalb der Primetime immer mehr an Bedeutung gewinnen, werden nicht berücksichtigt. Die Studie vergibt damit die Chance, ihren Gegenstand tiefergehend zu historisieren und damit in seiner Entwicklung differenzierter zu analysieren. So muss aus fernsehhistorischer Sicht die (nicht nur) von Sieber vertretene These eines „Tabubruchs“ durch die Verwendung von Reenactments in Geschichtsdokumentationen seit den 1990er-Jahren zumindest relativiert werden.

Sieber differenziert drei Formen der Nachinszenierung anhand ihrer „narrativen Mächtigkeit“ (S. 152), die in Geschichtsdokumentationen makrostrukturell betrachtet allerdings allesamt dem dominanten Voice-over-Kommentar

untergeordnet seien: fotografische, nonverbale und verbale Reenactments. Dabei wirkt die Bezeichnung „fotografisches Reenactment“ unglücklich gewählt, da hier „extra inszenierte Nachstellungen gemeint sind, welche lediglich Anschauungsmaterial in bewegte Bilder setzen“ (S. 166, C. H.) oder museale Räume „erkunden“. Nonverbale und verbale Reenactments unterscheiden sich nach Sieber in ihrer narrativen Eigenständigkeit: „Die non-verbale Reenactments fassen alle Reenactments zusammen, welche [...] kaum verbal-sprachliche Kommunikationsakte vollziehen [...]. Als verbale Reenactments seien alle Nachstellungen gemeint, welche mit Schauspielern dynamische Schauspielakte inszenieren“ (S. 167, H. i. O.). Nonverbale Reenactments sind dabei stärker mit Zeitzeugeninterviews, Expertenstatements, Archivmaterial und/oder dem Voice-over-Kommentar verwoben als verbale Reenactments, die „den Rekonstruktionsprozess der Metadiegeese mehr oder weniger alleine tragen“ (S. 167).

Als Funktionen beschreibt Sieber Visualisierung, Perspektivierung, Narrativierung und Ideologisierung, aber auch perzeptive Funktionen (wie Abwechslung, Verständnis, Veranschaulichung, Emotionalisierung und affektive Anteilnahme) sowie die paradoxe Funktion der Authentifizierung durch Diskursivierung. Zu ergänzen wäre hier sicherlich noch der Aspekt der Ästhetisierung. Zudem ist anzumerken, dass natürlich auch andere Darstellungsmittel die genannten Funktionen übernehmen können (Archivbilder visualisieren, Zeitzeugen erzählen, der Kommentartext ideologisiert etc.). Reenactments erfüllen die Funktionen somit in einem Wechselspiel mit anderen Darstellungsmitteln.

Das Buch ist theoretisch und analytisch auf hohem Niveau, und dennoch hinterlässt es – nicht nur aufgrund der mangelnden historischen Tiefenschärfe – insgesamt einen etwas zwiespältigen Eindruck: Begriffe wie Gattung, Genre und Format werden völlig unreflektiert und mehr oder weniger synonym verwendet. Journalistische Termini werden nicht immer korrekt gesetzt. Die ästhetische Bandbreite von Reenactments – insbesondere hinsichtlich antiillusionistischer Inszenierungsweisen – wird ebenso wenig systematisch aufgearbeitet wie die selbstreflexiven Potenziale von Spielszenen innerhalb dokumentarischer Produktionen (auf solche Aspekte wird lediglich im Schlusskapitel cursorisch hinsichtlich eines möglichen Bruchs mit der Illusion der sogenannten vierten Wand verwiesen). Einen wirklichen „Leitfaden“ bietet die Arbeit letztendlich auch nicht an.

Wenn Sieber zu dem Schluss kommt, „dass das Potenzial an Verwendungsmöglichkeiten der Reenactments kaum ausgeschöpft“ (S. 227) sei, so mag dies für die von ihm analysierten Primetime-Geschichtsdokus zutreffen (und könnte hier als Anregung dienen, mehr Gestaltungsspielraum zu wagen). Doch an der ästhetischen Vielfalt von Reenactments, die das (bundes-)deutsche Fernsehen in seiner Geschichte herausgebildet hat, geht ein solcher Befund völlig vorbei.



Ulrich Hamenstädt (Hrsg.):
Politische Theorie im Film.
 Wiesbaden 2016: Springer VS.
 313 Seiten, 39,99 Euro

Politische Theorie im Film

Es wird wohl ein Geheimnis des Herausgebers und des Verlags bleiben, warum sie die hier vorliegende spannende Aufsatzsammlung unter einen eher irreführenden Titel gestellt haben. Bei den einzelnen Texten geht es primär nicht um „politische Theorie im Film“, sondern zuerst um eine „politiktheoretische Analyse von Filmen“ (S. 8), wie es in der Einleitung auch richtigerweise heißt. Filme als Abbild und gleichzeitig als Mythos gesellschaftlicher Realität zu hinterfragen, ist in jüngster Zeit eher aus der Mode gekommen. Dabei sind nicht a priori politisch angelegte Projekte à la Michael Moores *Fahrenheit 9/11* oder Ken Loachs *Ich, Daniel Blake* gemeint, sondern Genrestücke, die gemeinhin ausschließlich unter Unterhaltungsaspekten rezipiert werden. Ausgehend von Theorien der politischen Soziologie, der internationalen Beziehungen und der politischen Philosophie, die zugleich die Kapitelstruktur des Bandes vorgeben, untersuchen die Autoren cineastische Angebote nach gesellschaftlichen Bezugspunkten.

Die Textsammlung eröffnet André Beckershoff, der Francis Ford Coppolas *Der Pate* – basierend auf den Theorien Pierre Bourdieus – hinsichtlich „der Frage nach der Reproduktion einer sozialen Ordnung (in diesem Fall der Mafia)“ (S. 25) analysiert. In der Folge diskutiert Stephan Engelkamp mit Blick auf Christopher Nolans *Batman*-Trilogie, was erlaubt ist, um das Recht zu verteidigen, und worin dabei die Grenzen von Gewalt liegen. Bruce Wayne alias Batman schafft in einem aus den Fugen geratenen fiktiven Kosmos eine gewisse Ordnung und bedient damit die realen Sehnsüchte nicht weniger Zeitgenossen. Was heißt das aber bezüglich der Folie von Giorgio Agambens Theorie der Ausnahme, wie sie Engelkamp bemüht? Offenbar scheint die Kontinuität des Ausnahmezustandes erforderlich und gleichzeitig bleiben wirkliche politische Alternativen ausgeschlossen. Man kann die *Batman*-Erzählung als kritische Auseinandersetzung mit der genannten Kausalität begreifen, man kann in ihr aber auch eine fatalistische Bestätigung des Unvermeidlichen sehen. Damit wird ein Faktum angesprochen, das alle hier versammelten Aufsätze durchzieht. Kirsten Hoesch hebt es

explizit am Ende ihrer Auseinandersetzung mit dem gemeinhin als Splattermovie postulierten Film *Machete* von Robert Rodriguez hervor, den sie „aus dem Blickwinkel des US-amerikanischen Migrationsdiskurses interpretiert“ (S. 60): „[W]ie der Zuschauer seine jeweils individuelle Deutung konstruiert“ (S. 80), hängt u. a. von dessen Vorwissen und der spezifischen Genreerwartungen ab.

Den Stellenwert der subjektiven Rezipientenperspektive hebt auch Julia Lux hervor, wenn sie sich fragt, inwiefern Erkenntnisse der politikwissenschaftlichen feministischen Forschung, auf deren Grundlage sie die TV-Serie *Game of Thrones* betrachtet, beim Zuschauer eine Resonanz erfahren. Wird gewürdigt, dass innerhalb der Erzählung Frauen durchaus eine wichtige Rolle spielen und damit patriarchische Strukturen infrage stellen, oder bleibt der Blick auf Darstellungen von sexualisierter Gewalt fixiert, was wiederum eine einseitige „heterosexuelle, männliche Perspektive reproduziert“ (S. 111)?

Jeder der 14 im Buch versammelten Aufsätze stellt, so wie in den angesprochenen Beispielen, einen interessanten Zusammenhang zwischen filmischen Produktionen im Blockbusterbereich und gesellschaftspolitischen Fragestellungen her. Wie zeigt sich etwa die Wahrnehmung islamistischer Terrorbedrohung in der Comedyserie *Family Guy* oder welche geopolitischen Entwicklungen werden angesichts der *James Bond*-Reihe sichtbar?

Im letzten Text des Bandes setzt sich Ibrahim Can Sezgin mit den ersten beiden Teilen des über 30 Jahre währenden Leinwandmythos vom Boxer Rocky Balboa, gespielt von Sylvester Stallone, auseinander. Hier wird die Darstellung der Gewalt im Boxring auf der Grundlage der Theorien des Frankfurter Sozialphilosophen Axel Honneth als „Symbolik des Kampfes um soziale Anerkennung“ (S. 297) interpretiert. Rocky kämpft zunächst um individuelle Anerkennung in Fish-town, einem Armen- und Migrantenviertel von Philadelphia, und danach um Anerkennung seines Milieus im nationalen Rahmen. Dabei ist er gleichzeitig, wie Sezgin schreibt, „mit den utopischen Idealen der Vereinigten Staaten – Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Menschlichkeit“ (S. 311) konfrontiert.

Für die intellektuelle Elite hierzulande ist nicht nur die Rocky-Saga, sondern sind auch viele der anderen filmischen Erzählungen, die der vorliegende Band aufgreift, eher suspekt. Hier wäre etwas mehr Toleranz empfehlenswert. Und sei es allein darum, politische Erfolge eines Donald Trump genauer verstehen zu können.

Klaus-Dieter Felsmann



Jonas Nesselhauf/Markus Schleich (Hrsg.):
Das andere Fernsehen?! Eine Bestandsaufnahme des „Quality Television“.
 Bielefeld 2016: transcript. 303 Seiten, 39,99 Euro

Quality-Fernsehen

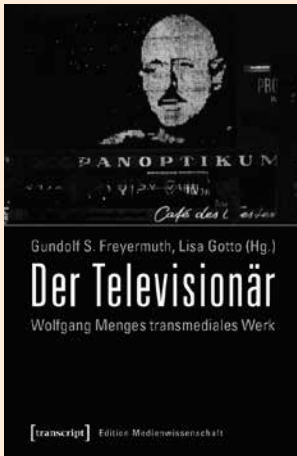
In ihrem Vorwort gehen die beiden Herausgeber dieses Sammelbandes dem Gefühl nach, dass das Beste bereits vorbei, das sogenannte dritte goldene Zeitalter des Fernsehens seinem Ende nahe sei. Fernsehkritiker sahen nach dem Ende der Serie *Mad Men* im Frühsommer 2015 das „postqualitative“ Serienzeitalter heraufziehen. In der Tat spricht vieles dafür, allein wenn man bedenkt, dass in den USA zurzeit mehr als 400 Serien pro Jahr neu auf die Bildschirme kommen. Und wir wissen, dass Masse nur selten in Qualität umschlägt. Für die Herausgeber sowie Autorinnen und Autoren ist das Anlass genug, sich mit dem Ende und den Enden des Qualitätsfernsehens zu befassen, „denn der Blick darauf, wie eine Serie die eigene Geschichte zu Ende bringt, legt den Fokus dahingegen wieder (zwangsläufig und retrospektiv) auf das gesamte Seriennarrativ und erlaubt dadurch Rückschlüsse auf die Serie insgesamt (konkret auf ihr serielles Erzählen von der ersten bis zur finalen Staffel)“ (S. 20, H. i. O.). Um zu sehen, wie das Zeitalter des Quality-Fernsehens zu einem Ende kommt, reicht der literaturwissenschaftliche Blick jedoch nicht, da er die Produktionsbedingungen und die Entwicklung der Fernsehindustrie außer Acht lässt. Quality-Fernsehen war das „andere“ Fernsehen, das sich vom „normalen“ Fernsehen abgrenzt, aber auch nur in der Diskussion seiner Kritiker und Wissenschaftler, die auf Distinktion und Abgrenzung Wert legen. Die Herausgeber lassen sich entsprechend auch nur auf eine sehr vage Definition ein: „Dieses ‚andere‘ ist nicht zwangsläufig ein ‚besseres‘ Fernsehen, aber eines, das die Sehgewohnheiten (Erwartungen an das Medium) austestet und durchaus strapaziert, ästhetisch experimentell und innovativ erzählt, über die Mattscheibe hinausreicht („Fernsehen 2.0“ und transmediales Erzählen) und nicht zuletzt eine Geschichte gut und stringent zu Ende erzählt“ (S. 26). Mit den Worten des Rezensenten: eine Serie, die den bürgerlichen Ansprüchen an Kunst genügt und zur Distinktion taugt. Das aber wird dem Medium Fernsehen nicht gerecht.

Die 15 Beiträge des Buches sind jeweils zu fünf drei großen Themenfeldern zugeordnet: 1) Theorien des anderen Fern-

sehens, 2) Fallstudien zur Qualitätsfrage und 3) Von Comedy zur Quality. Judith Lehmann versucht in ihrem Beitrag, das Quality-Fernsehen von den Rändern her zu verstehen. Sie beschreibt drei sich ergänzende aktuelle Entwicklungstendenzen: „Erstens ist eine Gegenbewegung im Gange zur vielfach konstatierten dekadenten Überbietung und Opulenz“ (S. 53), zweitens eine Wiederkehr der Episodenserie und drittens „ist es trotz aller Kürze und neuen Episodizität mit den langlaufenden Narrativen noch lange nicht vorbei“ (ebd.). Martin Lamprecht setzt sich unter Rückgriff auf François Truffaut mit der Seriephilie auseinander und vergleicht sie mit der Cinephilie. Dabei wird besonders deutlich, wie sehr es sich um Distinktionsmerkmale handelt. Nora Hannah Kessler zeigt in ihrem Beitrag zu Antihelden in Serien wie *Dexter* oder *Hannibal*, welche Faszination diese ambivalenten Figuren auf die Zuschauer ausüben, wie sie uns zu Komplizen machen, ohne dass wir Sympathie für sie empfinden. „Die neueren Serien mit ihrer häufigen Thematisierung von Antihelden zeigen also, dass sich letztlich jede Art von Figur zur Parteinahme eignet, ganz unabhängig davon, ob sie uns sympathisch erscheint oder ob wir ihr Begehren nachvollziehen oder gar gutheißen können – zumindest wenn wir ihr nur nahe genug kommen“ (S. 101). Die Nähe zu den Figuren, die filmisch und narrativ hergestellt wird, macht hier den Unterschied aus. Leider enthält der Band nur wenige Beiträge wie diesen, dessen Erkenntniswert über die behandelte einzelne Serie hinausweist. Das trifft leider auch auf den Beitrag von Dominik Schmitt zu, der sich mit der Serienadaption des Films *Fargo* der Coen-Brüder befasst. Hier wird ein Phänomen aufgegriffen, das zwar nicht neu, aber sehr aktuell ist: die Adaption von mehr oder weniger erfolgreichen Filmen, um – in der Regel – horizontal erzählte Serien zu schaffen. Auch hier wäre der Blick über den – zugegeben interessanten – Einzelfall hinaus erkenntnisbringender gewesen.

Trotz der genannten Schwächen bietet der Band einen gelungenen Überblick über aktuelle Tendenzen der sogenannten Qualitätsserien, unabhängig von der Frage, ob sie am Ende sind oder nicht.

Prof. Dr. Lothar Mikos



Gundolf S. Freyermuth/Lisa Gotto (Hrsg.):
Der Televisionär. Wolfgang Menges transmediales Werk. Kritische und dokumentarische Perspektiven.
 Bielefeld 2016: transcript. 776 Seiten, 69,99 Euro

Der Televisionär Wolfgang Menge

Leider erscheinen Studien über die Geschichte des deutschen Fernsehens oder über einzelne Protagonisten des televisuellen Mediums noch immer viel zu selten. Dabei ist der historische Blick auf die deutsche Television und ihre Akteure durchaus lohnenswert. Einer der prominentesten und einflussreichsten Fernsehautoren der Bundesrepublik war Wolfgang Menge (1924–2012). Diesem „Visionär der deutschen Film- und Fernsehkultur“ (S. 261) widmet sich der von Gundolf S. Freyermuth und Lisa Gotto herausgegebene Sammelband. Vorausgegangen war der Publikation eine Konferenz an der Technischen Hochschule Köln anlässlich des 90. Geburtstages Menges im April 2014.

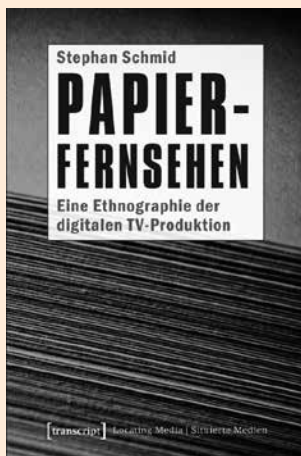
Wolfgang Menges Drehbuchvorlagen für das öffentlich-rechtliche Fernsehen, die zwischen „Faktizität und Fiktionalität“ (S. 100) pendeln, wie beispielsweise die Fernsehserien *Ein Herz und eine Seele* (1973–1976) und *Motzki* (1993), die Fernsehspiele *Die Dubrow-Krise* (1969), *Das Millionenspiel* (1970) und *Smog* (1972) oder seine Rolle als Gastgeber der Fernsehtalkshow *3 nach Neun* (seit 1974) fanden ein Millionenpublikum. Dieser Erfolg machte den streitbaren Autor, der vom Journalismus über die Literatur und das Theater zum Radio kam und seine berufliche Heimat bei Film und Fernsehen fand, zu einer öffentlichen Person. Mit politisch engagierten Stoffen beobachtete Menge die gesellschaftspolitischen Entwicklungen in der Bundesrepublik für ein halbes Jahrhundert überaus kritisch, spielte virtuos mit den medienspezifischen Programmformaten und wurde so selbst zum Teil der Fernsehgeschichte.

Sein provokantes, innovatives und transmediales Werk (das im Buch abgedruckte Werkverzeichnis Menges umfasst über 60 Seiten) offenbart sich aus der gegenwärtigen Perspektive als erstaunlich weitsichtig. Um zu erahnen, wie treffend der Buchtitel *Der Televisionär* gewählt ist, genügt ein Blick auf drei seiner bekanntesten Fernsehspiele, die sich mit der plötzlichen Wiedervereinigung (*Die Dubrow-Krise*), dem Privatfernsehen (*Das Millionenspiel*) und einer nahenden Umweltkatastrophe (*Smog*) beschäftigen. „In dieser Vielfalt“, so Gundolf S. Freyermuth in seinem einleitenden Beitrag,

„erweist sich Wolfgang Menge so als wichtigster und zugleich populärster Autor, den das bundesdeutsche Fernsehen in seinen öffentlich-rechtlichen Pionier- und Gründerjahren fand“ (S. 202).

Auf den 776 Seiten des Buches werden in drei sehr unterschiedlichen Kapiteln Wolfgang Menges Arbeiten herausgestellt, mit denen er über die zeitgenössischen Mediengrenzen hinweg authentisch und kritisch auf die bundesdeutsche Gesellschaft schaute. Die Herausgeber betonen die Autorschaft Menges und sein kontinuierliches und transmedial vermitteltes Bemühen um Authentizität (vgl. S. 200 ff.). Im ersten Kapitel widmet sich Gundolf S. Freyermuth Menges Leben und Werk, die er in den einzelnen Abschnitten seines lesenswerten ca. 200-seitigen Beitrags sehr unterschiedlich „medienhistorisch kontextualisiert und medientheoretisch reflektiert“ (S. 12). Hier zeigt sich, dass Freyermuth einzelne Textbausteine bereits an anderer Stelle veröffentlicht und sie für den einleitenden Aufsatz neu zusammengefügt hat (vgl. S. 97). Im zweiten Teil werden unter der Überschrift „Kritische Perspektiven“ acht Essays aufgeführt, die sich sehr elaboriert und pointiert mit den Einzelmedien in Menges Œuvre beschäftigen. Hervorzuheben sind vor allem Barbara Naumanns Streifzug durch Menges Bibliothek und seine Lektüre-Praxis, die sie im weiteren Sinne als „Mengeschen Arbeitsstil ‚in Büchern‘“ (S. 223) bezeichnet, und Lisa Gottos Analyse der spekulativen Fernsehspiele, die aus ihrer Sicht „televisuelles Wissen [...] durch spekulative Verfahren überhaupt erst generieren“ (S. 286 f.). Das dritte und letzte Kapitel vereint in einer Art Rundumperspektive 24 bekannte und weniger bekannte Texte, Porträts, Gespräche und Erinnerungen von und über Wolfgang Menge. Zahlreiche, z. T. farbige Abbildungen wurden in sehr unterschiedlicher Qualität abgedruckt und unterstützen das Lesevergnügen. Dieser Sammelband und insbesondere das Werkverzeichnis sind für zukünftige Forschungen zu Akteuren des bundesrepublikanischen Fernsehens von unschätzbarem Wert. Leser, die sich für die bundesdeutsche Geschichte des Fernsehens interessieren, kommen an dieser beeindruckenden und allumfassenden Publikation über einen der wichtigsten Protagonisten der Television nicht vorbei. Hoffentlich dient dieses Buch anderen Forschern als Vorbild, sich mit ähnlicher Akribie und Sorgfalt weiteren Fernsehakteuren zu widmen und der Fernsehhistoriografie zu mehr Sichtbarkeit zu verhelfen.

Andy Räder



Stephan Schmid:
Papier-Fernsehen. Eine Ethnographie der digitalen TV-Produktion.
 Bielefeld 2015: transcript.
 354 Seiten, 34,99 Euro

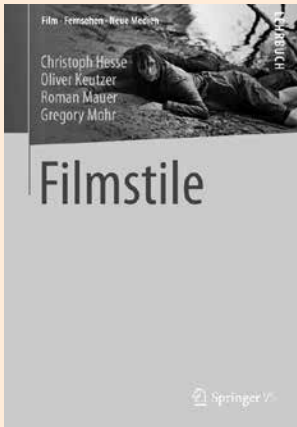
Digitale Fernsehproduktion

Einsichten in die Produktionsprozesse von Fernsehen sind selten, außer für die Beteiligten selbst, die aber nur einen Ausschnitt in ihren jeweiligen Aufgabenfeldern erleben und erkennen. Mit dem Buch von Stephan Schmid liegt ein besonderes Werk vor, denn der Autor hat selbst in einer Agentur und bei einem Fernsehsender gearbeitet. Seine Methode ist die der Eigenethnographie, d. h., er betrachtet und reflektiert kritisch die eigene – in diesem Fall – Arbeitspraxis mit dem ethnographischen Blick. Das ist dem Autor, um es vorwegzunehmen, mehr oder weniger gut gelungen. In seiner Einleitung stellt Schmid sein Untersuchungsziel dar und spannt den theoretischen und methodologischen Rahmen. Er versucht, sozialwissenschaftliche mit ökonomischen und medienwissenschaftlichen Theorien zu verbinden. Dabei darf die derzeit hippe Akteur-Netzwerk-Theorie nicht fehlen. Ethnomethodologie als die Beobachtung von Alltagshandlungen spielt ebenso eine Rolle wie die ethnographische Methode, bei der sich der Forscher auf eine fremde Lebenswelt einlässt und sie nicht nur beobachtet, sondern auch an ihr teilnimmt. Leider wird in dem Buch nicht deutlich, ob Schmid mit dem Vorhaben, eine solche Studie zu erstellen, in die Agentur und zu Sky gegangen ist, oder ob er sich während der Arbeit dort überlegt hat, so ein Buch zu machen. Letztlich macht das keinen großen Unterschied. Wichtig ist für den Autor der Unterschied zwischen „Unikatproduktion“ und „Fließbandarbeit“, womit auch die beiden großen ethnographischen Kapitel überschrieben sind. Für das Kapitel „Unikatproduktion“ hat der Autor die Produktion eines Trailers für die Formel-1-Saison 2009, den die Agentur Creation Club für den Sender Premiere, der heute Sky heißt, hergestellt hat. Schmid hat zu der Zeit als Abteilungsleiter Sport Promotion bei der Agentur gearbeitet. Für das Kapitel „Fließbandarbeit“ untersuchte der Autor die Nachrichtenproduktion des Sky-Sport-News-Kanals. Schmid war einer von drei Projektmanagern, die mit dem Aufbau und der Leitung des Kanals betraut waren. Hier ist leider nicht der Platz, um auf die sehr detaillierten Beschreibungen und Analysen einzugehen. Im Fall der Produktion des Trailers

beschreibt der Autor zunächst die Agentur und den Sender, bevor er ausführlich auf die Konzeption und Vorproduktion sowie Produktion und Postproduktion eingeht. Schmid bietet einen detaillierten Einblick in die Abläufe der Herstellung eines Trailers und kommt zu dem Fazit: „Am Ende des beschriebenen dreimonatigen Produktionsprozesses steht ein Produkt von 60 Sekunden Länge, für das die Agentur und die beteiligten Producer, Graphiker und Tonmeister viel Lob sowie eine wichtige internationale Auszeichnung beim bedeutendsten Branchentreffen in New York erhalten haben. Das Überschreiten des Budgets spielt in diesem Fall keine große Rolle, denn durch den Erfolg der Kampagne reduzierte sich die Preissensibilität der Akteure auf Kundenseite“ (S. 174). Im Kapitel über die „Fließbandarbeit“ beschreibt Schmid zunächst das Projekt Sky Sport News, bevor er ausführlich auf die Organisation des Aufbaus, die Organisation des Ablaufs und die Industrialisierung der Nachrichtenproduktion eingeht. Hierbei wird auch deutlich, welche Rolle die technische Entwicklung in der digitalen Produktion spielt: „Auch das Konzept der Regieautomation beruht auf vorab programmierten Templates. Ein Template in der Regie steuert multiple Prozesse und Geräte. In einer traditionellen Regie sind zehn bis 15 Personen notwendig, in dieser automatisierten Regie arbeiten maximal drei Personen“ (S. 294). Doch trotz digitaler Produktion eint eines beide dargestellten Produktionsarten: die unmäßige Verwendung von Papier, die sowohl zur Planung als auch zur Organisation des Produktionsprozesses verwendet wird. Daher erklärt sich auch der Titel *Papier-Fernsehen*, der an sich im Widerspruch zu digitaler Produktion zu stehen scheint.

Das Buch bietet einen sehr lesenswerten Einblick hinter die Kulissen der Produktion eines Trailers für Sportübertragungen und den Aufbau und die Organisation eines Nachrichtenkanals für Sport. Leider lassen sich Beschreibungen und Ergebnisse nur begrenzt verallgemeinern, da z. B. die Produktion eines Trailers für eine Fernsehserie nach anderen Mustern funktioniert. Generell problematisch ist die Darstellung von Nachrichtenproduktion als Fließbandarbeit. In Großbritannien hat gerade Paul Dwyer darauf hingewiesen, dass die Produktion von Filmen und Fernsehsendungen nicht mit industrieller Fließbandarbeit verglichen werden kann, da sich die Prozesse der Produktion zu sehr unterscheiden. Zudem ist der Mehrwert der Akteur-Netzwerk-Theorie für die Erklärung der hier verhandelten Prozesse der digitalen Fernsehproduktion zu hinterfragen. Dennoch liefert Schmid mit seinem Buch einen wichtigen Beitrag zum Feld der Production Studies.

Prof. Dr. Lothar Mikos



**Christoph Hesse/Oliver Keutzer/
Roman Mauer/Gregory Mohr:**
Filmstile. Wiesbaden 2016:
Springer VS. 435 Seiten, 29,99 Euro

Filmstile

Stil sei eine wahrnehmungstheoretische Frage des Verhältnisses des Auges zur Welt. Diese Aussage des Kunsthistorikers Heinrich Wölfflin lässt sich durchaus auf die Filmgeschichte anwenden. Auf der Suche nach Stilmustern setzen die Autoren in ihrer plausibel strukturierten, detail- und kenntnisreichen Analyse drei Unterscheidungen an. Mit dem Begriff „Stil“ verbinden die Autoren charakteristische Gestaltungsmerkmale, die Filme eines Landes oder einer bestimmten Zeit gemein haben. Stil könne aber auch ein ganz individuelles Merkmal sein, welches das Werk eines einzelnen Künstlers oder einen Film charakterisiere. Zudem identifizieren sie weitere künstlerische Gestaltungsmittel wie Kamera- oder Schauspielstile. Die Autoren verstehen ihren Stilbegriff als eine „begriffliche Annäherung“ und gehen hier sehr diskursiv heran. So enthält der Band auch ein Kapitel über Stiltheorien der Kunstgeschichte. Hinsichtlich der Filmgeschichte geht es um Konventionen, Schemata und deren Korrekturen oder Variationen. Auf diese grundsätzlichen Überlegungen folgt ein ebensolcher Exkurs durch Stiltheorien der Filmwissenschaft, der vom russischen Formalismus über André Bazin und Siegfried Kracauer bis hin zu postmodernen Theorien reicht. Das bietet eine gute theoretische Grundierung für den Hauptteil des Lehrbuches, der aus einer chronologischen und beispielreichen Reise durch Epochen der Filmgeschichte besteht. Hier gibt es das volle Programm: Stummfilm 1895 bis 1927 in diversen nationalen Spielarten, wie deutscher Expressionismus, französischer Impressionismus oder sowjetisches Montagekino. Es folgt der Tonfilm bis in die 1940er-Jahre, wobei die Autoren das klassische Hollywoodkino mit seiner erzählerischen Dominanz und die frühen Horror-Spielarten der Universal-Studios fokussieren. Außerdem widmen sich die Autoren wichtigen Filmkulturen jener Zeit wie dem poetischen und dem sozialistischen Realismus sowie dem NS-Propagandafilm, wobei die Abhandlungen teilweise recht kurz gefasst sind (z. B. NS-Film nur vier Seiten). Einer kurzen Überblicksdarstellung zu stilprägenden Aspekten der jeweiligen Epoche folgen exemplarische Filmanalysen. Am Ende eines jeden Unterkapitels

sind Tipps zu paradigmatischen Filmen sowie Literaturhinweise zu finden, die allerdings eher pragmatisch und nicht besonders umfangreich ausfallen. Mit italienischem Neorealismus, Nouvelle Vague, British New Wave, New Hollywood und dem Neuen Deutschen Film ist das Kino der Moderne bis in die 1970er-Jahre gut beschrieben. Das Buch widmet sich vor allem etablierten Zentren der Filmgeschichte (Hollywood, Westeuropa, Osteuropa und Sowjetunion). Eine vergleichende Betrachtung anderer Filmkulturen (Lateinamerika, Asien), wie sie im Kapitel zur Nouvelle Vague kurz aufscheint, wäre wünschenswert gewesen. So bleibt der Exkurs eher im Fahrwasser einer herkömmlichen und kaum überraschenden Filmgeschichtsschreibung. Auch offensichtliche Vorlieben der Autoren werden deutlich, wenn z. B. das New-Hollywood-Kapitel umfangreicher und präziser ausfällt als andere nicht weniger wichtige Bereiche.

Das Buch ist ein elaboriertes Patchwork zur Filmgeschichte. Es weist Zusammenhänge aus und bündelt enzyklopädisches Wissen. Das Filmregister im Anhang erleichtert zudem die Orientierung. In die filmgeschichtlichen Exkurse sind auch Reflexionen zeitgenössischer Theoretiker eingeflochten, die die stilistischen Analysen gut kontextualisieren. So finden wir im Kapitel zur Postmoderne und Postklassik natürlich die entsprechenden Verweise zu Jean-François Lyotard, Umberto Eco oder Vilém Flusser. Inhaltlich macht das Buch bei seiner Reise durch die Filmstile noch Station beim Cinéma du Look, beim US-Independent-Film und im neuen Jahrtausend bei Aspekten der Digitalisierung (CGI, 3-D, digitale Effekte), der Berliner Schule und New French Extremity. Zwei Exkurse befassen sich mit Dokumentar- und Experimentalfilmen. Im zweiten Teil des Buches analysieren die Autoren Individualstile, ohne dabei eine simple Galerie großer Meister zu präsentieren. Die Auswahl bestimmen Bereiche künstlerischer Gestaltung, in denen individuelle Besonderheiten zur Geltung kommen, wie z. B. Regie, Drehbuch, Kamera, Montage, Sound Design oder Filmarchitektur. Besonders empfehlenswert sind die Betrachtungen stilistischer Kontinuitäten, die mit den hergebrachten Konzepten von Epochal-, National- und Individualstilen nicht zu fassen sind. Hier werden fünf strukturelle Aspekte fokussiert, die noch einen anderen Blick auf Filmgeschichte ermöglichen: Realismus, Fantastik, Surrealismus, Minimalismus und Opulenz. Die Schlussbetrachtungen zur Stilistik audiovisueller Medien bilden einen saloppen Ritt durch aktuelle Produktionsmerkmale, dem jedoch eine gewisse Willkürlichkeit anhaftet. Es wäre auch ohne ihn gegangen.

Für eine filmgeschichtliche Systematik ist dieses Lehrbuch gut geeignet. Es sensibilisiert für stilistische Clusterbildungen. Demzufolge richtet es sich vorrangig an Lehrer, Dozenten und Studierende der film-, medien- und kulturwissenschaftlichen Zunft.

Dr. Uwe Breitenborn



Anja Schmidt (Hrsg.):
Pornographie. Im Blickwinkel der feministischen Bewegungen der Porn Studies, der Medienforschung und des Rechts. Baden-Baden 2016: Nomos. 176 Seiten, 46,00 Euro

Pornografie

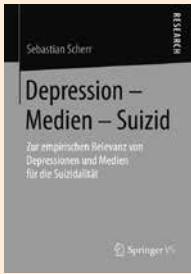
Die Herausgeberin des zu rezensierenden Bandes stellt in ihrem Vorwort nach einer kurzen Einführung in den aktuellen Forschungsstand heraus, dass es in den meisten erwähnten Publikationen zum Thema „Pornografie“ immerhin einen rechtswissenschaftlichen Beitrag gibt, aber die juristische Perspektive insgesamt zu kurz kommt. Zudem weist sie darauf hin, dass interdisziplinäre Diskurse und alternative Pornografiebewegungen in den Rechtswissenschaften kaum wahrgenommen werden. Recht hat sie hiermit insofern – soweit sich dies als Nichtjuristin beurteilen lässt –, als der juristischen Perspektive im Pornografiediskurs, so wie er sich in den sozial-, erziehungs- und medienwissenschaftlichen Fächern darstellt, eher eine untergeordnete Rolle zukommt. Daher liefert das vorliegende Buch – bestehend aus sechs Beiträgen mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen – einen Einblick in verschiedene Diskursstränge zu Pornografie mit einer klaren juristischen Fokussierung.

Der erste Artikel von Michael Bader widmet sich den PorNO!-Positionen und ordnet diese in einen historisch gewachsenen Entwicklungszusammenhang ein, wobei er nordamerikanische und westdeutsche Positionen und Gesetzgebungen in einen größeren juristischen Kontext stellt. Deutlich werden hier die anti- und proporn-treibenden Kräfte und vor allem auch, dass hier heterogene Positionen am Werk sind. Der darauf folgende Beitrag von Ekaterina Nazarova fokussiert die Gegenposition, nämlich PorYes!, und zeichnet hier die unterschiedlichen Strömungen der sexpositiven Frauenbewegungen nach. In ihrer Darstellung bezieht sie sich auch auf die zweite Welle der Frauenbewegung, wodurch der Pornografiediskurs in den Kontext sexueller Selbstbestimmung von Frauen gestellt wird. Sexpositive Aktivistinnen und Aktivisten setzen sich für vielfältige sexuelle Praktiken ein und versuchen, diese sichtbar zu machen. Dem würde ein Pornografieverbot der Anti-Pornografie-Feministinnen entgegenstehen, denn dieses drängt Frauen wieder in eine Opferrolle und spricht ihnen eine eigene Sexualität ab. Im nächsten Beitrag von Nina Schumacher stehen die Porn Studies, eine der Hauptbegründerinnen ist Linda Williams,

und die Pornografie aus einer kulturwissenschaftlichen Perspektive im Mittelpunkt. Schumacher beschreibt dezidiert, wie sich mit Linda Williams die Porn Studies etabliert haben. Interessant ist auch der dritte Teil, in dem sie sich auf die Dissertation von Helen Hester bezieht, die in ihrer Arbeit „vier Merkmale des Pornographischen heraus[gearbeitet hat], nämlich Lüsterheit, Authentizität, Intensität und Grenzübertretung“ (S. 73). Schumacher füllt diese Charakteristika mit Beispielen und kommt letztlich zu dem Schluss, dass Hesters Charakterisierung jedoch verstärkt das „Bedrohliche am Pornographischen“ (S. 79) betont. Richard Lemke und Mathias Weber verfolgen in ihrem Artikel eine sozialwissenschaftliche Perspektive und geben einen umfassenden Überblick über neuere, empirische Studien zur Wirkung von Pornografie. Der Ertrag ihrer Zusammenschau ist ein tief greifender Einblick in Erkenntnisse der empirischen Pornografiewirkungsforschung, wobei sie eine kritische und einordnende Perspektive in Bezug auf die vorgestellten Studien einnehmen. An die Wirkungsforschung schließt Ralf Vollbrecht mit einem medienpädagogischen Blick auf die Pornografienutzung im Jugendalter an. Er zeichnet die Entwicklung des Kinder- und Jugendmedienschutzes seit den 1950er-Jahren nach und legt offen, wie sich die Annahmen und Vorstellungen der Wirkung von Pornografie auf Kinder und Jugendliche sowie der Nutzung durch Jugendliche im wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Diskurs gewandelt haben. Der abschließende Artikel von Anja Schmidt resümiert noch einmal alle zuvor dargestellten Perspektiven und beleuchtet sie im Kontext der Rechtswissenschaft. Sie betont, wie wenig die vorgestellten Positionen in der Jurisprudenz Berücksichtigung finden und liest sie als Impulsgeber für den strafrechtlichen Pornografiebegriff. Abschließend kommt sie zu dem Fazit, „dass das Pornographiestrafrecht insbesondere in Bezug auf die Regulierung der einfachen Pornographie vor dem Hintergrund der feministischen Bewegungen, der Porn Studies und der Medienforschung neu bewertet werden sollte“ (S. 169).

Insgesamt lässt sich konstatieren, dass der vorliegende Sammelband sehr gelungen ist, liefert er doch eine klare Perspektive auf die rechtliche Seite des Pornografiediskurses. Trotz vieler Paragrafenverweise lassen sich auch die stärker juristisch angelegten Beiträge gut lesen und erweitern den eigenen Horizont. Einzig die in verschiedenen Artikeln dargelegten historischen Entwicklungen wiederholen sich z. T., was der Lesbarkeit im Ganzen jedoch keinen Abbruch beschert.

Prof. Dr. Martina Schuegraf



Sebastian Scherr:
Depression – Medien – Suizid. Zur empirischen Relevanz von Depressionen und Medien für die Suizidalität. Wiesbaden 2016. Springer VS. 289 Seiten, 39,99 Euro



**Carina Jasmin Englert/
 Jo Reichertz (Hrsg.):**
CSI – Rechtsmedizin – Mitternachtsforensik. Wiesbaden 2016: Springer VS. 207 Seiten, 34,99 Euro



Georg Seeßlen:
Trump! Populismus als Politik. Berlin 2017: Bertz + Fischer. 140 Seiten, 7,90 Euro

Depression – Medien – Suizid

Schon seit Goethes Zeiten spricht man vom „Werther-Effekt“, wenn zwischen medial vermitteltem Selbstmord und einem tatsächlichen Anstieg von Suiziden ein Zusammenhang vermutet wird. Vielfach konnten Korrelationen nachgewiesen werden, allerdings beschränkten sie sich zumeist auf spezifische Fragestellungen, wie z. B., ob fiktionale oder nonfiktionale Inhalte stärker wirkten oder ob Prominente oder die Art und Weise der Darstellung zu einem Anstieg von Suiziden führten.

Sebastian Scherr fokussiert erstmals den Suizidenten und seine individuelle Prädisposition im Wechselspiel mit der Mediennutzung und erweitert den Blick damit erheblich. Es zeigt sich, dass lineare Erklärungsmuster, etwa zur „gefährdenden“ Suizidberichterstattung, zu kurz greifen, sondern vielmehr vielschichtige „Zusammenhänge zwischen Depression, Medien und Suiziden“ gezogen werden können. Hieraus erwachsen auch Chancen für die Suizidprävention, wie sich am Suizid des Nationaltorwarts Robert Enke im Jahr 2009 zeigte. So erschütternd über die Tat selbst auch berichtet wurde, gab es darüber hinaus eine vielfältige und durchaus fundierte Hintergrundberichterstattung zum bis dato vorurteilsbeladenen Tabuthema „Depression“. Scherr appelliert, „zukünftig möglichst konkret nach Medieneinflüssen auf die individuelle Suizidalität zu fragen, anstatt die individuelle Mediennutzung zu stark zu verallgemeinern“.

Nils Brinkmann

CSI und Rechtsmedizin

Der Band versammelt acht Beiträge, die größtenteils auf Ergebnisse eines Forschungsprojekts zur Mediatisierung der Inneren Sicherheit zurückgehen. In dem Projekt ging es darum, zu erforschen, „ob (Massen-)Medien durch ihre Formate über naturwissenschaftliche Methoden der Verbrechensaufklärung und ihre Akteursrolle im Diskurs um Innere Sicherheit *de facto* (wenn auch nicht intentional) eine Strategie des ‚*Governing Through Media Crime*‘ betreiben und etablieren und damit deutlich die Gesellschaft mit gestalten, in der sie und von der sie leben“ (S. 14, H. i. O.). Die Antwort lautet: Ja, das tun sie. Dabei spielen verschiedene Formate eine Rolle, von den CSI-Krimiserien über den *Tatort* bis hin zu Talkshows und Wissenschaftssendungen. Es ist ein forensischer Medienmarkt entstanden, denn die Medien „entscheiden, welche Gerichtsmediziner öffentlich ‚zu Wort kommen‘ dürfen, und sie entscheiden, welches Verständnis über das Feld der Gerichtsmedizin den Zuschauern, Lesern und Usern vermittelt“ (S. 197) wird. Der Band bietet erhellende Erkenntnisse in einem spezifischen gesellschaftlichen Feld, der Rechtsmedizin, und zu der Rolle der Massenmedien als Akteure, die einen Beitrag zur gesellschaftlichen Bedeutung der Rechtsmedizin leisten – allerdings orientiert an den ökonomischen Kriterien des Marktes.

Prof. Dr. Lothar Mikos

Das Pop-Phänomen Trump

Das Büchlein ist keine 140 Seiten dick und passt buchstäblich in die Hosentasche; und doch steht alles drin, was man über das Phänomen Donald Trump wissen muss. Georg Seeßlen hat den unaufhaltsamen Aufstieg des amtierenden US-Präsidenten als Produkt der Popkultur analysiert. Seine kenntnisreichen und mit vielen Verweisen versehenen Ausführungen lassen nur einen Schluss zu: Trump mag wie ein Blitz aus heiterem Himmel über die Welt gekommen sein, aber eigentlich ist es erstaunlich, dass ein Mann dieses Kalibers nicht schon längst Präsident geworden ist. Trump ist das Ergebnis einer Politik, die seit Jahrzehnten nach Marketingaspekten betrieben wird. Seeßlen vergleicht ihn mit den großen Volkshelden der Filmgeschichte, die das Establishment in die Knie gezwungen haben, allen voran die Rebellen aus *Star Wars*. Dass Trump als Milliardär selbst zum Establishment gehört, ist einer der vielen Widersprüche, die seinen Aufstieg begleitet haben. Geradezu prototypisch in dieser Hinsicht ist Orson Welles' Filmfigur Charles Foster Kane, der Machtmensch aus *Citizen Kane*. Während Seeßlen plausibel erklärt, warum ausgerechnet der Sexist Trump von so vielen Frauen gewählt wurde, ist seine Volksbeschimpfung („vor der Glotze verblödet und jedem Konsumirrsinn nachlaufend“) wenig konstruktiv, und eine seitenlange Interpretation eines Fotos der „First Family“ ufert ziemlich aus. Davon abgesehen ist *Trump!* eine ebenso kluge wie kurzweilige Lektüre.

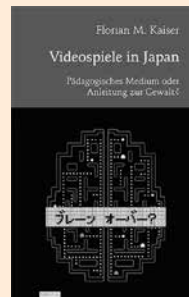
Tilmann P. Gangloff



Chi-Kim Cheung:
Media Literacy Education in China.
Singapore 2016:
Springer. 179 Seiten
m. Tab., 106,99 Euro



Victoria Knight:
Remote Control. Television in Prison.
Basingstoke/New York
2016: Palgrave
Macmillan. 253 Seiten,
96,29 Euro



Florian M. Kaiser:
Videospiele in Japan. Pädagogisches Medium oder Anleitung zur Gewalt? Berlin 2016:
EB-Verlag Dr. Brandt.
302 Seiten, 22,80 Euro

Media Literacy Education in China

Der Band enthält zwölf Beiträge, die sich mit der Erziehung zur Medienkompetenz in China befassen. Die rasante ökonomische Entwicklung hat China zu einem Land gemacht, in dem auch die Verbreitung von Medien, insbesondere dem Fernsehen und dem Internet stetig gewachsen ist. Zwar übt der Staat noch immer weitgehend Kontrolle über das Fernsehen und über das Internet aus, aber gleichzeitig wächst das Bedürfnis nach einer Medienerziehung der Kinder. Die Beiträge setzen sich u. a. mit dem Einfluss von Medien auf die chinesischen Kinder auseinander, betrachten aber auch die Möglichkeiten der Integration von Medienerziehung in schulische Curricula. Chi-Kim Cheung macht deutlich, dass die Erziehung zur Medienkompetenz zwar von den Lehrern ausging, der Erfolg aber langfristig von der Rolle der Regierung abhängt, die sich – zumindest in den letzten zehn Jahren – des Problems angenommen hat. Medienkompetenz wird jedoch nicht als eine Fähigkeit zur kritischen Beurteilung und Bewertung von Medien gesehen, sondern vor allem als Vermittlung von Wissen, um selbst Medieninhalte produzieren zu können (S. 174 ff.). Denn, so resümiert Cheung, mit diesen Fähigkeiten ausgestattet, haben die jungen Menschen bessere Chancen, in der boomenden chinesischen Medienindustrie einen Job zu bekommen.

Prof. Dr. Lothar Mikos

Fernsehen im Gefängnis

Fernseher gehören zur Standardaustattung von Gefängniszellen. Die britische Sozialwissenschaftlerin Victoria Knight hat in Gefängnissen in England und Wales Interviews zur Rolle des Fernsehens im Haftalltag geführt. Sie kann zeigen, wie das Medium dazu beiträgt, das Leben in der Zelle während der Haft zu normalisieren. Dabei setzt sie sich mit den Zugangsmöglichkeiten und der Nutzung von Fernsehen in der Zelle ebenso auseinander wie mit der emotionalen Rolle des Mediums, das den Gefangenen einen mediatisierten Kontakt zur Außenwelt ermöglicht und auf diese Weise zur Normalisierung beiträgt. So wundert es nicht, wenn Gefängniswärter und Häftlinge betonen, dass das Fernsehen von den Leiden der Inhaftierung ablenke. Wärter und Insassen benutzen das Fernsehen, um soziale Beziehungen und die Psychobiografie der Häftlinge zu kontrollieren. Denn viele Häftlinge bleiben mittlerweile lieber in der Zelle, weil sie dort alle Annehmlichkeiten – inklusive Fernsehen – haben (vgl. S. 195). Das englischsprachige Buch bietet einen überaus wertvollen Einblick in eine Welt, die den meisten Lesern dieser Zeitschrift verschlossen bleibt. Deutlich wird, welche soziale Funktion das Fernsehen in Gefängnissen erfüllt.

Prof. Dr. Lothar Mikos

Videospiele in Japan

In öffentlichen Diskursen über Computerspiele dominieren bis heute oftmals (unausgesprochene) monokausale und unterkomplexe Wirkungsvermutungen. Das Buch verspricht hier einen interessanten Beitrag zum Forschungsstand, da es aus interdisziplinärer Perspektive untersuchen möchte, ob im technologie- und medienaffinen Japan die These gilt, dass „Killerspiele aus Spielern ‚Killer‘ machen“ (S. 5). Im Anschluss an Reinhard Kellers wissenssoziologische Diskursanalyse analysiert der Autor die Argumentationen zentraler Wissenschaftsautorinnen und -autoren und setzt diese vor allem in den medienkulturellen und gesellschaftspolitischen Kontext Japans. Die Durchführung der Studie und deren Ergebnisse sind ambivalent zu beurteilen. Es werden hochinteressante, bisher nicht zugängliche japanische Forschungsarbeiten zusammengetragen. Das „close reading“ der Positionen von sechs „Befürwortern“ und „Gegnern“ digitaler Spiele ist äußerst detailliert (über 120 Seiten) und teilweise amüsant zu lesen (u. a. spielt der Namenspatron des Spiels *Dr. Kawashimas Gehirnjogging* eine wichtige Rolle im japanischen Diskurs). Ärgerlich ist dagegen der fast völlige Verzicht auf die Dokumentation und Diskussion der methodischen Details der Studie (Operationalisierung, Sampling, Analyse-kategorien etc.). Auch überzeugt nicht, dass zum „empirischen“ Abgleich der Diskursbefunde allein auf eine (veraltete) Synopse zur Gewaltwirkung von Computerspielen von Kunczik/Zipfel (2010) zurückgegriffen wird.

Prof. Dr. Jeffrey Wimmer

Urteil

Beleidigende Äußerungen auf Facebook – Bemessung des Beschwerdewertes

Ausgangspunkt dieses Rechtsstreits ist eine körperliche Auseinandersetzung zwischen dem Kläger und seiner Mitschülerin (beide 10-jährig). Der Vorfall sei durch die Lehrerin geschlichtet und als harmlos abgetan worden, so der maßgebliche Vortrag des Jungen. Kurze Zeit danach habe die Mutter der Mitschülerin auf ihrer Facebook-Seite einen Beitrag veröffentlicht, in dem sie schrieb, dass ihre Tochter von einem „asozialen Abschaum“, an anderer Stelle als „Abschaum Blag“ bezeichnet, in der Schule „vermöbelt“ worden sei. Auch wenn er nicht namentlich benannt sei, ergebe sich für diejenigen, die von dem Vorfall wüssten, dass er gemeint sei. Daher beantragte der 10-Jährige, die Mutter zu verurteilen, die entsprechenden Aussagen zu unterlassen und die künftige Entscheidung des Gerichts so auf ihrer Facebook-Seite zu veröffentlichen, dass sie für ihren gesamten Facebook-Freundeskreis einsehbar sei.

Das Amtsgericht wies die Klage ab. Gegen dieses Urteil ging der Kläger in Berufung. Aber auch dieses Vorgehen erwies sich zunächst als erfolglos: Nach Auffassung des Berufungsgerichts sei die Berufung nicht zulässig, da die geforderte Höhe des Beschwerdegegenstandes von über 600,00 Euro nicht erreicht werde (vgl. § 511 Abs. 2, Nr. 1 Zivilprozessordnung). Gegen diesen Beschluss hat sich der Kläger schließlich (mit der Rechtsbeschwerde) gewendet: Und die nächsthöhere Instanz, der Bundesgerichtshof (BGH), entschied zu seinen Gunsten. Nach Ansicht des BGH erreiche der Beschwerdewert die geforderte Summe.

So führte er aus, dass für die Bemessung der Beschwerde alle Umstände des Einzelfalls, insbesondere Umfang und Bedeutung der Sache zu berücksichtigen seien. Hinsichtlich der „Bedeutung der Sache“ habe das Berufungsgericht zwar rechtsfehlerfrei festgestellt, dass mangels namentlicher Nennung des Klägers er nur für einen kleinen Kreis von Personen identifizierbar sei – es habe allerdings verkannt, dass es diesbezüglich nicht nur auf die Breitenwirkung des Facebook-Eintrags ankomme. Entscheidend sei auch die Wirkung der beleidigenden Äußerungen auf das Kind selbst; und dieses habe unzweifelhaft vorgetragen, dass es die Äußerungen als ehrverletzend auffasse, es auf das Übelste beleidigt worden sei.

Das Berufungsgericht habe des Weiteren versäumt, in die Bemessung einzubeziehen, dass das minderjährige Kind ein Recht auf ungehinderte Entfaltung seiner Persönlichkeit und ungestörte kindgemäße Entwicklung habe. Dieses Recht umfasse dabei sowohl die ungestörte Entwicklung innerhalb der Privatsphäre als auch diejenige in der Öffentlichkeit. Der BGH empfand den beschriebenen Facebook-Eintrag als geeignet, dieses Schutzgut zu verletzen. Schließlich hätte beachtet werden müssen, unter welchen Umständen und aus welchem

Anlass die Mutter besagte Äußerungen getätigt habe. Bei der hier geschilderten harmlosen Streiterei erscheine die Reaktion der Mutter als unangemessene und unverhältnismäßige Reaktion eines Erwachsenen. Berücksichtige man diese Umstände allesamt, übersteige der Beschwerdewert deutlich die 600,00 Euro.

Der BGH hob deswegen den Beschluss auf und verwies die Sache zur erneuten Entscheidung an das Berufungsgericht zurück.

BGH, Beschluss vom 16.08.2016, Az.: VI ZB 17/16

Erläuterung: Statthaftigkeit der Berufung

§ 511 (2) ZPO „Die Berufung ist nur zulässig, wenn

1. der Wert des Beschwerdegegenstandes 600 Euro übersteigt oder
2. das Gericht des ersten Rechtszuges die Berufung im Urteil zugelassen hat.“

Aufsätze

„Bermudadreieck Facebook“ – wem gehören meine Daten?

Dass soziale Netzwerke Daten sammeln, ist wohl den meisten Internetnutzern bekannt. Doch wie genau und mit welcher Intensität dies geschehe, darüber würden sich häufig Gerüchte ranken, denen die Autorin mit ihrer umfassenden Darstellung nachgeht. Ihre Analyse beschränkt sie dabei auf das weltweit meistgenutzte Netzwerk: Facebook.

Wozu verende Facebook überhaupt die Daten? Nach eigenem Bekunden diene die umfassende Datenerfassung zwei – mehr oder minder – kommerziell eingefärbten Interessen: erstens dem Betrieb und der Verbesserung des Dienstes und damit einhergehend einer besseren Nutzerbindung. Und zweitens nütze die Erhebung dem Unternehmen bei der Optimierung der Anzeigenschaltung.

In der Regel hüte Facebook seinen Schatz an Nutzerprofilen, nur in Ausnahmefällen gebe das Netzwerk Daten über Nutzer an Dritte weiter – dies überwiegend zum Zwecke der Strafverfolgung. Per Gerichtsbeschluss dürften Daten an Ermittlungsbehörden herausgegeben werden.

In drei Kategorien ließen sich die Daten, die von den Nutzern gesammelt würden, einteilen: Die erste Rubrik umfasse Daten, die die Nutzer aktiv beitragen würden – so beispielsweise die verpflichtenden Angaben bei der Anmeldung. Darüber hinaus zählten dazu auch solche (Meta-)Daten, die der Nutzer z. B. beim Hochladen von Fotos oder Videos hinterlasse (Zeitpunkt und Standort der Aufnahme sowie das verwendete Gerät). Die zweite Kategorie beinhalte Daten, die durch reine, meist maschinelle, Beobachtung der Nutzer gewonnen würden; als Stichwort sei hier die „automatische Gesichtserkennung“ zu nennen. Die Ergebnisse der Auswertung bereits vorhandener Daten stellten die 3. Kategorie dar. So würden die Gefällt-mir-Angaben eines Nutzers überraschend viel über ihn verraten – so hätten britische Forscher recht treffsicher abschätzen können, ob ein Facebook-Nutzer weiblich oder männlich, homo- oder heterosexuell, christlichen oder muslimischen Glaubens sei.

Die Datenerhebung beschränke sich jedoch nicht auf die Nutzung im Rahmen der Facebook-Anwendung, auch würden Daten der Nutzer getrackt, wenn sie außerhalb von Facebook im Netz surfen würden. Dies geschehe beispielsweise darüber, dass andere Webseiten den „Facebook-Gefällt-mir-Button“ einsetzen: Ohne dass der Nutzer diesen unbedingt anklicken müsse, würden im Hintergrund seine Daten zu Facebook geschickt. Ein wenig Schutz gewinne der Nutzer über die Einstellungen bei seinem Browser – dort könne er festlegen, dass Cookies von Drittanbietern abgewiesen werden, um eine Nachverfolgung von Facebook zu erschweren.

Nach deutschem und europäischem Recht habe grundsätzlich jeder Bürger das Recht zu erfahren, welche personen-

bezogenen Daten über ihn gespeichert werden. Diesem Anspruch komme Facebook insoweit nach, als dass das Unternehmen in seinen allgemeinen Einstellungen einen Link zur Verfügung stelle, mit dem der Nutzer die entsprechend über ihn gesammelten Daten herunterladen könne. Es sei jedoch davon auszugehen, dass der User über diesen Weg keinen vollständigen Überblick über sämtlich gespeicherte Daten erlange. Ihm verbleibe die Möglichkeit, sich an die Organisation *Europa versus Facebook* zu wenden und dort Vorlagen für Auskunftersuchen zu erfragen. Sich hingegen gänzlich von dem Netzwerk zu trennen, mache Facebook dem Nutzer nicht unbedingt einfach – auf den ersten Blick lasse sich das Profil „bloß“ deaktivieren, dabei blieben jedoch sämtliche Daten und Einstellungen erhalten. Etwas versteckt – im Hilfebereich – existiere die Rubrik/Einstellung: „Mein Konto löschen“. Eine genaue Vorgehensweise beinhalte der Leitfaden der Initiative *Klicksafe*: „Sicher unterwegs mit Facebook“ (<http://www.klicksafe.de/facebook/>).

Aufsatz: *Wem gehören meine Daten?* (03.02.2017)

Autorin: Valie Djordjevic, Redakteurin bei iRights.info

Quelle: <https://irights.info/artikel/wem-gehoren-meine-daten/14308>
(letzter Zugriff: 13.03.2017)

„Sein heißt heute: medial stattfinden“ – wenn Eltern Fotos ihrer Kinder online stellen

Die Autoren widmen sich der bisher wenig erforschten Thematik des Umgangs mit digitalen Medien durch Erziehende. Nicht nur Kinder und Jugendliche würden sich im Netz problematischen Inhalten zuwenden und prekäre Umgangsweisen etablieren. In den Fokus ihrer Analyse rücken die Verfasser insbesondere das Onlinestellen von Kinderfotos. Dabei betrachten sie erste empirische Untersuchungen, stellen mögliche Risiken dar und treffen eine rechtliche Einordnung einzelner damit zusammenhängender Aspekte.

Erste Studien zeigten, dass es sich beim Posten der Bilder nicht bloß um ein Randphänomen handele. So ergebe eine Befragung von 2.000 Teilnehmern, dass die meisten schon entsprechend gehandelt hätten. Ein Viertel der Befragten gab dabei an, diese Entscheidung ohne Zustimmung ihrer Kinder gefällt zu haben. Dass diese sich, gerade die älteren unter ihnen, hierbei jedoch ein Mitspracherecht wünschten, habe die Studie ebenfalls zutage gebracht. Als Hauptrisikodimension des Onlinestellens sei die unberechtigte Verwendung und Weiterverbreitung durch Dritte zu nennen. Durch die Teilenfunktion (z. B. bei Facebook) sei das Ausmaß des Adressatenkreises für Eltern nicht nachvollziehbar. Fotos könnten zudem kopiert und gespeichert und mit entsprechender Software nachbearbeitet werden. Vermeintlich lustige Bilder von Kindern mit „Nutellamund“ könnten das Kind später negativ einholen und als Druckmittel oder zur Bloßstellung verwendet werden. Weiterhin bestehe die Gefahr der Zweckentfremdung für Werbezwecke. Zudem sei problematisch, dass sich für Menschen mit pädophilen Neigungen die Gelegenheit biete, sich leicht Zugang zu diesen Fotos zu verschaffen und diese gegebenenfalls weiterzuverbreiten.

Für die rechtliche Einordnung böten insbesondere das Grundgesetz (GG), das Strafgesetzbuch (StGB) und der Jugendmedienschutz-Staatsvertrag (JMStV) entsprechende Regelungen. Das GG gewährleiste u. a. das Persönlichkeitsrecht des Individuums – als Ausprägung dessen seien hier insbesondere das Recht auf informationelle Selbstbestimmung und das Recht am eigenen Bild (§ 22 KuG) zu nennen. Grundsätzlich dürfe ein Foto nur mit Einwilligung des Abgebildeten erfolgen. Bei Kindern sei hingegen nach Alter zu differenzieren – bis zur Vollendung des 7. Lebensjahres würden sie als geschäftsunfähig gelten, sodass beide Eltern dem Abbilden zustimmen müssen. Bei den 8- bis 17-Jährigen spreche man von einer beschränkten Geschäftsfähigkeit – hier sei auf die Einsichtsfähigkeit des Kindes/Heranwachsenden abzustellen. Mit Vollendung des 14. Lebensjahres werde eine solche in der Regel angenommen, sodass spätestens von da an das Kind über die Veröffentlichung mitentscheiden sollte. Strafrechtlich relevant werde es bei Darstellungen, die die Wiedergabe eines

ganz oder teilweise unbedeckten Kindes/Jugendlichen in unnatürlich geschlechtsbetonter Körperhaltung zum Gegenstand haben (vgl. §§ 184b und c StGB; §§ 4 Abs. 1 Nr. 9 und 10 JMStV). Zudem stelle § 201a Abs. 3 StGB („Verletzung des höchstpersönlichen Lebensbereichs durch Bildaufnahmen“) die kommerzielle Nutzung von „bloßen“ Nacktbildern Minderjähriger unter Strafe, sozialtypische Familienfotos blieben davon jedoch unberührt.

Schließlich benennen die Autoren Mittel und Wege für einen verantwortungsvollen Umgang bei der Veröffentlichung von Kinderfotos. Sie plädieren u. a. für eine medienkritische Debatte, um die beteiligten Akteure für die Perspektive und die Rechte der Kinder zu sensibilisieren. Erstrebenswertes Ziel sei auch, den Eltern differenzierte Einstellungsmöglichkeiten anzubieten, sodass sie die Teilöffentlichkeit kontrollieren könnten. Zu denken sei hierbei an einen Mechanismus, der bei jedem Einstellen eines Bildes den Nutzer auffordert, die Persönlichkeitsrechte der abgebildeten Person zu wahren und gegebenenfalls eine entsprechende Zustimmung einzuholen.

Aufsatz: Wenn Eltern Bilder ihrer Kinder online stellen. Kinderrechte und Elternpflichten im Kontext des Kinder- und Jugendmedienschutzes

Autoren: Aggi Frantz/Daniel Hajok/Achim Lauber

Quelle: Jugendmedienschutz-Report – Dezember 6/2016, S. 2 f.

Meldungen und Notizen

Das Auffliegen der „Arischen Bruderschaft“

Kurz zur Szenerie: Aufmerksame Eltern entdeckten auf dem Handy ihres 14-jährigen Sohnes einen rechtsradikalen WhatsApp-Gruppenchat. Sie informierten die Polizei, die diesem Treiben ein Ende bereitete.

Nach Erkenntnissen der Münchner Staatsanwaltschaft betitelte sich die Gruppierung u. a. mit folgenden Gruppennamen – „Arische Bruderschaft“ oder „Schwarzer Tumor“; die 179 Teilnehmer erzählten sich Judenzwänge, verherrlichten die SS und grüßten sich mit Hitlergruß. Nach Angabe des Sprechers der Münchner Staatsanwaltschaft, Herrn Weinzierl, stand hinter der Gruppe keine Organisation oder ein entsprechendes Netzwerk und doch habe sie sich deutlich von anderen üblichen Klassenchats unterschieden, in denen auch schon mal vereinzelt rechtsradikale Sprüche auftauchten. Bei diesen Chats würden sich die Teilnehmenden kennen und „schwarze Schafe“ flögen in der Regel schnell auf. Hingegen waren sich die „arischen Brüder“ fremd; die Gruppenteilnehmer verteilten sich übers Ausland – 47 von den 179 Mitgliedern konnten als Bundesbürger ausgemacht werden.

Nachdem die Eltern den Chat ihres Sohnes entdeckt und der Polizei gemeldet hatten, ergriffen sie zahlreiche Maßnahmen, um ihn entsprechend aufzuklären – kontinuierlich besprachen sie die Thematik mit ihm, besuchten zusammen eine KZ-Gedenkstätte und erbaten sich Hilfe bei einer Beratungsstelle.

Die so engagierten Eltern zeigten sich enttäuscht, wie von offizieller Seite mit ihrem Sohn verfahren wurde, zumal ja erst durch die Aussage ihres Sohnes die Gruppe zerschlagen werden konnte. So verurteilte das Jugendgericht den Sohn wegen Volksverhetzung und Verwenden von Symbolen verfassungsfeindlicher Organisationen zum Lesen von 25 Stunden historischer Literatur. Zudem erhielt er für fünf Jahre einen Eintrag ins Erziehungsregister. Eine Kronzeugenregelung würde es in so einem Fall nicht geben, erklärte Weinzierl, auch hätte die Polizei gegen den Sohn ermitteln müssen. Falls ein Hinweis auf eine konkrete Straftat bei der Polizei einginge, müsse ein Beamter tätig werden, dies gebiete das Legalitätsprinzip. Ansonsten würde er sich der Strafvereitelung im Amt schuldig machen.

Weitere Informationen zu Beratungsteams gegen Rechtsextremismus bundesweit abrufbar unter: <http://www.netz-gegen-nazis.de/artikel/beratungsteams-gegen-rechtsextremismus-bundesweit-1134>

Quelle: Schüler schicken sich Nazi-Sprüche in WhatsApp-Gruppe: <http://www.sueddeutsche.de/muenchen/polizei-schueler-schicken-sich-nazi-sprueche-in-whatsapp-gruppe-1.3364864> (letzter Zugriff: 17.03.2017)

Effizienter Rechtsschutz für Opfer von Fake News?!

Sven Krüger, Rechtsanwalt für Presserecht, legt dar, welche rechtliche Handhabe es für Opfer anonymer Falschmeldungen gibt. Vorab: Er hält die vorhandenen „Rechtsmittel“ für ineffektiv.

Dazu im Einzelnen: Die Strafverfolgungsbehörden seien oftmals nicht zuständig, da nicht jede Lüge die Schwelle zur Strafbarkeit überschreite. Und die zivilrechtlichen Möglichkeiten – z. B. Unterlassungs-/Gegendarstellungsansprüche – seien begrenzt. Klagen könne zunächst nur derjenige, dessen Rechte überhaupt betroffen seien, dafür müsse er in den Fotos oder Meldungen erkennbar gemacht werden.

Das Problem jedoch: Gegen wen können sich die Kläger richten?

So agierten die Verfasser von Hasskommentaren in der Regel aus dem Schutze der Anonymität heraus. Die Betroffenen könnten nur bei strafrechtlicher Relevanz auf die Hilfe der Ermittlungsbehörden hoffen, um an notwendige Nutzerdaten zu kommen; auf dem Zivilrechtsweg sei dies hingegen nicht möglich.

Es verblieben dem Betroffenen jedoch zwei juristische Konstruktionen: So würde sich derjenige zum Täter und damit juristisch angreifbar machen, der sich eine fremde Äußerung „zu eigen mache“. So z. B. der Weblog-Betreiber, der eine unwahre oder diffamierende Behauptung zustimmend kommentiere. Als zweite Option sei zudem die sogenannte Störerhaftung zu nennen. Störer ist danach, wer – ohne Täter zu sein – willentlich und kausal zu einer Rechtsverletzung beiträgt; ein Mitversucher. Gegen diesen könne vorgegangen werden, wenn er zumutbare Prüfungspflichten unterlasse – so auch ein Diensteanbieter wie Facebook. Zu bedenken sei jedoch, dass das Unternehmen nicht direkt zur Löschung verpflichtet sei, nur weil ein Nutzer anonym agiere; denn auch anonyme Äußerungen seien vom Grundrecht auf Meinungsfreiheit geschützt. Um eine Löschung zu erreichen, müsse der anonyme Verfasser zunächst Gelegenheit zur Stellungnahme bekommen, verteidige er aus der geschützten Anonymität heraus seinen Eintrag, müsse der Betroffene Nachweise für die behauptete Rechtsverletzung liefern. Ein sehr aufwendiges, kostenintensives Procedere gegen einen Gegner von immenser Wirtschaftskraft, befindet Krüger. Es könne nicht dabei bleiben, so resümiert der Anwalt, dass der Gesetzgeber Menschen, die in ihren Persönlichkeitsrechten verletzt seien, immer noch Auskunftsansprüche vorenthalte und die Rechtsprechung das Recht auf anonyme Meinungsäußerung über das Interesse der Verletzten stelle.

Quelle: <http://www.zeit.de/2017/09/fake-news-opfer-schutz-rechtshilfe> (25.02.2017 [letzter Zugriff: 17.03.2017])

Rezension



**Roland Bornemann/
Murad Erdemir (Hrsg.):**
Jugendmedienschutz-Staatsvertrag.
Baden-Baden 2017: Nomos.
520 Seiten, 98,00 Euro

Kommentar zum reformierten JMStV

Der Kommentar *Jugendmedienschutz-Staatsvertrag* von Prof. Roland Bornemann, Justiziar der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien, und Prof. Dr. Murad Erdemir, Stellvertretender Direktor und Justiziar der Hessischen Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien, ist Anfang 2017 erschienen. Damit ist es den Herausgebern geglückt, als Erste die Änderungen des am 1. Oktober 2016 in Kraft getretenen Jugendmedienschutz-Staatsvertrags (JMStV) zu berücksichtigen. Für die Bearbeitung konnten die Autoren zahlreiche Medienrechtsexperten gewinnen, darunter einige namhafte Professoren medienrechtlicher Hochschulen, aber auch Praktiker renommierter Jugendschutzinstitutionen.

Im Rahmen des Vorwortes skizzieren die Herausgeber zunächst die Historie und Zielsetzung des Gesetzes. Mit Entstehen des JMStV im Jahr 2003 sei ein neues Jugendschutzmodell in Kraft getreten: die „Regulierte Selbstregulierung“. Mit der Novellierung sei dieses Modell konkreter ausgestaltet worden. Von einigen Ungereimtheiten und Gesetzeslücken abgesehen, werde die Praxis mit dem reformierten Gesetz „gut leben können“, befinden die Autoren.

Dem Wesen eines juristischen Kommentars entsprechend, erfolgt die inhaltliche Auseinandersetzung entlang der 27 Paragraphen des Gesetzeswerks. Jeder Paragraph wird in seinem Gesetzeswortlaut und mit der amtlichen Begründung aufgeführt. Je nach Komplexität der jeweiligen Vorschrift gibt es eine gut strukturierte Übersicht über die besprochenen Aspekte. Dieser Überblick sowie ein durchweg klarer und verständlicher Sprachstil sorgen für einen sehr guten Lesefluss, ein gutes Verständnis und damit für eine benutzerfreundliche Handhabe – nicht nur für juristisch vorgebildete Leserinnen und Leser.

Im Rahmen der Erläuterung berücksichtigen die Bearbeiter die neueste Rechtsprechung und werten aktuellste Publikationen aus. Des Weiteren finden neueste technische Entwicklungen Eingang in die Analyse. Die Normen werden in den jeweiligen Kontext eingeordnet und Defizite des Gesetzestextes herausgearbeitet. Auch werden problematische und umstrittene Punkte aufgegriffen, teils bewertet und/oder Lösungswege aufgezeigt. Die Verfasser versäumen es nicht, auf die Schnittstellen zum bundesgesetzlichen Jugendschutzgesetz (JuSchG) hinzuweisen und in ihre Bewertung mit einfließen zu lassen. Dies betrifft insbesondere die neu in den JMStV aufgenommene Durchwirkungsregelung von Altersfreigaben (vgl. § 5 Abs. 2 JMStV). Der Verfasser Erdemir konstatiert, dass die Staatsvertragsparteien den Beteiligten für die Umsetzung des Bestätigungsverfahrens wenig bis gar keine Hilfestellung an die Hand gegeben hätten. Er plädiert hier für ein konstruktives Miteinander von Aufsicht und Selbstkontrollen.

Zu den Bereichen, die ausführlich begutachtet werden, gehört u. a. die Verschärfung des Sexualstrafrechts mit den entsprechenden Auswirkungen auf die Unzulässigkeitstatbestände des § 4 JMStV. Sehr verständlich dargestellt ist die Abgrenzung der Anwendungsbereiche von § 4 Abs. 1, S. 1 Nr. 9 JMStV und § 4 Abs. 1, S. 1 Nr. 10 JMStV im Rahmen der sogenannten Posendarstellungen. Die Voraussetzungen des Unzulässigkeitstatbestandes „Verstoß gegen die Menschenwürde“ (§ 4 Abs. 1, S. 1 Nr. 8 JMStV) werden gut erklärt und mit neuesten Beispielen aus der Rechtsprechung untermauert.

Schließlich erfolgt eine umfangreiche Darstellung der Neuordnung des Selbstregulierungsmodells. Erläutert werden u. a. die Sanktionsmöglichkeiten der Medienaufsicht bei fehlerhaftem Verhalten einer Selbstkontrolleinrichtung. Die Verfasserin Birgit Braml, Bayerische Landeszentrale für neue Medien, meint diesbezüglich, dass die Praxis erst zeigen müsse, in welchem Umfang aufsichtsrechtliche Maßnahmen wirksam eingesetzt würden.

Resümierend lässt sich festhalten, dass das Werk insbesondere durch seine Aktualität, seine Ausführlichkeit und seine äußerst benutzerfreundliche Handhabe besticht. Mit seinem inhaltlichen Zuschnitt und seiner verständlichen Schreibweise wird es sowohl Rechtsanwälten, Justiziarern und Gerichten als auch Regulierungsinstitutionen und wissenschaftlichen Einrichtungen, wie von den Herausgebern angestrebt, „gute Dienste leisten“.

Anke Soergel

Kurz notiert 02/2017

Ausstellung: deutsche Geschichte im Spielfilm

Filme zu historischen Stoffen prägen den Blick auf bestimmte Ereignisse, lösen Debatten aus und sind selbst Zeitdokumente. Noch stärker als Dokumentationen sind fiktionale Formate in der Lage, Emotionen auszulösen und Zuschauer in eine bestimmte Zeit zurückzusetzen. Die neue Ausstellung *Inszeniert* im Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig will zeigen, welche Themen der deutschen Geschichte die Kino- und Filmlandschaft seit 1945 prägen. Die Gestaltung der Ausstellung orientiert sich an der Architektur von Kinos und Filmstudios. Sie umfasst sieben Themenbereiche, in denen immer ein Film im Vordergrund steht, der eine besonders große öffentliche Wirkung erzielte, wie etwa *Operation Walküre*, *Unsere Mütter, unsere Väter* oder *Das Leben der Anderen*. Die Ausstellung ist noch bis zum 7. Januar 2018 zu sehen.

Weitere Informationen abrufbar unter:
<http://www.hdg.de/zeitgeschichtliches-forum/>

Zeitgeschichtliches Forum Leipzig
 Grimmaische Straße 6
 04109 Leipzig

GMK-Fachtagung: Medienkritik von Kindern und Jugendlichen fördern

„Critical Mess?! Fakes, Beeinflussung und Meinungsbildung im Netz“ ist der Titel einer Fachtagung der Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur (GMK), die Impulse geben und Methoden zur Förderung der Medienkritikfähigkeit von Kindern und Jugendlichen vermitteln will. Im Zentrum der Tagung stehen u. a. folgende Fragen: Welchen Einflussnahmen im Netz begegnen Kinder und Jugendliche heute? Welche Werte und Weltansichten bieten beliebte Spiele, Serien und YouTube-Kanäle? Wie kann man in der Jugendmedienarbeit das Thema kreativ und aktiv bearbeiten?

Die Fachtagung für die Jugendmedienarbeit NRW wird gefördert durch das Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen.

Weitere Informationen abrufbar unter:
www.gmk-net.de

IN EIGENER SACHE

medien impuls am 16. Mai 2017

Entfesselte Kommunikation – Gender zwischen Vielfalt und Diskriminierung

Mit dem Internet ist oft der Wunsch nach einer Demokratisierung der Kommunikation und nach dem Ermöglichen eines Austauschs zwischen freien und gleichen Menschen verbunden. Diesem Anliegen steht die Erkenntnis gegenüber, dass sich vorhandene soziale Ungleichheiten und in der Gesellschaft vorherrschende Vorurteile auch im digitalen Raum wiederfinden. Auf der einen Seite ist das Netz ein freier Ort der Kommunikation. Auf der anderen Seite ist es nirgendwo leichter, seine Wut abzuladen und sich mit Gleichgesinnten gegenseitig anzustacheln. Menschen werden nach wie vor aufgrund ihres Geschlechts, ihrer Herkunft, Hautfarbe oder sexuellen Orientierung diskriminiert.

medien impuls spricht darüber u. a. mit Prof. Dr. Anatol Stefanowitsch (Sprachwissenschaftler, Freie Universität Berlin [siehe auch das Interview in dieser Ausgabe, S. 30 ff.]), Anne Wizorek (Medienberaterin und Feministin) und Dr. Ricarda Drüeke (Kommunikationswissenschaftlerin und Geschlechterforscherin, Universität Salzburg).

Weitere Informationen abrufbar unter:
www.fsf.de

SAVE THE DATE

Sommerforum Medienkompetenz 2017

„Was bewegt uns? – Medien und Demokratie“ (AT)

Das Sommerforum 2017 der Freiwilligen Selbstkontrolle Fernsehen (FSF) und der Medienanstalt Berlin-Brandenburg (mabb) findet am 29. Juni 2017 bei ALEX TV in der Rudolphalle, Rudolfstraße 1–8, von 17.00–20.00 Uhr statt. Im Rahmen des Forums wird auch der medius 2017 verliehen.

Weitere Informationen in Kürze abrufbar unter:
www.fsf.de

Filmquiz

Aus welchem Film stammt dieses Zitat?

„Redrum, Redrum, Redrum ...“

- A *Alice im Wunderland* (1951)
- B *Tootsie* (1982)
- C *Shining* (1980)
- D *Fluch der Karibik* (2003)
- E *T2 Trainspotting* (2017)

Seite 8	Abbildungsnachweis: Die Pressefreiheit wird abgeschafft Çayan Demirel: © Surela Film Yapim
Seite 10 ff.	Impulsgebend – die Berlinale-Sektion „Generation“ Alle Abbildungen: © Berlinale
Seite 16	Filmfreigaben im Vergleich <i>Assassin's Creed</i> : © 20th Century Fox of Germany <i>Rogue One: A Star Wars Story</i> : © Walt Disney Studios Motion Pictures Germany <i>Hacksaw Ridge: Die Entscheidung</i> : © Universum Film GmbH <i>Nocturnal Animals</i> : © Universal Pictures International Germany GmbH <i>Office Christmas Party</i> : © Constantin Film Verleih GmbH <i>La La Land</i> : © Studiocanal Filmverleih <i>Manchester by the Sea</i> : © Universal Pictures International Germany GmbH <i>Logan: The Wolverine</i> : © 20th Century Fox of Germany <i>Fifty Shades of Grey: Gefährliche Liebe</i> : © Universal Pictures International Germany GmbH <i>T2 Trainspotting</i> : © Sony Pictures Releasing GmbH <i>A Cure for Wellness</i> : © 20th Century Fox of Germany <i>Silence</i> : © Concorde Filmverleih GmbH
Seite 18	Titel Illustration „Medien in der Demokratie“: © Linda Wölfel
Seite 21	Die Mitte produziert keine Alternativen mehr Prof. Dr. Armin Nassehi: © Hans-Günther Kaufmann
Seite 30	„Hate Speech ist ein Warnsignal!“ Prof. Dr. Anatol Stefanowitsch: © Bernd Wannenmacher/FU Berlin
Seite 41	„Die beste Zeit ist jetzt gerade!“ Michel Abdollahi: © Janick Zebrowski
Seite 49	Kontrovers, aber fair Thomas Krüger: © bpb/Martin Scherag
Seite 55 f.	Machthungrige Schurken? Kanzleramt: © ZDF und Mathias Bothor <i>House of Cards</i> : © Sony Pictures Home Entertainment
Seite 61 ff.	Die fünfte Gewalt: das Kino Z: © KG Productions <i>Under Fire</i> : © picture alliance/Keystone <i>Die Unbestechlichen</i> : © picture alliance/Keystone
Seite 66 f.	Panorama Cornelia Holsten: © Bremische Landesmedienanstalt (brema) Elke Baur: © TIGER TV Film- und Fernsehproduktion GmbH
Seite 68	Das Porträt: Lorenz Engell Lorenz Engell: © Jens Hauspurg
Seite 77	Wenig Raum für Rationalität Prof. Dr. John-Dylan Haynes: © Berlin Center for Advanced Neuroimaging
Seite 85	„Jede Generation soll neu bewerten, was sie für jugendgefährdend hält!“ Martina Hannak-Meinke: © FSF



Ausgewählte Beiträge finden Sie auch in unserem Podcast:
fsf.de/publikationen/podcasts

Impressum:

tv diskurs

Verantwortung in audiovisuellen Medien wird herausgegeben von der Freiwilligen Selbstkontrolle Fernsehen (FSF)
Am Karlsbad 11
10785 Berlin
Tel.: 0 30 / 23 08 36 -0
Fax: 0 30 / 23 08 36 -70
E-Mail: tvdiskurs@fsf.de
www.fsf.de

Bezugspreis:

Einzelheft: 24,00 Euro
(inkl. MwSt. und Versandkosten innerhalb Deutschlands)
ISSN 1433-9439
ISBN 978-3-7445-1926-7

Zu beziehen über den
Herbert von Halem Verlag
Schanzenstraße 22
51063 Köln
Tel.: 0 221-92 58 29 0
Fax: 0 221-92 58 29 29
E-Mail: info@halem-verlag.de
URL: <http://www.halem-verlag.de/tv-diskurs/>

Bei Änderung Ihrer Bezugsadresse senden Sie bitte eine E-Mail an tvdiskurs@fsf.de.

Chefredaktion:

Prof. Joachim von Gottberg
(V.i.S.d.P.)

Redaktion:

Karin Dirks
Camilla Graubner
Prof. Dr. Lothar Mikos (Literatur)
Simone Neteler
Anke Soergel (Recht)
Barbara Weinert

Unter Mitarbeit von:

Christian Kitter

Gestaltung:

Alexandra Zöllner, Berlin

Druck:

BVD Druck + Verlag AG
Schaan, Liechtenstein
www.bvd.li

Gedruckt auf FSC-zertifiziertem Papier.

Autoren dieser Ausgabe:

Hon.-Prof. Dr. Werner C. Barg
Dr. Uwe Breitenborn
Nils Brinkmann
Jens Dehn
Prof. Dr. Andreas Dörner
Barbara Felsmann
Klaus-Dieter Felsmann
Tilmann P. Gangloff
Dr. Alexander Grau
Dr. Thilo Hagendorff
Dr. Daniel Hajok
Dr. habil. Gerd Hallenberger
Dr. Christian Hißnauer
Vera Linß
Andy Räder
Prof. Dr. Caja Thimm
Prof. Dr. Martina Schuegraf
Prof. Dr. Jeffrey Wimmer

Wir danken Martina Hannak-Meinke, Michel Abdollahi, Prof. Dr. John-Dylan Haynes, Thomas Krüger, Prof. Dr. Armin Nassehi und Prof. Dr. Anatol Stefanowitsch für ihre Gesprächsbereitschaft.

